

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Rudolf Wichard
Der 17. Juni 1953
im Spiegel der DDR-Literatur

Gert-Joachim Glaeßner
Staat und Recht
im „realen Sozialismus“
am Beispiel der DDR

ISSN 0479-611 X

B 20-21/83
21. Mai 1983

Gerhard Wuthe
Zum Problem sozio-ökonomischer
Bedingtheit der Nation

Rudolf Wichard, Dr. phil., geb. 1937; Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd; 1960 bis 1969 Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen; 1969 bis 1974 Studium der Politikwissenschaft, Neuenen Geschichte und Pädagogik, 1974 Promotion; 1974 bis 1979 Akademischer Rat/Oberrat an der Pädagogischen Hochschule in Hildesheim.

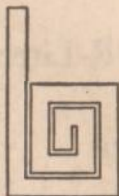
Veröffentlichungen u. a.: Wahlen in Hildesheim 1867 bis 1972 (Historische Texte und Studien, Bd. 2), Hildesheim 1975; Institutionen und Probleme der parlamentarischen Demokratie (mit G. Leder), Hildesheim 1976; Parteien in der Demokratie. Eine Einführung in die allgemeine Parteienlehre, Hildesheim 1977; Zur Sache: Freiheit (Hrsg.), Hildesheim 1979; Demokratie und Demokratisierung (Studienbücher Politik), Frankfurt am Main — Berlin — München 1983; ferner Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden.

Gert-Joachim Glaeßner, Dr. rer. pol., geb. 1944; Privatdozent für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977; Macht durch Wissen. Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystem und Kaderqualifizierung in der DDR. Eine politisch-soziologische Untersuchung (mit Irnhild Rudolph), Opladen 1978; Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen 1982.

Gerhard Wuthe, Dr. phil., Dipl.-Pol., geb. 1927, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund.

Veröffentlichungen u. a.: Gewerkschaften und politische Bildung, Hannover 1962; Mitautor von: Menschenwürdige Gesellschaft, München 1969³; Harmonie und Konflikt. Zur Struktur und Funktion sozialer Leitbilder, Saarbrücken 1972; Mitherausgeber und -autor von: Politikwissenschaft als Erziehungswissenschaft? Lehrerausbildung und sozialwissenschaftlicher Unterricht, Opladen 1974; Mitautor von: Demokratische Gesellschaft — Konsensus und Konflikt, München 1978²; Die Lehre von den politischen Systemen, München 1981²; Nation und Gesellschaft. Anmerkungen zum Problem der sozio-ökonomischen Bedingtheit der nationalen Frage, in: Deutschland Archiv, 2/1983, S. 131—141.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der 17. Juni 1953 im Spiegel der DDR-Literatur

I. Einleitung

Das Vorhaben, literarische Texte zur Deutung zeitgeschichtlicher Ereignisse — hier der Systemkrise um den 17. Juni 1953 in der DDR — heranzuziehen, wird zunächst auf begriffliche Skepsis stoßen. Zu verschieden sind Erkenntnisinteresse und Aussageabsicht von politologischer und zeithistorischer Forschung einerseits und von literarischen Texten andererseits. Politikwissenschaft und Zeitgeschichte suchen nach den verallgemeinerungsfähigen, von konkreter Erfahrung abgehobenen und daher abstrakten Zusammenhängen in der Ereignisgeschichte. Literarische Texte dagegen gestalten individuelle Erfahrung mit ästhetischen Mitteln. Sie stellen eine andere Form der Wirklichkeitserkenntnis und Weltaneignung dar, die von persönlicher Betroffenheit ausgeht und subjektive Befindlichkeit ausdrückt. Demgegenüber arbeitet die wissenschaftliche Forschung objekt- und faktenbezogen, indem sie theoretische Modelle an „Fällen“ überprüft. Ihr Ziel ist Eindeutigkeit der Ergebnisse und der Aussage mit Hilfe klar definierter Begriffe. Texte mit literarischem Anspruch aber leben in Bildern, im Beschreiben typischer Situationen, in knappen Metaphern. Das verleiht ihnen einen Grad an Relativität und Offenheit, an Uneindeutigkeit, ja „Zweideutigkeit“, der am ehesten der dialogischen Struktur des menschlichen Zusammenlebens entspricht.

Was rechtfertigt es dennoch, literarische Texte im Zusammenhang mit Ereignissen der Zeitgeschichte zu betrachten? Welchen „Zusatznutzen“ bringt es — konkreter gefragt —, wenn untersucht wird, wie der 17. Juni 1953 in der DDR-Literatur dargestellt wird? Sind nicht die Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung völlig ausreichend, um ein annähernd vollständiges und umfassendes Bild der Ereignisse gewinnen zu können?

Diese Fragen können jetzt noch nicht beantwortet werden. Sie bilden den Gegenstand und die Leitlinien der Erörterung. Es ist das

Ziel dieser Untersuchung, durch analytische Interpretation literarischer Texte, die Ereignisse um den 17. Juni 1953 behandeln, zu einer Typologie zu kommen, die aufzeigen soll, wie unter gleichen Rahmenbedingungen dieselben Ereignisse unter verschiedenen Gesichtspunkten in unterschiedlichen Varianten dargestellt werden.

Bei dieser Analyse können — schon aus Raumgründen — nicht alle literarischen Texte aus der DDR berücksichtigt werden, in denen die Thematik des 17. Juni 1953 in irgendeinem Kontext vorkommt¹⁾. Für das Erkenntnisziel genügt es vielmehr, wenn die Typologie an exemplarisch ausgewählten Texten erarbeitet wird.

Auch auf eine umfassende und erschöpfende zeitgeschichtliche Darstellung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 kann und muß verzichtet werden. Der chronologische Ablauf der Ereignisse wird als weitgehend bekannt vorausgesetzt.

In einem ersten Teil soll zunächst die konträre Einschätzung der Ereignisse in der politischen Publizistik der Bundesrepublik und in der offiziellen Propaganda der SED vorgestellt und erläutert werden, die zur Charakterisierung als „Volksaufstand“ oder als von außen gesteuerter faschistischer Putschversuch („Tag X“) führte.

Daran anschließend sollen an exemplarisch ausgewählten Texten aus der DDR-Literatur typische Haltungen und Einstellungen zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953 aufgezeigt werden.

¹⁾ Vgl. dazu die umfangreiche Bibliographie von Stephan Bock, *Der 17. Juni 1953 in der Literatur der DDR. Eine Bibliographie (1953—1979)*, in: *Jahrbuch zur Literatur in der DDR*, hrsg. von Paul G. Klusmann und Heinrich Mohr, Bd. 1, Bonn 1980, S. 141—159.

II. „Volksaufstand“ oder „Tag X“?

Heinz Brandt²⁾ berichtet, daß ihm Stefan Heym 1957 von seinem Plan erzählt habe, einen Roman über den 17. Juni 1953 zu schreiben. Er habe ihn davor gewarnt und gesagt: „Laß die Hände davon! Der 17. Juni ist nicht erzählbar. Drüben nicht, und hier schon gar nicht. Jede Seite ist an ihrer speziellen Legende, keine an der Wahrheit interessiert ...“

Ist es wirklich so, daß in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR an einer Legende gesponnen worden wäre, hier an der Legende vom spontan ausgebrochenen „Volksaufstand“, dort an der Legende von der von langer Hand vorbereiteten, von Geheimdienstagenten gesteuerten faschistischen Provokation am „Tag X“? Oder ist es nicht doch möglich, durch Propagandanebel hindurch zu einer an unbestreitbaren und unbestrittenen Tatsachen orientierten realistischen Einschätzung der Ereignisse zu gelangen?

1. War es ein „Volksaufstand“?

Im Winter 1952/53 verschärften sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR. Der forcierte Aufbau einer Schwerindustrie ging zu Lasten der Konsumgüterversorgung der Bevölkerung. Die Ernährungslage verschlechterte sich rapide. Ursache für die ungenügenden Ernteergebnisse war zum einen die ungünstige Witterung, zum anderen die nach der 2. SED-Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952, die den „Aufbau des Sozialismus“ und die „Verschärfung des Klassenkampfes“ proklamierte³⁾, verstärkte Kampagne für die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Tausende von Bauern zur Flucht in den Westen trieb.

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise entschloß sich die SED zur Flucht nach vorn. Auf der 13. ZK-Tagung am 13./14. Mai 1953 wurde „die Einführung eines strengen Sparsamkeitsregimes und die restlose Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Akkumulationsquellen für den sozialistischen Aufbau“ beschlossen⁴⁾. „Steigerung der Arbeitsprodukti-

vität“ und „Senkung der Selbstkosten“ sollten durch die verstärkte Einführung „technisch begründeter Arbeitsnormen“ erreicht werden. Es wurde beklagt, daß „ohne entsprechende Leistungen ... Normenerfüllungen von 150 bis 200 Prozent erreicht“ würden. Die vom Ministerium für Arbeit erlassene Bestimmung, daß bei Einführung neuer Normen eine Senkung des bisherigen Verdienstes nicht zulässig sei, wurde „als ein Fehler und als ein Hemmnis in der ganzen Entwicklung“ bezeichnet. Die Arbeitsnormen sollten bis zum 1. Juni 1953 um durchschnittlich mindestens 10 Prozent erhöht werden.

Die Regierung brauchte 14 Tage, um „dem Wunsche der Arbeiter, die Normen generell zu überprüfen und zu erhöhen“, nachzukommen. Sie verfügte die vom ZK der SED gewünschte Normenerhöhung, allerdings nicht zum 1. Juni, sondern zum 30. Juni 1953⁵⁾. Offensichtlich rechnete sie mit erheblichen Widerständen bei den betroffenen Arbeitern. Tatsächlich kam es schon Ende Mai auf verschiedenen Baustellen in Ost-Berlin zu kurzen Streiks gegen die Normenerhöhungen⁶⁾. Womit die SED aber nicht gerechnet hatte, war der „Neue Kurs“ in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins. Als der sowjetische Hochkommissar Semjonow am 5. Juni 1953 aus Moskau zurückkehrte, brachte er offenbar Direktiven mit, die der SED eine Anpassung ihres harten Sparkurses an die Liberalisierungsbestrebungen in der Sowjetunion empfahlen. Das Politbüro des ZK der SED gestand am 9. Juni 1953 „eine Reihe von Fehlern“ bei der Behandlung der Bauern, Händler und Handwerker ein und versprach Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung⁷⁾. Von einer Rücknahme der administrativ verordneten Normenerhöhung aber war in dem Beschluß keine Rede.

Die bereits seit Monaten schwelende Unruhe bei den Bauarbeitern in Ost-Berlin machte sich am Vormittag des 16. Juni 1953 in einem Demonstrationzug Luft, der eine Resolution mit der Forderung nach Herabsetzung der Normen an Gewerkschaftsbund und Regie-

²⁾ Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 274.

³⁾ Der Beschluß ist auszugsweise abgedruckt bei Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR (Edition Deutschland-Archiv), Köln 1982, S. 175 f.

⁴⁾ Der Beschluß ist auszugsweise abgedruckt bei Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 178 f.

⁵⁾ A. a. O., S. 179.

⁶⁾ Vgl. Thomas Ammer, Chronik zum 17. Juni 1953, in: Politik und Kultur, Jg. 1978, H. 3, S. 14.

⁷⁾ Siehe Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 181 f.

ring überbringen sollte⁹⁾. Die Streikbewegung und die Demonstrationen weiteten sich am 17. Juni auf das ganze Gebiet der DDR aus. Faßt man die Informationen über das Ausmaß der Streiks zusammen⁹⁾, so kam es in 272 Ortschaften der DDR zu Streiks, an denen sich etwa 300 000 Arbeiter beteiligten; das sind etwa 5% der Arbeitnehmer in der DDR. Die Teilnehmerzahl an den Demonstrationen zu schätzen ist ganz unmöglich, weil sich die Zahlenangaben widersprechen. Im ganzen jedoch scheint nach weitgehender Übereinstimmung in der Literatur die Streik- und Demonstrationenbewegung im wesentlichen von der Arbeiterschaft getragen worden zu sein. Andere Bevölkerungsgruppen dagegen, die mindestens bis zur Kursschwenkung vom 9. Juni 1953 erheblich härteren Maßnahmen der Regierung ausgesetzt waren, hielten sich zurück. Weder die Handwerker noch die Bauern wurden zu Trägern des Widerstandes. Insgesamt wahrten die Angehörigen der Mittelschichten eine abwartende Haltung.

Die Schwerpunkte der Unruhen lagen vor allem in den Großstädten und industriellen Zentren des Landes. In den Ortschaften, in denen es zu Streiks und Demonstrationen kam, läßt sich ein typisches Ablaufschema der Ereignisse feststellen¹⁰⁾. Nach den Meldungen über die Demonstrationen in Berlin vom Vortage wurde nach eingehender Diskussion der Streikbeschluß gefaßt und eine betriebliche Streikführung gewählt. In der Regel schloß sich eine Demonstration an, die vom Betriebsgelände aus in das Stadtzentrum führte. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Erhebung ausschließlich eine Sache der Arbeiterschaft.

Von einem „Volksaufstand“ kann eigentlich nur in einer relativ kurzen Phase des Geschehens gesprochen werden, nachdem sich den

geschlossenen, diszipliniert marschierenden Kolonnen der Arbeiter auch andere Gruppen — vor allem Frauen und Jugendliche — angeschlossen hatten. Als die Demonstrationen im Stadtzentrum angekommen waren, war ihre Teilnehmerzahl auf einige Zehntausende gewachsen. Den betrieblichen Streikleitungen drohte zu diesem Zeitpunkt — etwa gegen Mittag des 17. Juni — die Führung zu entgleiten. In diesen Massenkundgebungen in den Stadtzentren „fanden die Demonstrationenbewegungen ihren Höhepunkt — und ihren Abschluß“¹¹⁾. Gerade die Spontaneität und Ungeplantheit des Vorgehens und der rasche Ablauf der Ereignisse innerhalb weniger Stunden ließen die örtlichen Streikführungen, die ohne überregionale Verbindungen waren, nach Schluß der Großkundgebungen über das weitere Vorgehen ratlos. Als die sowjetischen Panzer eingriffen, hatte der Aufstand schon viel von seiner Wucht verloren. Gewalttätigkeiten von Demonstranten ereigneten sich vor allem dort, „wo auf die Streikenden geschossen worden und Blut geflossen war“. Die Volksbewegung war „keine blutige Revolution, sondern demonstrativer Ausdruck der allgemeinen politischen Stimmung“¹²⁾.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die administrative Erhöhung der Arbeitsnormen zunächst eine weitverbreitete Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft hervorrief, die sich in spontanen Streiks entlud. In der zweiten Phase kulminierte diese Streikbewegung in Demonstrationen und Massenkundgebungen. Die Erklärung des Ausnahmezustandes und das Eingreifen sowjetischer Panzer verhinderten, daß daraus ein wirklicher „Volksaufstand“ oder gar eine „nationale und soziale Revolution“¹³⁾ wurde.

2. War es der „Tag X“?

Schon in einem Beschluß des Politbüros vom 16. Juni 1953, mit dem die Erhöhung der Arbeitsnormen aufgehoben wurde, war davon die Rede, daß „feindliche Provokateure“ versucht hätten, „Unstimmigkeiten und Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse hineinzutragen“¹⁴⁾. Am Abend desselben Tages dagegen erklärte Otto Grotewohl vor dem Parteiaktiv der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin

⁹⁾ Die Ereignisse im einzelnen sind in einer Reihe von Veröffentlichungen ausführlich geschildert; vgl. z. B. Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Bonn 1953, S. 31 ff.; Brandt (Anm. 2), S. 229 ff.; Rainer Hildebrandt, *Was lehrte der 17. Juni? Eine Denkschrift*, Berlin 1954, S. 2 ff.; Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 117 f., S. 136 ff.; Joachim G. Leithäuser, *Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht*, Sonderdruck aus „Der Monat“ 1953, H. 60 und 61, Berlin 1954; Ammer (Anm. 6), S. 18 f.; Axel Bust-Bartels, *Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 25/80* vom 21. 6. 1980, S. 42 ff.

⁹⁾ Siehe Baring (Anm. 8), S. 38.

¹⁰⁾ Vgl. Gudrun Schweizer, *Der 17. Juni 1953. Zulassungsarbeit zur ersten Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd*, 1983, S. 88; siehe auch Baring (Anm. 8), S. 51 ff.

¹¹⁾ Baring (Anm. 8), S. 57.

¹²⁾ Leithäuser (Anm. 8), S. 45.

¹³⁾ Günter Bartsch, *Nationale und soziale Revolution. Über die Aktualität des 17. Juni 1953*, in: *Das Parlament* Nr. 24 vom 17. Juni 1978, S. 9.

¹⁴⁾ Zitiert nach Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 185.

die „Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft“ für „berechtigt“ und sagte: „Wenn sich Menschen von uns abwenden, ... dann ist diese Politik falsch.“¹⁵⁾ Das „Neue Deutschland“ wiederum meinte am 17. Juni zu den Ereignissen vom Vortage, „ein Teil der Bauarbeiter“ hätte sich „zu einer Demonstration verleiten“ lassen, „die von den in Westberlin sitzenden Urhebern als Provokation zur Störung der immer stärker werdenden Verständigungsbewegung unter den Deutschen gedacht war“, gab aber immerhin „eigene Fehler“ zu, die „den Provokateuren einen günstigen Boden für ihre Umtriebe geschaffen“ hätten¹⁶⁾.

In diesen drei Verlautbarungen ist immerhin noch davon die Rede, daß der Grund für Streiks und Demonstrationen in der Unzufriedenheit der Arbeiter über eine falsche Politik ihrer Regierung lag, die dann allerdings von „Provokateuren“ zum Vorwand für ihre Ziele genutzt worden sei. Am nächsten Tag, dem 18. Juni, ist dagegen im „Neuen Deutschland“ eine Bekanntmachung der Regierung der DDR zu lesen, die die Unruhen allein als „Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen“ darstellt. Diese seien mit den Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung unzufrieden gewesen und hätten deshalb darauf „mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung“ reagiert¹⁷⁾. Am 19. Juni berichtet „Neues Deutschland“, die Bevölkerung Berlins hätte „ausnahmslos“ die „verbrecherischen Provokationen der Westberliner Schläger“ verurteilt. Sogar Arbeiter, die an den Demonstrationen teilgenommen hätten, drückten „ihre Scham“ darüber aus, „daß sie sich von amerikanischen Agenten gegen die Interessen Deutschlands und des Friedens mißbrauchen ließen“¹⁸⁾.

Während zunächst davon die Rede war, daß der berechnete Zorn der Arbeiter von Provokateuren ausgenutzt wurde, setzt sich immer stärker eine andere Auffassung durch, nach der amerikanische Agenten versucht hätten, die Bevölkerung zum Aufstand anzustacheln; diese sei jedoch darauf nicht hereingefallen. Zu diesen Agenten seien noch Schläger und Terroristen aus West-Berlin hinzugekommen.

¹⁵⁾ A. a. O., S. 186.

¹⁶⁾ Ebenda.

¹⁷⁾ Zitiert nach: 17. Juni 1953. Seminarmaterial des Gesamtdeutschen Instituts, Bonn o. J., S. 4.

¹⁸⁾ Ebenda.

Das ZK der SED nahm auf seiner 14. Tagung am 21. Juni 1953 mit einer verbindlichen Interpretation der Ereignisse Stellung. Zum ersten Mal ist in diesem Beschluß¹⁹⁾ ausdrücklich davon die Rede, die „amerikanischen und deutschen Kriegstreiber“ hätten die „Friedenspolitik“ des sozialistischen Lagers unterlaufen wollen durch „die Ansetzung des Tages X, an dem sie von Berlin aus die Deutsche Demokratische Republik aufrollen wollten, auf den 17. Juni 1953“. Damit wird zunächst einmal die Streikbewegung aus der Arena der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Arbeiterschaft und Regierung — und damit aus dem Verantwortungsbereich der SED — in den Bereich der internationalen Politik verschoben. Darüber hinaus wird der unmittelbare Anlaß der Revolte — der Beschluß des Politbüros vom 9. Juni, mit dem die Normenerhöhungen nicht zurückgenommen wurden — geradezu in sein Gegenteil verkehrt. Nicht die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den Normenerhöhungen wird als Ursache der Streiks und Demonstrationen angesehen, sondern die Unzufriedenheit der „amerikanischen Agenturen“ und „Terrororganisationen“ über die durch diesen Beschluß „eingeleitete Wendung zur Verbesserung der Lebenslage“ in der DDR. Die zu erwartende positive Wirkung der Politbüro-Beschlüsse hätte die Kriegstreiber dazu veranlaßt, den „von langer Hand vorbereiteten Tag X kurzfristig zu provozieren“.

Die Agententrupps hätten „die Mißstimmung einiger Teile der Bevölkerung“ ausgenutzt, um „die Arbeitsniederlegung ehrlicher Bauarbeiter durch Hetzlosungen in eine Demonstration gegen die Regierung umzufälschen und dieser Demonstration durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schießereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben.“ Dieser „niederträchtige Anschlag auf die DDR, auf Deutschland, auf den Weltfrieden“ sei „durch das rechtzeitige Eingreifen breiter Teile der Bevölkerung, die durch die Volkspolizei heldenhaft unterstützt wurden, sowie durch das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht“ vereitelt worden.

Die SED strickt hier an einer Legende, die sie davor bewahrt, jene ihre eigene Herrschaftsposition bedrohende Frage nach den Ursachen der Streikbewegung und der Demonstrationen wirklich zu beantworten. Sie schiebt die Verantwortung für den Umfang der Massendemonstrationen den westlichen

¹⁹⁾ Abgedruckt in Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 188—192.

Agentenzentralen zu und braucht sich damit nur noch mit der Frage nach den Ursachen von „Mißstimmung“ und „Arbeitsniederlegung ehrlicher Bauarbeiter“ zu beschäftigen. Sie verfälscht die tatsächliche Lage durch die Behauptung, das „Eingreifen breiter Teile der Bevölkerung“ habe den Putsch der Kriegstreiber verhindert, um sich selbst nicht der Frage stellen zu müssen, warum eine „Arbeiterregierung“ durch Panzer der Besatzungsmacht vor ihrem eigenen Volk geschützt werden mußte.

Die zugegebene Mißstimmung und Verbitte- rung bei einem Teil der Arbeiter sollte da- durch aufgefangen werden, „daß das Vertrau- ensverhältnis zwischen Arbeiterklasse, Partei und Regierung wiederhergestellt wird“. Wenn sich selbst Arbeiter „von den Provokateuren täuschen ließen“, so kann das nur auf „Mißver- ständnissen“ der wahren Absichten der Partei beruhen. Für diese Mißverständnisse über- nimmt das ZK großzügig die Verantwortung: „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!“ Allerdings muß man sorgfältig unter- scheiden „zwischen den ehrlichen ... Werk- tätigen, die zeitweise den Provokateuren Gehör schenken — und den Provokateuren selber.“ Diese müßten entlarvt und „den Sicherheits- organen übergeben“ werden, jene aber brauchten die „Hilfe und Geduld der Partei“.

Der ZK-Beschluß vom 21. Juni läßt durchaus noch verschiedene Interpretationen der Er- eignisse zu. Am weitesten gehen solche Stim- men, die den Unmut in der Arbeiterschaft für berechtigt halten und darin den eigentlichen Anlaß für Streiks und Demonstrationen sehen. Dadurch, daß westliche Provokateure diese Protestbewegung für ihre eigenen Ziele auszunutzen versuchten, seien die berechtig- ten Anliegen der Arbeiter ins Zwielficht gera- ten. Andere vertraten die Meinung, daß die Arbeiter ihre im Grundsatz berechtigten Ziele mit den falschen Mitteln, nämlich mit Streiks und Demonstrationen, vertreten hät- ten, statt sie durch Partei und Gewerkschaft voranbringen zu lassen. Dadurch hätten die faschistischen Agenten erst die Chance erhal- ten, ihre regierungsfeindlichen Parolen vorzu- tragen, die dem Klasseninteresse der Arbeiter nicht entsprachen. Die Partei habe zwar Fehler gemacht, sie habe aber auf die berechtigte Forderung der Arbeiter nach Rücknahme der administrativ verordneten Normenerhöhung sofort reagiert und diese noch am Mittag des 16. Juni zurückgenommen. Daher müsse un- terschieden werden zwischen dem Arbeiter-

protest am 16. Juni und dem anschließenden faschistischen Putschversuch am 17. Juni. Eine dritte Gruppe sah in den Ereignissen vom 16. und 17. Juni ausschließlich das Werk westlicher Agenten. Die klassenbewußten Ar- beiter hätten treu zu Partei und Regierung gestanden. Lediglich kleinbürgerliche, nazisti- sche und sozialdemokratische Elemente in der Arbeiterschaft seien für die Hetzparolen anfällig gewesen. Die Politik der Partei sei richtig gewesen, nur einzelne führende Mit- glieder in Partei und Gewerkschaft hätten versagt, weil sie die Linie der Partei gegen- über den Arbeitern nicht entschieden genug vertreten hätten.

Diese Mehrstimmigkeit bei der Deutung der Ereignisse, die nach dem ZK-Beschluß vom 21. Juni durchaus noch möglich war, wurde durch den Beschluß der 15. ZK-Tagung vom 24. bis 26. Juli 1953 eindeutig zugunsten der dritten Meinung vereinheitlicht²⁰⁾.

Ziel der westlichen „Kriegstreiber“ sei es ge- wesen, die Durchführung des „neuen Kurses“ in der DDR zu verhindern. Die „volksfeindli- chen Forderungen der faschistischen Provo- kateure auf Sturz der Regierung der DDR“ seien aber von „der Mehrheit der Bevölker- ung der DDR, besonders der Arbeiterklasse ... energisch zurückgewiesen“ worden. Die „von den Amerikanern organisierte und un- terstützte faschistische Untergrundbewe- gung“ habe aus „ehemals aktive(n) Nazisten“ und „ehemaligen SPD-Mitgliedern“ bestanden. Wenn die Agenten „in einigen Gegenden ... bestimmte Teile der Arbeiterschaft irreführen und zur Teilnahme an den Streiks veranlas- sen“ konnten, habe das vier Ursachen: Erstens seien nach 1945 „viele nichtproletarische Ele- mente aus dem Kleinbürgertum“ als Arbeiter in die Betriebe gegangen und hätten dort ihre „feindliche Einstellung zur Arbeiterklasse und zur demokratischen Ordnung in der DDR“ verbreitet. Zweitens seien selbst „breite Teile auch der Arbeiterschaft ... von der Naziideo- logie vergiftet“ gewesen. Der Partei sei es mit ihrer „Agitationsarbeit“ nicht ausreichend ge- lungen, „die vom Westen kommende feindli- che Propaganda“ zu entlarven. Drittens hätten untergeordnete Organe mit „nicht genügend durchdachten und überstürzten administ- rativen Maßnahmen“ der Bevölkerung „zu Unzu- friedenheit Anlaß gegeben“. Viertens schließ- lich seien die feindlichen Agenten sogar „in einige Organe der Verwaltung und in einige Gewerkschaftsleitungen“ eingedrungen und

²⁰⁾ Der Beschluß ist auszugsweise abgedruckt bei Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 199—203.

hätten dort „durch arbeiterfeindliche Maßnahmen (Lohnabbau, Verweigerung der Ausgabe von Arbeitsschutzkleidung, Verletzung der Bestimmungen des Arbeitsschutzes, Ignorierung der sozialen Nöte der Arbeiter u. a.) die Unzufriedenheit künstlich“ geschürt.

Nach dieser Interpretation der Ereignisse war es weder nötig noch möglich, eigene Fehler zuzugeben und den Arbeitern zuzugestehen, daß sie berechtigten Anlaß zu Streiks und Demonstrationen gehabt hätten. Die „Generallinie der Partei war und bleibt richtig“.

Seit der 15. ZK-Tagung wird in der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR ausschließlich die These vertreten, daß „Agenten der imperialistischen Geheimdienste“ und faschistische Provokateure aus West-Berlin „Werkstätige mehrerer Betriebe zur Arbeitsniederlegung und zu Demonstrationen“ verleitet hätten²¹⁾. Für das Eingeständnis eigener Fehler, gar einer insgesamt falschen Politik, die den Arbeitern berechtigten Anlaß zu ihrem Protest gegeben habe, ist in dieser Einheitsinterpretation der Ereignisse kein Platz mehr.

Nun ist die These vom faschistischen Putschversuch am „Tag X“ in der Literatur schon dermaßen oft als historisch falsch zurückgewiesen worden, daß sich hier eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Behauptung erübrigt. Es genügt, auf einige offenkundige Tatsachen hinzuweisen, die der These vom „Tag X“ widersprechen.

Zunächst ist bereits dargestellt worden, daß die Arbeiter wegen der Politik der Regierung durchaus Grund zu Unzufriedenheit und Protestverhalten hatten. Gegen eine langfristige Vorbereitung durch westliche Agentenzentralen spricht ferner der spontane und ungeplante Ablauf der Streiks und Demonstrationen. Die „Volksmassen“ hatten — wie Robert Havemann betont — weder „ein klares politi-

sches Ziel“ noch „eine entschlossene, organisiert arbeitende Führung“²²⁾. Selbst durch die Verhaftungswelle nach dem 17. Juni und die im Westen bekanntgewordenen Gerichtsurteile ist es nicht gelungen, die These vom aus dem Westen gesteuerten faschistischen Putschversuch schlüssig nachzuweisen²³⁾. Verlauf und rasches Ende der Protestbewegung nach dem Eingreifen der Roten Armee deuten nicht auf kühle Planung und umsichtige Organisation durch eine Agentenzentrale hin. Der Zorn der Massen richtete sich in erster Linie gegen sichtbare Manifestationen des verhaßten Regimes wie Fahnen, Bilder, Transparente, nicht aber gegen die eigentlichen „Nervenzentren“ des Systems in den Radiostationen, Kasernen und Nachrichtenzentralen, Eisenbahnlinien und Verkehrszentren, Brücken, Kraftwerken und Talsperren²⁴⁾.

Das entscheidende Argument gegen die These vom „Tag X“ liefert die Haltung der SED nach dem 17. Juni. Wie bereits ausführlich dargestellt, war die SED in den ersten Tagen zunächst durchaus geneigt, die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter als Ausdruck berechtigter Unzufriedenheit ernst zu nehmen. Der Beschluß der 14. ZK-Tagung vom 21. Juni fügte dieser Ansicht die Interpretation hinzu, daß der berechnete Protest der Arbeiter von Provokateuren und Agenten für ihre Zwecke ausgenutzt worden sei. Die These, die Ereignisse um den 17. Juni seien ausschließlich das Werk westlicher Agentenzentralen, und die „wirklichen“ Arbeiter seien von deren Machenschaften unberührt geblieben, hatte sich erst mit der 15. ZK-Tagung vom 24. bis 26. Juli 1953 durchgesetzt, nachdem es Ulbricht gelungen war, seine Gegner auszuschalten und seine eigene Machtstellung wieder endgültig zu festigen.

²¹⁾ DDR, Werden und Wachsen, Berlin (Ost) 1975, S. 240 ff.; siehe auch: Geschichte der SED — Abriss, hrsg. von Autorenkollektiv beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1978; Lizenzausgabe Frankfurt/Main 1978, S. 294 f.

²²⁾ Robert Havemann, Fragen — Antworten — Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, München 1970², S. 141.

²³⁾ Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Juni-Aufstand und Justiz, in: Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 70—85.

²⁴⁾ Vgl. Stefan Brant, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954, S. 291, 307.

III. Typische Darstellungsweisen der Ereignisse um den 17. Juni 1953 an exemplarischen Texten der DDR-Literatur

1. Der „Tag X“ als ausschließlich faschistischer Putschversuch

a) *Stephan Hermlin: Die Kommandeuse*

Die im Oktober 1954 erstmals veröffentlichte Erzählung²⁵⁾ stützt sich auf eine Begebenheit, bei der die KZ-Aufseherin Erna Dorn (in der Erzählung Hedwig Weber), die zu zehn (in der Erzählung fünfzehn) Jahren Haft verurteilt war, aus dem Gefängnis in Halle (in der Erzählung Saalstedt) befreit wurde²⁶⁾. Noch am selben Tage wurde sie wieder ergriffen, später zum Tode verurteilt und hingerichtet. Dieses Todesurteil entbehrt jeder rechtsstaatlichen Grundlage. Es wurde ausgesprochen, obwohl die Angeklagte bereits zu zehn Jahren Haft verurteilt war und ihr für die kurze Zeit ihres Entweichens keine zusätzlichen Straftaten zur Last gelegt werden konnten, die ein Todesurteil gerechtfertigt hätten.

In der Erzählung wird die „negative Heldin“, die „Kommandeuse“ Hedwig Weber, als eine Person geschildert, die nichts dazugelernt hat. „Sie schlug mit einer unsichtbaren Gerte gegen einen unsichtbaren Stiefelschaft“ (S. 199). Sie träumt von einer neuen Machtergreifung. Aus dem „Führungsstab“ der Putschisten werden als „Chef“ der „Kahlstirnige“ (S. 202) und ihre beiden Befreier, der „Ältere“ mit Namen Blümlein aus Zehlendorf — „auf Leute mit diesem Blick war Verlaß“ (S. 197) — und der Junge, Hübsche, Große, näher charakterisiert. „Baskenmützen und Sonnenbrillen“ (S. 197) weisen sie als westliche Agenten aus.

Demgegenüber ist die Volkspolizei „weggefegt“ oder „hat sich verkrochen“ (S. 201). Die „fröhliche blonde Wachtmeisterin“ des Frauengefängnisses liegt „mit zertrampeltem Gesicht, aber noch atmend“ (S. 199) auf dem Treppenabsatz. Die Arbeiter der Pumpenfabrik verweigern die Teilnahme am Streik (S. 201) und schlagen auf Kundgebungsteil-

nehmer ein, die das „Horst-Wessel-Lied“ anstimmen (S. 203).

Die Nachricht vom Streik erhält Hedwig Weber von der „Prostituierte(n) und Kindesmörderin Rallmann“ (S. 196). Die Ereignisse des folgenden Tages erscheinen der Gefangenen bis zu ihrer Befreiung zunächst wie ein fernes „Singen und Rufen“ aus Anlaß irgendeines Feiertags. Später hört sie „viestimmigen Lärm“ (S. 196) und imaginiert „tobendes Heil-Gebrüll“ (S. 197). Nach ihrer Befreiung ist sie erstaunt darüber, „daß die Straße so leer“ ist (S. 200). Nur eingeschlagene Fenster und eine Bücherverbrennung stören das friedliche Bild im Garten arbeitender Menschen, von Spaziergängern und „Frauen mit Kinderwagen“, allerdings auch einer „Menge Betrunkener“ (S. 201) auf den Straßen. Auch auf dem Weg zur Kundgebung bleibt die Menge gesichtslos, „schlendernd, schwatzend“, „in lockeren Strudeln“ (S. 202).

Ein „Aufstand“ findet nicht statt, streikende und protestierende Arbeiter gibt es nicht, die Ereignisse sind das Werk von „sieben oder acht Männern“ (S. 200) eines Agenten-Führungsstabes unverbesserlicher Nazis. Die Kundgebung ist beendet; die Menge läuft auseinander, als die sowjetischen Panzerleute „lachend“ die Motoren aufheulen lassen (S. 203 f.). Alles ist wie ein böser Spuk verfliegen.

b) *Karl-Heinz Jakobs: Beschreibung eines Sommers*

In diesem 1961 erschienenen Roman²⁷⁾ durchlebt der Held Tom Breitsprecher im Sommer 1959 eine moralische Krise. Wegen seiner Liebesbeziehung zu einer verheirateten Frau muß er sich vor der Parteileitung seiner Baustelle in Wartha verantworten. In dieser Verhandlung tritt der Maurerbrigadier Schibulla für ihn ein und berichtet von ihren gemeinsamen Erlebnissen am 17. Juni 1953 in Berlin. Auf ihrer Baustelle in der Stalinallee herrschte „offiziell Arbeitsruhe“. „Wir saßen in unseren Maurerkleidern in der Bude. Auf die Rüstung durften wir nicht, um keinen zu provozieren“ (S. 204). Es herrscht Arbeitsruhe bei grundsätzlicher Arbeitswilligkeit, aber keine Unzufriedenheit unter den Arbeitern, kein

²⁷⁾ Karl-Heinz Jakobs, *Beschreibung eines Sommers*, Berlin 1961; Lizenzausgabe München 1975.

²⁵⁾ In: *Neue Deutsche Literatur 2* (1954), H. 10, S. 19 ff.; wiederabgedruckt in: *Auskunft — Neue Prosa aus der DDR*, hrsg. von Stefan Heym, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 196—205. Die Seitenangaben im Text richten sich nach der Ausgabe von 1977.

²⁶⁾ Diese Begebenheit diente zur Stützung der These vom faschistischen Putschversuch im ZK-Beschluß vom 21. Juni 1953, in: *Spittmann/Fricke* (Anm. 3), S. 189; vgl. auch *Fricke* (Anm. 23), S. 73. Zu den Vorgängen in Halle siehe auch *Leithäuser* (Anm. 8), S. 40 f.

Streik, keine Demonstration. Nur Schibulla und Breitsprecher gehen in die Stadtmitte, um zu sehen, was dort los ist. Auch dort gibt es keine demonstrierenden Arbeiter, sondern nur faschistischen Mob, Jugendliche aus Westberlin, randalierende Rowdies, die Bücher verbrennen, Kioske anzünden und Bilder zerstören. Als die beiden den Randalierern entgegentreten, werden sie von der fanatisierten Menge fast gelyncht. Westberliner Polizisten greifen ein und nehmen sie fest. Als sie auf der Wache jede Aussage verweigern, werden sie mißhandelt, nachts aber wieder freigelassen. Als sie am anderen Morgen auf ihre Arbeitsstelle in der Stalinallee zurückkehren, wird dort wieder normal gearbeitet. Der Brigadier Schibulla hat Tom Breitsprecher in der Stunde der Gefahr erst „richtig kennengelernt“, als dieser auf dem Westberliner Polizeirevier bekannte: „Ich bin Bürger der Deutschen Demokratischen Republik“. Deshalb meint er: „Er ist es wert, daß wir um ihn ringen“ (S. 207).

Der Angriff des faschistischen Mobs wird für den Helden zur Stunde der Bewährung. Seine Entscheidung für den sozialistischen Staat hilft ihm, auch spätere Krisen zu bewältigen. Die Darstellung bleibt ganz auf der individuell-moralischen Ebene.

c) Erik Neutsch: Auf der Suche nach Gatt

Auch für den Helden dieses Romans²⁸⁾ wird der 17. Juni zu einer entscheidenden Wende seines Lebens. Am Morgen des 17. Juni erfährt er aus einem Gespräch zweier Fahrgäste in der Straßenbahn von Streiks in Berlin. „Gatt wunderte sich nicht, dachte: Westberlin. Warum wissen die Leute nicht zu unterscheiden, daß es zwei Berlin gibt. Eines, in dem gestreikt wird, und ein anderes, in dem die Stalinallee gebaut wird“ (S. 85). Der ehemalige Bergarbeiter, der als „schreibender Arbeiter“ Karriere gemacht hat und Journalist geworden ist, steht den Vorgängen in Mansfeld, die er auf dem Weg in die Redaktion erlebt, völlig fassungslos gegenüber. Eine Sprechchöre brüllende Menschenmenge, die Gebäude demoliert und Fahnen herunterreißt; die Bevölkerung zurückhaltend, „in ihren Augen nistete hilflose Angst“ (S. 86). Gatt will die Kollegen in der Redaktion zur Gegenwehr aufrufen: „Tausend Genossen. Und wenn das nicht hilft, unsere Polizei. Feuer aus allen Rohren. Wir schießen den Putsch zusammen“ (S. 89).

²⁸⁾ Erik Neutsch, *Auf der Suche nach Gatt*, Halle/Saale 1973.

Aber die Genossen versuchen ihn zurückzuhalten: „Das würde Bürgerkrieg bedeuten, unnützes Blutvergießen. Darauf wartet der Feind, um nicht nur uns, sondern um Europa aufzurollen... Wir müssen die Machtstellungen halten“ (S. 88).

Gatt läßt sich nicht zurückhalten. „Er eilte in die Stadt und mischte sich in die stöhnende, schweigende, geifernde, von Brutalität, aber auch schon von zunehmender Enttäuschung und Ratlosigkeit gezeichnete Menge, die inzwischen den Marktplatz belagerte. Lieder wurden gesungen: Deutschland, Deutschland über alles; Brüder, zur Sonne, zur Freiheit. Immer wieder erschollen die Rufe: Nieder mit den Roten, hängt die Kommunistenschweine“ (S. 89). Gatt sieht keine Arbeiter, nur „Burschen mit kurzgeschnittenen Haaren, zitronengelben Hemden und Ringelsocken an den Füßen“ (S. 90). Wer aber singt dann das Arbeiterlied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“? Als freigelassene Häftlinge einen Polizisten lynchen wollen, versucht Gatt das zu verhindern. Aber er wird niedergeschossen. „Mit zerschossener Brust fiel er hintenüber. Als er auf dem Pflaster lag inmitten der Straße, prasselten noch immer Kugeln auf ihn nieder. Im Fallen aber sah er, daß auf dem breiten, leeren Fahrdamm ein Panzer heranrollte. Mein Leben ist hin, denke ich noch. Aber die Revolution ist gerettet“ (S. 92).

Das Versagen der SED, die Hilflosigkeit der Funktionäre werden in eine wohlüberlegte taktische Maßnahme umgedeutet, um Blutvergießen zu vermeiden. Der heldenhafte Einsatz Gatts war ein Irrtum. „Nach allem was damals geschah, war es sinnlos“, denkt Gatt nach seiner Genesung (S. 103). Die Partei hat recht behalten.

d) Anna Seghers: Das Vertrauen

In diesem 1968 veröffentlichten Roman²⁹⁾ wird der 17. Juni 1953 zum Tag der „Entscheidung“³⁰⁾. Die Menschen der Romanhandlung stehen — worauf schon der Titel in durchaus doppeldeutiger Weise Bezug nimmt — vor der schicksalhaften Entscheidung, ob sie ihrem Staat auch in der Stunde der Not das Vertrauen bewahren und ob sie sich damit

²⁹⁾ Anna Seghers, *Das Vertrauen*, Berlin und Weimar 1972⁴.

³⁰⁾ So der Titel eines bereits 1959 erschienenen Romans von Anna Seghers, in dem unmittelbar nach Kriegsende die Menschen in Kossin vor „die Entscheidung“ für oder gegen den Sozialismus gestellt werden.

des Vertrauens würdig erweisen, das dieser Staat in sie gesetzt hat.

In der Art und Weise der Interpretation der Ereignisse um den 17. Juni 1953 markiert der Roman den Übergang von einer Deutung als ausschließlich faschistisch gesteuerten Putschversuch zu einer differenzierteren Sicht, in der immerhin Unzufriedenheit der Arbeiter artikuliert und Versagen von Parteifunktionären angedeutet werden. Die Darstellung des äußeren Ablaufs der Ereignisse in der Kleinstadt Kossin und in dem ehemals Bentheimschen Stahlwerk entspricht im großen und ganzen der historischen Realität: Streik, Marsch ins Stadtzentrum, Solidarisierung anderer Betriebe, Teilnahme der Bevölkerung, Sprechchöre und Transparente, einzelne Gewaltaktionen.

Die Annäherung an die offizielle SED-Interpretation erreicht die Autorin durch die besonders starke Betonung einzelner Kompositionselemente: Der 17. Juni ist der Tag der Konterrevolution; er scheidet zwischen Guten und Bösen, Freunden und Feinden, Echten und Falschen. Zu den einen gehören alte, bewährte Kommunisten und jugendliche, idealistisch gesinnte Helden. Die anderen sind alte Nazis, enteignete Industrielle und ihre bezahlten Knechte, eingeschleuste Agenten und Provokateure, aber auch ehemalige Sozialdemokraten, die in ihrem Irrtum erstarrt sind und nichts dazugelernt haben.

Zwischen den beiden Polen: die Arbeiter, in ihrer Unzufriedenheit verführbar und gefährdet. Der Protest gegen die Normenerhöhung bricht sich Bahn: „Das ist kein Leben, dieses Gehetzte, Stunde für Stunde, Tag für Tag, Woche für Woche. Wir nennen es mit dem richtigen Namen: Antreiben. Ihr gebt ihm schöne Namen. Technisch begründete Arbeitsnormen. Planung. Sparsamkeit. Wir streiken, weil wir es Ausbeutung nennen. Das ist unser Recht, und auch ich, ich spring nicht aus der Reihe.“

Vorsichtige Kritik an der administrativen Durchsetzung der Normenerhöhung wird laut: „Du kannst niemand durch Befehle verändern ... Oder durch Anordnungen, die wie Befehle klingen ... Woanders müssen wir etwas länger erklären, damit die Leute selbst es wollen. Darauf kommt es mir an: Es darf nicht befohlen werden, sondern verstanden und vorgeschlagen“ (S. 249 f.). Aber in der Stunde der Bewährung darf man sich nicht von „törichten Fragen und unnützen Zweifeln“ (S. 105) beirren lassen. Man entscheidet sich

entweder für den Streik und damit für die Feinde, die den Tag X von langer Hand geplant und jetzt ins Werk gesetzt haben. Oder man stellt sich — selbst wenn man zwischen durch schwankend geworden ist — entschlossen auf die Seite derer, die treu und mutig den Agenten entgegentreten und deren Pläne vereiteln. Durch den tatkräftigen Einsatz der besonnenen Arbeiter, besonders der jungen Leute, scheitert der Putschversuch, ehe die Panzer eingreifen müssen. „Wir haben keine Panzer gebraucht, wird es später heißen“ (S. 354).

2. Die „doppelgleisige“ Interpretation: begründeter Protest und westlicher Putschversuch

a) Hermann Kant: *Das Impressum*

In diesem Roman³¹⁾ erscheinen dem Erzähler David Groth die Ereignisse des 17. Juni im erinnernden Rückblick verknüpft mit einer Wende in seinem persönlichen Leben. Durch „Zufall“ trifft er an diesem „grauen Junimorgen“ mitten im Getümmel des Strausberger Platzes in Berlin auf seine frühere Freundin, die Fotografin Franziska. Sie fotografiert „einen schreienden Mann in Maurerhosen“, mit dessen Hose etwas nicht stimmt (S. 143). Ein Agent in Maurerkleidung! Die offizielle Interpretation wird nur versteckt dadurch relativiert, daß die Gesichter der Leute, die hier die Ordnung auf den Kopf stellen, „nicht alle die des Feindes waren“ (S. 144).

In einer zweiten Szene wird die Erinnerung an den 17. Juni durch ein Foto ausgelöst, das von Groth in einer Kassette aufbewahrt wird, zu der nur er den Schlüssel hat. Darauf ist Fritz Andermann (gemeint ist der Industrieminister Fritz Selbmann) zu sehen, mit dem Rücken gegen einen Pfeiler gepreßt von einer tobenden Menge. „Hier schrie der Irrsinn, und der Irrtum schrie mit, und der Haß sah hier seine Gelegenheit und schrie, schrie: Hängt sie auf, schlägt ihn tot, stopft ihm das Maul, dem Hund!“ (S. 276 f.). Warum „taugte das Bild für keine Öffentlichkeit, ... mußte Verschlußsache sein?“ (S. 276) Weil man nicht eingestehen darf, daß sich damals die Staatsmacht in höchster Bedrängnis befand? Muß dieser unfassbare Vorgang verdrängt, aus dem öffentlichen Bewußtsein getilgt werden?

Groth versucht, dem bedrohten Minister zu Hilfe zu kommen. Er drängt sich „durch ein

³¹⁾ Hermann Kant, *Das Impressum*, Berlin 1972; hier zitiert nach der Taschenbuchausgabe Frankfurt/Main 1978.

Verhau aus Zimmermannsrippen, Poliersellenbogen, Handlangermuskeln, Schultern vom Bau und Bäuchen, die nicht auf dem Bau gewachsen waren" (S. 277). Es sind Bauarbeiter, die dem Minister ans Leben wollen — ein schreckliches Eingeständnis, gleichwohl sofort wieder relativiert durch die Anspielung auf das verdeckte Wirken eingeschleuster Provokateure.

Noch einmal führt der Autor das versteckte Doppelspiel vor, um eine für das Regime gefährliche Andeutung wieder zurückzunehmen: Andermann, gegen den Pfeiler gepreßt von „etwas, das aussah wie seinesgleichen und seinesgleichen auch war" (S. 278), wird aus der tödlichen Bedrohung gerettet durch eine „Bewegung, die eine schützende schien, auch in Zimmermannskord und Maurerdrillich gekleidet" (S. 277). Wenn es schon Arbeiter sind, die den Minister bedrängen, so sind es ebenfalls Arbeiter, die ihn der tobenden Menge entziehen.

Wo liegt die Ursache für das Unbegreifliche? Wenn von „Fehlern" gesprochen werden muß, dann sind es die „Fehler" der „Klugen und Mutigen und Gerechten" (S. 278), die nicht erkannt haben, „wie wenig noch die Niedertracht geschlagen war", wie ungefestigt die Arbeitermacht, wie gefährdet durch die, die ihn schlagen, „weil sie sollten" und die immer nachher sagen: „Wir haben das nicht gewollt, wir haben es gesollt, wir haben es gemußt, wir haben es nicht anders gewußt" (S. 279). Der Fehler der „Gerechten" ist die „Ungeduld" mit den verführbaren Massen. Andermann muß sich sagen: „Er ist ein Träumer gewesen; er hat die hinter sich geglaubt, um sich, die jetzt vor ihm stehen, gegen ihn drängen und ihm ans Leben wollen" (S. 279). Keine Rede von wirklichen Fehlern der Mächtigen, von berechtigtem Zorn über Ausbeutung und Normenschinderei. Die Masse der Arbeiter ist blind und gesichtslos, uneinsichtig und leicht aufputschbar. Die politische Konsequenz aus dieser Einsicht: „Wachsam bleiben, ... nur kein fauler Liberalismus, ... dem Feind keinen Fußbreit Boden und jenem Junitag nie wieder eine Chance" (S. 280).

Jetzt stimmt das Weltbild wieder, das einen Augenblick irritiert war durch die Tatsache, daß Arbeiter gegen eine Regierung protestieren, die den Anspruch erhebt, eine Arbeiterregierung zu sein. Der Fehler liegt nicht bei der Regierung, es sind die Arbeiter, die das Vertrauen ihrer Regierung enttäuscht haben. Auf diese absurde Verdrehung, auf die schon

Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Die Lösung"³²⁾ mit dem Vorschlag reagierte, die Regierung solle sich dann doch ein anderes Volk wählen, kann man mit Erwin Strittmatter³³⁾ nur antworten: „Wenn du mich und meinesgleichen nicht hättest, sagte ich zu meinem Freunde, dem Regierer, so hättest du nichts zu regieren. Außerdem lassen wir uns von dir nur gern regieren, wenn uns einleuchtet, was du von uns verlangst. Freilich hast du deinen Knüppel, aber nicht für ewig und drei Tage."

b) Fritz Selbmann: Anhang den Tag vorher betreffend

Die tödlich bedrohende Szene in Kants Roman wird von dem Betroffenen selbst, Fritz Selbmann, in seiner Erzählung³⁴⁾ ganz undramatisch geschildert. Es ist „eine richtige ordentliche Arbeiterdemonstration". Der Augenzeuge, der Werkleiter Heinz Lorenzen, ist „etwas erstaunt, daß alles so friedlich zugeht", fast „als habe sich eine fröhlich gestimmte Menge zu einem zwanglosen Meeting versammelt" (S. 99). Die irritierende Tatsache, daß Arbeiter gegen ihre Regierung protestieren, wird dadurch relativiert, daß dieser Protest hier als unernst, wie ein Betriebsausflug an einem schönen Sommertag dargestellt wird. Der Minister Selbmann spricht beruhigend auf die Arbeiter ein. „Er sprach von dem Grund der Demonstration und der Arbeitsniederlegung, von der in manchen Betrieben administrativ und ohne Beratung mit den Arbeitern durchgeführten Erhöhung der Arbeitsnormen, die die Hauptursache der Erregung in den Betrieben war. Er teilte mit, daß auf Beschluß der Regierung die generelle Normenerhöhung rückgängig gemacht sei" (S. 102). Darauf beginnt sich die Versammlung aufzulösen. Einer sagt: „Na, dann können wir ja nach Hause gehen. Die Vorstellung ist zu Ende". Ein anderer ergänzt: „Außerdem ist jetzt im Betrieb Feierabend und in der Freizeit wird nicht demonstriert." Die Arbeiter sind nicht mehr zu halten. „Die Demonstranten liefen einfach auseinander, nach Hause, zu Muttern, zum verspäteten Mittagessen" (S. 104). Das durch den Arbeiterprotest gestörte Weltbild wird dadurch wieder zu-

³²⁾ Bertolt Brecht, Die Lösung, in: Gesammelte Werke, Bd. 10, Frankfurt/Main 1967, S. 1009 f.

³³⁾ Erwin Strittmatter, Selbstermunterungen, Berlin und Weimar 1981, S. 78.

³⁴⁾ Fritz Selbmann, Anhang den Tag vorher betreffend, in: Stefan Heym (Hrsg.), Auskunft. Neue Prosa aus der DDR, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 98–104.

rechtgerückt, daß die Arbeiter in beleidigender Weise herabgesetzt werden. Daß mit solchen Arbeitern, selbst wenn sie eigentlich als führende Klasse „alle politische Macht“³⁵⁾ in der DDR ausüben sollen, kein Staat zu machen ist, rechtfertigt nachträglich den Hochmut und das Elitedenken der Parteifunktionäre.

Immerhin ist in dieser Erzählung überhaupt noch davon die Rede, daß es Arbeiter waren, die demonstrierten, und daß sie durchaus Grund zum Protest hatten. Natürlich wird — der offiziellen Parteiversion entsprechend — dieser Arbeiterprotest als vom Westen unterwandert dargestellt. Das beginnt schon damit, daß zu dem Demonstrationzug der Arbeiter zwei weitere aus Richtung Westen stoßen. „Was hier zusammenströmte und vom Westen kam, das hatte mit den Bauarbeitern von der Stalinallee nichts oder doch nicht viel zu tun.“ Es sind „junge Burschen, Halbstarke in Lederjacken, Rowdys und Schläger“ (S. 98). Selbst die Arbeiter werden von Männern angeführt, „die wie Bauarbeiter aussahen, die aber eigenartigerweise völlig neue weiße Maureranzüge“ tragen (S. 99). Wenn Lärm und Unruhe aufkommen, wenn „unartikulierte Gejohle“ ausbricht, dann geht es von den „jungen Burschen mit dem lächerlichen Haarschnitt und dem Lederbesatz an den Gesäßtaschen“ aus (S. 99).

Politische Parolen werden von den Arbeitern selbst nicht vorgebracht. Zu ihrem Wortführer macht sich ein falscher Bauarbeiter mit „gepflegten Händen“, der schon durch seine Sprache „den routinierten und geschulten Agitator“ verrät. „Er hatte eine weiße Hose an, völlig neu und sicherlich heute zum erstenmal getragen“ (S. 103).

Zwei Wege der „Bewältigung“ des traumatischen Erlebnisses führt der Minister hier vor: Die Arbeiter hatten zwar Grund zum Protest, aber keinen Grund zum Aufruhr. Sie haben sich von westlichen Agitatoren dazu verführen lassen, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Wenn die Arbeiter so leicht verführbar sind, dann muß das Regime sie in Zukunft wie unmündige Kinder behandeln.

c) Stefan Heym: 5 Tage im Juni

Dieser Roman³⁶⁾ behandelt ausschließlich die Vorgänge um den 17. Juni in Form eines

³⁵⁾ Vgl. Art. 2 Abs. 1 der Verfassung der DDR von 1968 in der Fassung von 1974.

³⁶⁾ Stefan Heym, 5 Tage im Juni, München-Gütersloh-Wien 1974; Taschenbuchausgabe Frankfurt/Main 1977.

Stundenprotokolls vom 13. bis zum 17. Juni 1953. In die Chronik der Ereignisse sind Teile politischer Dokumente, Zeitungsartikel und Rundfunkmeldungen eingestreut. Diese filmische Darstellungstechnik erlaubt es dem Autor, ein sehr differenziertes Bild der Ereignisse zu entwerfen. Das Ursachenspektrum des Arbeiterprotests ist breit entwickelt. Es reicht von persönlichen Problemen über gesellschaftliche Strukturmängel bis zu Fehlern der politischen Führung. Die Porträts der Arbeiter des VEB Merkur umfassen sowohl überzeugte und parteitreue Kommunisten (Greta), als auch leicht verführbare alte Sozialdemokraten (Kallmann) und eingeschleuste westliche Provokateure (Gadebusch). Auch die Funktionäre werden nicht nur — wie der positive Held Witte — als geachtet, beliebt und trotz Zweifeln treu zum System stehend beschrieben, sondern auch als stur und phantasielos. Der Parteisekretär Bangartz sagt: „Mir genügt, was das Politbüro beschließt“ (S. 9).

Klar und offen wird die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der administrativ verfügten Normenerhöhung angesprochen (S. 53), werden Streik (S. 203) und Demonstration (S. 211 ff.) dargestellt. Neben der Schilderung der systemimmanenten Ursachen nimmt aber auch die Darstellung der westlich gesteuerten Umsturzpläne breiten Raum ein. Das „Ostbüro“ der SPD in West-Berlin spielt dabei eine führende Rolle. „Unsere Leute sind überall, ... in jedem Werk, in jeder Abteilung“ (S. 94). Auch ehemalige Nazis haben ihre Hände im Spiel (Heinz Hofer und seine Mutter). Schließlich nutzen Rowdies und Chaoten aus West-Berlin die entstandene Unruhe. Heym reagiert hier im Roman so, wie er schon am 21. Juni 1953 in der „Berliner Zeitung“ schrieb³⁷⁾: „Welchem ehrlichen Arbeiter, welchem anständigen Menschen blutet nicht das Herz, wenn er die Zerstörungen sieht, wenn er die Ausschreitungen des Mobs von fanatischen Stoßtruppelern in Ringelsöckchen und Cowboyhemden miterlebt hat — und wenn er miterlebt hat, daß die Ordnung, die Ordnung eines Staates, in dem die Arbeiter die führende Rolle haben, trotz aller Schwächen und Fehler —, wenn diese Ordnung durch die reifere, größere, erfahrenere Arbeitermacht der Sowjets verteidigt werden mußte!“ Witte wird vor dem Haus der Ministerien von zwei Typen mit „Mädchengesicht“ und „mit Hasenscharte und treublauem Blick“ (S. 154) angegriffen. Das „Drohgebrüll“ erinnert ihn an 1933. Es bleibt

³⁷⁾ Zitiert nach Leithäuser (Anm. 8), S. 44.

offen, ob die Wortführer „Arbeiter oder wie Arbeiter kostümiert“ sind (S. 155). Dennoch warnt Witte sich selber: „Aber jetzt nicht in den Fehler verfallen, ... das Ganze als Verschwörung zu sehen. Tausende von Arbeitern verschworen sich nicht“ (S. 231f.).

Heyms Pläne zu diesem Roman reichen schon in das Jahr 1957 zurück. Heinz Brandt³⁸⁾ reagierte damals so: „Entweder ... schreibst du die Wahrheit, dann ist es ein großer Stoff, der dir mehr Knast einbringen dürfte als Zaster — oder du bastelst die Legende aus, dann schrumpft der Stoff zusammen wie Balzacs Chagrinleder“ (S. 273). Heym hat weder das eine noch das andere getan. Die Konsequenzen waren auch weder „Knast“ noch Schrumpfung des Stoffs. Entstanden ist vielmehr ein stattlicher Roman, der allerdings in der DDR nicht erscheinen durfte und erstmals 1974 in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde. Robert Havemann war damals gegen das Veröffentlichungsverbot. In seiner Autobiographie³⁹⁾ jedoch meint er: „Stefan Heym sollte der Partei dafür dankbar sein, daß (der Roman) nie erschienen ist. Heym übernimmt nämlich die grundfalsche offizielle Lesart, wonach der „17. Juni“ ein von den westlichen Geheimdiensten organisiertes konterrevolutionäres Unternehmen war“ (S. 142). Brandt nennt Heyms Charakterisierungen von Provokateuren aus West-Berlin „mit Bürstensaarschnitt und Cowboyhemden“ (S. 274) „polizeiliche Modebetrachtungen“ und fährt fort: „Noch nie in der Geschichte sind Volkserhebungen von außen inszeniert worden, und noch nie in der Geschichte haben Volksaktionen stattgefunden, in die sich nicht Agenten rivalisierender Mächte einmischten. Noch nie in der Geschichte haben die bedrohten Herrschaftssysteme Volksmeuten anders dargestellt, denn als Machwerk ausländischer Agenten“ (S. 275).

3. Der 17. Juni als Tag der Streiks und Demonstrationen

a) Erich Loest: *Durch die Erde ein Riß*

Dieses erst 1981 nur in der Bundesrepublik erschienene Buch⁴⁰⁾ stellt die Ereignisse des 17. Juni 1953 in den Mittelpunkt der stark autobiographisch geprägten Darstellung. Das Kapitel „Dieser Mittwoch im Juni“ steht im wörtlichen Sinne in der Mitte des Buches. Es

³⁸⁾ Vgl. Anm. 2.

³⁹⁾ Vgl. Anm. 22.

⁴⁰⁾ Erich Loest, *Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf*, Hamburg 1981.

gehen ihm sieben Kapitel voraus, und es folgen ihm weitere sieben Kapitel.

Die Vorgeschichte der Ereignisse im Juni wird vom Standpunkt eines kritischen Kommunisten aus erörtert. Er handelt notfalls auch gegen die „Betonformel: Lieber hundertmal mit der Partei irren, als sich einmal gegen sie stellen“ (S. 254). Mit der Überschrift des sechsten Kapitels „Und durch die Erde ein Riß“ meint Loest nicht nur die sich im Jahre 1952 verbreiternde Kluft zwischen Ost und West, sondern auch die Trennung zwischen politischer Führung und Arbeitern, die immer deutlicher zutage tritt. „Als die Marmelade teurer wurde und in der Zeitung stand, dies stelle letztlich eine Verbesserung der Lage der Arbeiter dar, legte der Großvater von Annelies, in der SPD seit Bebels Zeiten und nun in der SED, sein Parteibuch hin“ (S. 188).

In solchen knapp ausgeführten Bildern, um sprachliche Distanz bemüht, versucht Loest die komplexe Wirklichkeit aus möglichst vielen Blickrichtungen zu erfassen. Immer werden dabei persönliches Schicksal und politische Realität als ineinander verwoben dargestellt. Zwar kommen auch bei ihm westliche Provokateure vor, aber „die Diskussionswilligen standen zu den Brandstiftern und Plakatabweisern im Verhältnis zehn zu eins“ (S. 200). Er erwägt zugleich, ob nicht manche der gefaßten Plünderer und Brandstifter gern die Verantwortung auf geheime Agenten als Anstifter abwälzen wollten, „um gelinder davonzukommen, zumal sie bald merkten, daß die Richter nichts lieber hörten als Geschichten von diabolischen Auftraggebern, die Geld und Brandflaschen verteilten, möglichst Gangstertypen mit amerikanischem Akzent“ (S. 200).

Der Autor sah damals in den Ereignissen um den 17. Juni zugleich die Chance für einen Neubeginn, für eine ernste Diskussion von Fehlern und eine Erneuerung der Partei von unten her. In seinem Artikel „Elfenbeinturm und Rote Fahne“, am 4. Juli 1953 im Leipziger „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ erschienen und in das Kapitel über den 17. Juni eingearbeitet, schreibt er: „Es wäre den Provokateuren nicht gelungen, Teile der Arbeiterschaft vor ihren Karren zu spannen, wenn nicht von Regierung und Partei ... Fehler von zum Teil ernstem Ausmaß begangen worden wären. Die Zeit, diese Fehler zu untersuchen, ist jetzt gekommen, um so mehr, als diese Fehler nicht etwa mit dem 17. Juni automatisch abgestorben sind, sondern hartnäckig trachten, weiter am Leben zu bleiben“ (S. 216). Nachdem jedoch Ulbricht auf der

15. ZK-Tagung vom 24. bis 26. Juli 1953 seine Herrschaft wieder stabilisiert hatte, war diese Chance vorbei, das Eingeständnis von Fehlern der Herrschenden ein vorübergehender Schwächeanfall, der 17. Juni ausschließlich das Werk westlicher Agenten gewesen. „Politik fand wieder ein Flußbett mit festen Ufern“ (S. 226).

Für Erich Loest hatte der Artikel noch persönliche Folgen. Er wurde als Vorstand des Leipziger Schriftstellerverbandes abgesetzt. Auch in einem späteren Verfahren gegen ihn wegen des Vorwurfs faschistischer Provokation spielte dieser Artikel als Beweismittel eine Rolle.

Loests Darstellung der Ereignisse um den 17. Juni entspricht am ehesten der Haltung Grotewohls in seiner Rede am Abend des 16. Juni vor dem Parteiaktiv der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin. Ursache des Arbeiterprotests waren danach die politischen Fehler der Führung, die zu berechtigter Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft führten. Westliche Provokateure und Randalierer waren nur eine Randerscheinung der Arbeiterdemonstrationen.

b) Robert Havemann: Fragen – Antworten – Fragen

Auch diese „Biographie eines deutschen Marxisten“ konnte nur in der Bundesrepublik erscheinen⁴¹⁾. Havemann, damals Prorektor der

Ost-Berliner Humboldt-Universität, schildert die Ereignisse des 16. und 17. Juni 1953 in Berlin aus eigenem Erleben. Er sieht, wie die Bauarbeiter „hinter einem ungelenk gemalten Transparent“ (S. 133) losmarschieren, wie andere Bauarbeiter, „angezogen wie Eisensplitter von einem Magneten“ (S. 134), dazustoßen und der Demonstrationszug bald „gewaltig angeschwollen“ (S. 134) vor dem Haus der Ministerien ankommt.

Nach der Versammlung trifft er in der SED-Bezirksleitung auf „das hilflose Versagen von Leuten, die sonst immer auftraten wie souveräne Kapitäne des Klassenkampfes und der Revolution“ (S. 139). Er verläßt die „Kommandozentrale, die keine Kommandos gab“ (S. 138f.), und versucht auf eigene Faust, mit einem Lautsprecherwagen der Post zu den Arbeitern zu sprechen. Der Wagen wird von einer „Schar kräftiger junger Männer umringt“, die die Scheiben und Lautsprecher des Wagens zerstören, aber ihm selbst kein „Haar ... krümmen“ (S. 140), als er aus dem Wagen springt.

Havemann ist davon überzeugt, daß sicher auch Agenten ihre Finger im Spiel hatten. „Aber es ist eine Naivität, zu glauben, daß diese Finger die Weltgeschichte bewegen“ (S. 143). Für ihn liegt die entscheidende Ursache für die Stärke des Arbeiterprotests in der Schwäche der Parteiführung.

IV. Schluß

Der Versuch, ein Fazit aus der vorliegenden Untersuchung zu ziehen, muß knapp und unvollkommen bleiben. Sichtbar geworden ist jedenfalls, daß sich nicht alle literarischen Texte von DDR-Autoren der seit dem 15. ZK-Plenum geltenden Sprachregelung unterwerfen. Nicht alle akzeptieren die „Sprachrohrfunktion“⁴²⁾ von Literatur für die Propagierung der Parteilinie. Selbst in den wenigen ausgewählten Texten zeigt sich ein erstaunlich breites Spektrum von Ansichten und Interpretationen, das selbst dort, wo der Text grundsätzlich der These vom 17. Juni als faschistischer Putschversuch folgt, Raum läßt für individuelle Variationen in der Darstellung. Das Spektrum reicht von bloßer „Illu-

stration“⁴³⁾ parteioffiziell definierter Wirklichkeit bis zur Darstellung individueller Krisen, in denen der 17. Juni die Funktion hat, dem Helden die Chance der Bewährung zu geben. Selbst Ansätze zur „doppelgleisigen“ Interpretation der Ereignisse als Arbeiterprotest und Putschversuch, die nach dem 15. ZK-Plenum offiziell als verpönt gelten, finden sich in Texten, die in der DDR erscheinen konnten. Daß die „westliche“ Auffassung, nach der westliche „Provokateure“ lediglich unwesentliche Randerscheinungen der Streiks und Demonstrationen waren, keine Chance hat, von DDR-Autoren in der DDR publiziert zu werden, verwundert nicht weiter. Interessant aber ist, daß es sogar überzeugte Marxisten gibt, die einer solchen Auffassung zuneigen.

⁴¹⁾ Siehe Anm. 22.

⁴²⁾ Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR. Ein historischer Abriß (Edition Deutschland-Archiv), Köln 1982, S. 130.

⁴³⁾ Heinrich Mohr, Der 17. Juni als Thema der Literatur in der DDR, in: Spittmann/Fricke (Anm. 3), S. 87–108, hier S. 108.

So geben die ausgewählten Texte „Auskünfte über die Situationen, Bewußtseinslage und Perspektive einer Gesellschaft“⁴⁴⁾, sind Ausdruck ihres Selbstverständnisses und Zeugnis der Selbstverständigung der Autoren. Zugleich stellen sie der zeitgeschichtlichen und politologischen Forschung als besondere Form der Dokumentation subjektiver Betroffenheit ein zusätzliches Quellenmaterial bereit, dessen Aussagewert sich erst in der Kon-

frontation mit anderen Dokumenten erweist. Bei dem Versuch typologischer Zuordnung der Texte werden erstaunliche Unterschiede im Grade der ideologischen Überformung durch die offizielle Parteidoktrin sichtbar. Die Texte stellen darüber hinaus Variationsmodelle des Versuchs dar, eine als mehr oder weniger traumatisch erlebte Vergangenheit für sich wie für andere zu „bewältigen“. Sie durchbrechen ein Schweigen, das sich in der Bundesrepublik Jahr für Jahr am „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“, am „Tag der Deutschen Einheit“, wie Mehltau über die westliche Teilnation ausbreitet.

⁴⁴⁾ Lothar Jegensdorf, Jugend als Thema in der politischen Dichtung der DDR, in: Deutsche Studien 19 (1981), H. 76, S. 401.

Staat und Recht im „realen Sozialismus“ am Beispiel der DDR

Jede Analyse des „realen Sozialismus“ steht vor dem Problem, daß sie sich mit einem politisch-gesellschaftlichen System beschäftigt, das ein großes Maß an Vereinheitlichung jener Gesellschaften zuwege gebracht hat, in denen er sich als Herrschaftssystem etablierte. Diese Vereinheitlichung konnte jedoch nicht verhindern, daß die spezifischen historischen, nationalen und sozialökonomischen Ausgangsbedingungen, die die einzelnen sozialistischen Länder in sehr unterschiedlicher Weise geprägt haben, nachwirken und diese vor je unterschiedliche Probleme stellen. Nicht nur die Systemkonflikte in der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956, der ČSSR 1968 sowie in Polen 1970, 1976 und 1980/81 sind hierfür ein Beleg. Insofern sind Aussagen über allgemeine Charakteristika des „realen Sozialismus“ immer mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln. Das gleiche gilt auch für Verallgemeinerungen, die aus der Analyse eines einzelnen Landes oder einer einzelnen Gesellschaft gewonnen worden sind. Dies gilt es im Auge zu behalten, wenn im folgenden das Verhältnis von Partei und Staat exemplarisch am Beispiel der DDR untersucht wird.

Die DDR und in anderer Weise auch die übrigen Staaten Osteuropas sind wohl in der Tat mehr als nur exemplarische Fälle einer allge-

meinen Entwicklung. Ansonsten würde es genügen, sich allein mit der UdSSR als der dominanten Macht des „realsozialistischen“ Systemverbands zu befassen. Erst die Analyse der vielfältigen Formen und Ausprägungen des Sozialismus sowjetischen Typs ermöglicht aber ein differenziertes und wirklichkeitsnahes Urteil. Die DDR eignet sich dazu in besonderer Weise. Sie ist nicht nur neben der ČSSR der am höchsten entwickelte Staat des RGW, sondern auch trotz aller Gemeinsamkeiten mit den sozialistischen Staaten (in der Ideologie, gemeinsamen Vorstellungen über die Struktur und Funktion des politischen Systems, der ökonomischen Prozesse usw.) so stark durch ihre besonderen nationalen und historischen Bedingungen geprägt, daß die Spannweite möglicher Entwicklungen des „realen Sozialismus“ als Systemtypus, vor allem seine Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit, sich hier in besonderer Weise aufzeigen lassen. Nur auf den ersten Blick erscheinen die polnischen Ereignisse dieser Argumentation zu widersprechen. Gerade die Entwicklung in der DDR seit Beginn der sechziger Jahre zeigt, daß es einem „realsozialistischen“ System durchaus möglich ist, mit einem wachsenden Problemdruck so umzugehen, daß größere gesellschaftliche Erschütterungen vermieden werden können.

I. Parteiherrschaft und Bürokratie

1. Der Sozialismus als Modernisierungssystem

Die nationalen und historischen Besonderheiten der osteuropäischen sozialistischen Staaten können eine gemeinsame Erfahrung dieser Länder nicht verdecken: Sie alle waren gezwungen, das sowjetische Gesellschaftsmodell zu übernehmen und ihre eigenen politischen und sozialen Strukturen so eng als möglich an das Vorbild der Sowjetunion anzupassen. Dies bedeutete, daß das politische System der „Diktatur des Proletariats“ stalinischer Prägung in seinen wesentlichen Bestandteilen übernommen und durch einige

Elemente einer besonderen „volksdemokratischen“ Entwicklung, die sich aus den besonderen Bündnisbedingungen ergaben, modifiziert wurde. Doch änderten auch diese Modifikationen des sowjetischen Modells staatlicher Machtausübung im Kontext der „Bündnispolitik“ nichts an der Grundauffassung, daß das Hauptinstrument der Partei zur Durchsetzung ihrer politisch-ökonomischen Ziele der Staat sei, die Massenorganisationen sich als Transmissionsinstrumente zu bewähren hätten und jeder Verselbständigungstendenz dieser Organisationen gegenüber der Partei entgegengetreten werden müsse.

Konzipiert war dieses Modell für ein unterentwickeltes Land, in dem es galt, den Prozeß der Industrialisierung unter „sozialistischen“ Vorzeichen nachzuholen. Es war jedoch nicht in der Lage, industriell hochentwickelte Staaten wie die ČSSR oder die DDR über eine Phase des extensiven Wirtschaftswachstums zur Beseitigung der Kriegs- und Kriegsfolgeschäden hinaus zu entwickeln¹⁾.

Anders als in der Sowjetunion und den weniger industrialisierten Staaten Osteuropas hatte diese „Revolution von oben“ in der ČSSR und DDR nicht die Aufgabe, einen Modernisierungsprozeß einzuleiten, dessen Ziel das Nachholen einer erstmaligen Industrialisierung unter „sozialistischen“ Vorzeichen war, in der der Staat die Aufgaben des kapitalistischen Unternehmers übernahm, ja sogar erheblich höhere soziale Kosten verantwortete, als sie bei einem allmählichen „naturwüchsigen“ Industrialisierungsprozeß aufgetreten wären²⁾. Darauf hin waren die Planungs- und Leitungsstrukturen zugeschnitten. Gleichwohl wurden die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des stalinistischen Modernisierungsregimes auf die Staaten Osteuropas übertragen. Mochten diese noch geeignet sein für die Eroberung der politischen Macht und die Umwälzung der alten Eigentumsstrukturen; angesichts der differenzierten und komplizierten Lenkungs- und Leitungsprobleme in diesen Gesellschaften war das Scheitern der kommunistischen Parteien als Träger einer neuen sozialen Bewegung, die eine gerechtere Gesellschaft aufbauen wollte, vorprogrammiert. Der Aspekt der Machterhaltung trat zunehmend in den Vordergrund. Auf der Grundlage des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln leitete ein für die Ziele der Partei instrumentalisierte Staat den Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung. Alles kam darauf an, die staatliche Verfügungsgewalt auch auf die Bereiche der Gesellschaft auszuweiten, die bisher noch nicht dem Gestaltungswillen der Partei und des Staates unterworfen waren. Ein starker Staat schien zu garantieren, daß die Ziele der Partei realisiert werden konnten. Hier ist eine Hypostasierung des Staates angelegt, die ihre historische „Rechtfertigung“ in der erfolgreichen Modernisierung eines Landes finden

mag, jedoch spätestens dann zum zentralen Problem der neuen Gesellschaftsordnung wird, wenn der revolutionäre Umgestaltungsprozeß beendet ist und es gilt, die erst in rudimentärer Form bestehende neue Gesellschaftsordnung innerlich zu festigen und auszugestalten.

Mit dem Staat etablierte sich ein abgehobener Leitungsapparat, der sich weitgehend außerhalb des Rechts bewegte. Geltungsgrund des Systems waren nicht der Glaube an die formelle Rechtmäßigkeit der gesetzten Regeln und an die wertneutralen Grundsätze des Systems, sondern persönliche Hingabe und Gefolgschaft gegenüber der Partei, die sich „teleologisch“ legitimierte — sie allein war der Garant dafür, daß das Ziel, die kommunistische Gesellschaft, erreicht werden würde. Je mehr dieses Ziel aus der Sicht der Zeitgenossen verschwand, desto deutlicher wurde, daß der Sozialismus keine kurzfristige Übergangserscheinung, sondern eine auf Dauer angelegte gesellschaftliche Formation ist. Um so problematischer wurde dadurch die Geltungsgrundlage des Systems. Der „reale Sozialismus“ bedient sich vordringlich der Instrumente, die abschaffen zu wollen er noch immer vorgibt: des Staates und des Rechts.

Was aber bedeutet eine solche Staatsfixierung für die Zielsetzung, die Herrschaft von Menschen über Menschen abzuschaffen, eine Zielsetzung, die keine Spielart des Marxismus aufgeben kann, ohne unglaubwürdig zu werden. Schon ein oberflächlicher Blick auf die in diesen Ländern entstandenen politischen Strukturen und gesellschaftlichen Verkehrsformen läßt erkennen, daß dieses Ziel zumindest in weiter Ferne liegt. Vielmehr ist bereits in der leninistischen Revolutionskonzeption eine Dominanz der Machtbehauptung erkennbar³⁾. Die regierenden „Parteien des Proletariats“ müssen ihrem Selbstverständnis nach zumindest so lange allen Versuchen, ihre eigene Macht in Frage zu stellen, entgegenzutreten, wie es ihnen nicht gelungen ist, in den Massen ein sozialistisches Bewußtsein zu verankern, da nur so gewährleistet ist, daß die von ihnen eingeleiteten sozialen Umwälzungen auch gesichert werden können. Diese Umwälzungen konzentrierten sich in allen sozialistischen Ländern auf die Frage des Eigentums. Als weitgehend unproblematisch wurde

¹⁾ Vgl. dazu Włodzimierz Brus, *Sozialisierung und politisches System*, Frankfurt/M. 1975.

²⁾ Vgl. Dieter Senghaas, *Sozialismus. Eine entwicklungsgeschichtliche und entwicklungstheoretische Betrachtung*, in: *Leviathan*, 8. Jg. (1980), Nr. 1, S. 10 ff.

³⁾ Vgl. Gert-Joachim Glaebner, *Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates*, Opladen 1977, S. 37 ff.

und wird es hingegen angesehen, daß auch dort die alten (im Kapitalismus entwickelten) Formen der Vergesellschaftung der Arbeit weiterbestehen — mit einer Reihe von Elementen der Beteiligung der Produzenten am Planungsprozeß versetzt⁴⁾.

Daß mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln lediglich wichtige Bedingungen für die Entwicklung einer humanen sozialistischen Gesellschaft geschaffen worden sind, denen weitere, entscheidende Schritte folgen müssen, wird von den Vertretern des Marxismus-Leninismus übereinstimmend geleugnet. Vielmehr kann von den Eigentumsverhältnissen in den sozialistischen Ländern mit Andras Hegedüs gesagt werden, „daß sie vor allem eine Negation sind: Sie sind durch die auf verschiedene Weisen durchgeführte Beseitigung des Privateigentums — präziser: das Privateigentum an Produktionsmitteln — entstanden: Verstaatlichung und Massenkollektivierungen führten dann zu neuen Eigentumsverhältnissen“⁵⁾.

Das Denken der marxistisch-leninistischen Parteien ist generell von der Haltung geprägt, daß es nur gelte, die im Kapitalismus entwickelten Prinzipien der Vergesellschaftung der Arbeit unter neuen politischen Bedingungen zu nutzen. Diese erlangten schon dadurch eine neue Qualität, daß sie unter anderen, „sozialistischen“ Bedingungen angewandt würden. Damit reduziert sich die Frage des Sozialismus auf die Eroberung der politischen Macht, deren Besitz bereits die Lösung der wesentlichen ökonomischen und sozialen Probleme garantiere. Diese Sichtweise geriet Mitte der fünfziger Jahre allmählich ins Wanken. Es ist nicht zu übersehen, daß sich seither die Formen und Methoden der Herrschaftsausübung beträchtlich gewandelt haben und daß dies zwar sicher zu keiner Veränderung des Systems, wohl aber zu manife- sten und das Leben der Menschen entscheidend prägenden Modifikationen im Gesellschaftssystem des „realen Sozialismus“ geführt hat.

2. Veränderung der Organisations- und Leitungsstrukturen

Spätestens die massiven Krisenerscheinungen in den osteuropäischen Ländern Mitte

⁴⁾ Vgl. hierzu Katharina Belwe, Mitwirkung im Industriebetrieb der DDR. Planung — Einzelleitung — Beteiligung der Werktätigen an Entscheidungsprozessen des VEB, Opladen 1979.

⁵⁾ Andras Hegedüs, Sozialismus und Bürokratie, Reinbek 1981, S. 99.

der fünfziger Jahre machten auch den Parteiführungen klar, daß es einer Reform der Strukturen der Planungs- und Leitungsapparate und einer Veränderung der Methoden dieser Bürokratien bedurfte, sollten die neuen gesellschaftlichen und politischen Aufgaben bewältigt werden. Diese Aufgaben waren bestimmt durch den Übergang von einer extensiven (nachgeholte Entwicklung oder Wiederaufbau nach dem Kriege) zu einer intensiven Entwicklungsphase der sozialistischen Volkswirtschaften. Sie machte es notwendig, eine die Wirkung des Wertgesetzes und der Ware-Geld-Beziehungen weitgehend vernachlässigende, an Mengen und nicht an Kosten orientierte zentralistische Planung als dysfunktional zu erkennen. Es ging unverkennbar um die Frage, ob die etablierten sozialistischen Systeme in der Lage waren, grundsätzliche Reformen in die Wege zu leiten⁶⁾.

Daß sich die Parteiführungen hier auf einem sehr schwankenden Boden bewegten, zeigen die Vorwürfe des Revisionismus gegenüber Positionen, die ein Kurieren an Symptomen für wenig erfolversprechend hielten⁷⁾. Die Parteiführungen fühlten sich aber nicht stark genug, einen tiefgreifenden Prozeß der Reform der politischen und ökonomischen Strukturen einzuleiten; sie begnügten sich mit kleineren Reparaturen offenkundiger Strukturdefekte. Eine solche Strategie war angesichts der zu lösenden Probleme wenig erfolversprechend.

Die Krise des Systems ging viel tiefer: Die Avantgardeparteien waren nicht mehr ohne weiteres in der Lage, angesichts der durch die ökonomische, wissenschaftlich-technische und soziale Entwicklung um sich greifenden Differenzierung und Diversifikation gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen als einheitliches Handlungszentrum zu fungieren. Sie waren — und erkannten dies auch allmählich — außerstande, sowohl die Ziele des Transformationsprozesses zu formulieren, daraus konkrete Handlungsstrategien zu entwickeln, ihre praktische Durchführung zu lei-

⁶⁾ Vgl. Gert-Joachim Glaebner, Ende der Reformen? Bedingungen und Grenzen der Wandlungsfähigkeit sowjet-sozialistischer Systeme am Beispiel der DDR, in: Deutschland Archiv, 15. Jg. (1982), Nr. 7, S. 700 ff.

⁷⁾ Vgl. Martin Jänicke, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964; Hartmut Zimmermann, Wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR. Studien zur Entwicklungs- und Problemgeschichte des gesellschaftlichen Konzepts der SED seit Mitte der fünfziger Jahre, Diss. Berlin 1981.

ten und zu beaufsichtigen, als auch ideologische Rechtfertigung und Überhöhung zu leisten.

Die Verwendung des Begriffs „einheitliches Handlungszentrum“ sollte nicht zu dem Fehlschluß verleiten, bei den sozialistischen Systemen vom Typ der Sowjetunion habe man es mit einem einheitlichen, in sich ausschließlich hierarchisch strukturierten Organisationsgefüge, wenn nicht gar mit einer Einheitsverwaltung zu tun. Die Lenkung und Leitung gesellschaftlicher Prozesse ist auch in der Stalinzeit nicht, wie es verschiedentlich dargestellt wurde⁸⁾, als umfassende Einheitsverwaltung modelliert worden und hat als solche nur ansatzweise operiert. Der nie aufgegebene Anspruch der Partei, die Arbeit aller Transformations- und Transmissionsapparate ihrer Kontrolle zu unterwerfen, stand stets in einer konfliktreichen Beziehung zur zunehmenden Differenzierung gesellschaftlicher Leitungsstrukturen, ohne daß das jeweils organisatorisch aufgegriffen worden wäre. Die Probleme einer hochindustrialisierten Gesellschaft wie der ČSSR oder der DDR sind auch nicht allein mit der Institutionalisierung von Transformations- und Transmissionsinstrumenten in den Griff zu bekommen.

Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat standen und stehen immer wieder in je spezifischer Weise vor dem Problem, ihr Organisationsgefüge den Aufgabenstellungen einer, von ihnen selbst geschaffenen, komplexen Ökonomie und Gesellschaft anzupassen, durch veränderte Arbeitsmethoden die neu entstandenen sozialen Differenzierungen, Gruppeninteressen und Aspirationen in der Gesellschaft zu erkennen, nach Lösungen für diese Probleme zu suchen und durch die Heranbildung hochqualifizierten Personals eine größere Problemlösungskapazität zu entwickeln⁹⁾.

Diese Aufgabenstellung kann sowohl zur Schaffung neuer Apparate (man denke etwa an die vielfältigen Versuche mit den verschiedensten Planungs- und Kontrollbehörden) wie auch zur Ausweitung und Differenzierung von hochspezialisierten Sektoren innerhalb bestehender Planungs- und Leitungsapparate

führen. Die traditionellen Organisations- und Entscheidungsstrukturen werden also nicht eliminiert, sondern mit „modernen“ Elementen versetzt und dadurch erheblich modifiziert. Der Konflikt zwischen modernen, an großorganisatorischen Lösungen orientierten und traditional-zentralistischen Elementen, die in der Leninschen Organisationstheorie ihre Grundlage haben, gewinnt in sozialistischen Systemen erst vor dem Hintergrund sich verändernder Bedingungen für die Zielformulierung ihre Brisanz. Die Frage ist, ob und inwieweit die Ausweitung und Differenzierung traditionaler Organisationen wie des Staats- und Wirtschaftsapparates, die Zuweisung von Zuständigkeiten und Teilkompetenzen an „Spezialorganisationen“ und die Einbeziehung von Sach- und Fachverstand (durch spezielle Beratungsgremien, instrumentelle Stäbe usw.) zu einer faktischen Einschränkung der Fähigkeit der bestimmenden gesellschaftlichen Kraft, der Partei, führt, die gesellschaftlichen Ziele zu bestimmen, Strategien der Zielrealisierung zu entwickeln und ihre Durchführung zu kontrollieren.

Dieses Problem taucht in der DDR erstmals Mitte der fünfziger Jahre in der Debatte um Zentralisierung und Dezentralisierung auf, gewinnt aber, trotz vielfältiger organisationspraktischer Lösungsversuche wegen seiner grundsätzlichen Dimensionen im Zuge des immer weiteren Ausbaues formaler Organisationen eher an Bedeutung, als daß eine Lösung in Sicht wäre. Die Differenzierung der Apparatstrukturen, die Verlagerung von Sachentscheidungen auf nachgeordnete Leitungsebenen oder spezielle Institutionen und die Übertragung der Entscheidungsvorbereitung an besondere Fachgremien, die mit hochqualifizierten Spezialisten besetzt sind, berühren primär die Binnenstruktur der Herrschaftsapparaturen, haben jedoch weitreichende Konsequenzen. Vor allem sind hier sozialstrukturelle Veränderungen zu nennen. Die soziale Gruppe der Intelligenz (und vor allem die der „Spezialisten“) gewinnt eine Bedeutung, die weit über ihren quantitativen Anteil an der Bevölkerung und die ihr ursprünglich zugedachte gesellschaftliche Rolle eines Verbündeten der Arbeiterklasse hinausgeht. Auch wenn man die Auffassung von Konrad/Szelényi, daß sich diese Gruppe auf dem Weg zur Klassenmacht befinde, nicht teilt, ist doch nicht zu übersehen, daß sie im Zuge der Differenzierung des gesellschaftlichen Organisations- und Funktionsgefüges in vielen Bereichen eine Monopolstellung er-

⁸⁾ Vgl. Bálint Balla, Kaderverwaltung, Versuch einer Idealtypisierung der „Bürokratie“ sowjetisch-volksdemokratischen Typs, Stuttgart 1972.

⁹⁾ Vgl. Alfred G. Meyer, The Soviet Political System. An Interpretation, New York 1965, S. 49 f.

reicht hat, die ihre Kontrolle durch die Partei immer schwieriger macht¹⁰⁾.

Dies hat eine doppelte Konsequenz: Zum einen ist es notwendig, das Fachwissen und den Sachverstand innerhalb der Einzelbürokratien so zu organisieren, daß sie kontrollierbar bleiben. Aufgabendelegation und Verlagerung der Entscheidungskompetenzen von der Spitze auf untergeordnete, mit mehr Sachverstand ausgestattete Organisationseinheiten, in denen durch ihre Ausbildung und Erfahrung besonders befähigte Experten die täglichen Entscheidungen treffen, erfordern von der Spitze, daß die dort angesiedelten Administratoren ebenfalls über eine qualifizierte Ausbildung verfügen. Nur so sind sie in der Lage, die Tätigkeit der Experten und Spezialisten zu beurteilen¹¹⁾. Zum anderen wirkt sich zunehmendes Expertentum in den Einzelapparaten auf deren Verhältnis zur Partei (bzw. zum Parteiapparat) aus, die — vom Gesichtspunkt der von ihr beanspruchten gesamtgesellschaftlichen Planung und Leitung — sich sowohl mit dem „Spezialistentum“ der Einzelapparate auseinandersetzen als auch ihre prinzipielle Richtlinienkompetenz bewahren muß. Die Antwort auf dieses Problem war eine Differenzierung und Spezialisierung auch des Parteiapparates, die zum Teil zu weitreichenden Konsequenzen für das Selbstverständnis der Partei geführt haben. Nicht von ungefähr wurde in der DDR immer wieder davor gewarnt, daß die SED sich zur „Wirtschaftspartei“ entwickeln könne und damit ihrer eigentlichen politischen Aufgabenstellung nicht gerecht werde.

Die möglichen Auswirkungen solcher Veränderungen des Selbstverständnisses auf das grundsätzliche Verhältnis von Partei und Einzelbürokratien und vor allem auf den Staatsapparat sind erheblich. Im Zuge der ökonomischen Reformbestrebungen der sechziger Jahre wurde die grundsätzliche Entscheidung getroffen, daß das Bestreben der Partei nicht mehr dahin geht, alle Lenkungs- und Leitungsprozesse zur unmittelbaren Aufgabe des Parteiapparates zu machen. Ein kompliziertes System von Parallelbürokratien und partieller Dezentralisierung von Entscheidungen ist an die Stelle des früheren Superzentrismus getreten.

3. Demokratischer Zentralismus und Führungsrolle der Partei

Die Einheitlichkeit in der Zielsetzung und praktischen Tätigkeit aller Planungs- und Lenkungsinstitutionen soll gesichert werden durch allgemein verbindliche, formalisierte Aktionsmuster: Anerkennen der führenden Rolle der Partei, des demokratischen Zentralismus als grundlegendem Leitungs- und Organisationsprinzip und der personellen Präsenz der Partei (Kaderpolitik), mit deren Hilfe eine Instrumentalisierung der verschiedenen Organisationen durch die Partei gesichert wird. Dieses hierarchische Organisationskonzept ist durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus legitimiert: „Sein wesentlicher Inhalt besteht in der wissenschaftlichen planmäßigen Führung von einem Zentrum aus bei gleichzeitiger Entfaltung der Schöpferkraft, Eigenverantwortung und demokratischen Mitwirkung der Massen. Dieses Prinzip und seine konsequente Durchsetzung sichern das einheitliche, geschlossene Handeln der politisch organisierten Arbeiterklasse und die volle Entfaltung ihrer Kampfkraft.“¹²⁾

Läßt man einmal die in dieser Definition enthaltenen ideologischen Floskeln beiseite (Entfaltung der Schöpferkraft etc.), so ist hier der Führungsanspruch des Zentrums — der Partei — festgeschrieben: Der demokratische Zentralismus konstituiert im Verhältnis zwischen Partei (bzw. Parteiapparat) und den übrigen Organisationen und deren Apparaten ein hierarchisches Verhältnis, das als strukturelle Konsequenz der Avantgardekonzeption zu kennzeichnen ist, die den Staat und die gesellschaftlichen Organisationen nur instrumentell begreift. Die Konsequenzen einer solchen Konzeption für die Tätigkeit, die Organisation und die Kompetenzen dieser „Instrumente“ und ihres Verhältnisses zur Partei sind für die DDR besonders deutlich in einem gemeinsamen Beschluß des Politbüros der SED und des Ministerrates vom 14. Juli 1960 erkennbar. Auf ihn soll daher etwas näher eingegangen werden.

Im Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED 1960 wurden die Gründe genannt, die zu diesem Beschluß geführt hatten: Die Anweisungen von Partei und Regierung seien „nicht exakt und genau durchgeführt“ worden, in vielen Bereichen des Staatsappara-

¹⁰⁾ Vgl. György Konrád/Iván Szelényi, Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt/M. 1978.

¹¹⁾ Vgl. Alfred G. Meyer, The Soviet Political System, a. a. O., S. 225 ff.

¹²⁾ Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin (Ost) 1974, S. 444.

tes sei nach wie vor eine ungenügende Sachkenntnis der Mitarbeiter zu verzeichnen, Entscheidungen würden weitgehend bürokratisch, unkoordiniert und „ressortmäßig“ getroffen und die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung sei nicht gesichert¹³⁾.

Der Beschluß stellte — aus dieser Einschätzung Schlußfolgerungen ziehend — vier Problemkreise in den Mittelpunkt:

1. Oberste Handlungsanleitung für den Staatsapparat sind die Beschlüsse der Partei; sie müssen unverzüglich und unverändert der Arbeit der Staatsorgane zugrunde gelegt werden. Um die offensichtlichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Parteibeschlüsse in staatliches Handeln zu beseitigen oder zumindest zu verringern, wurde festgelegt, daß in Zukunft in grundlegenden Fragen gemeinsame Beschlüsse des Zentralkomitees bzw. seines Politbüros und des Ministerrates bzw. seines Präsidiums gefaßt werden sollten, wobei auch eine Mitwirkung des Nationalrates der Nationalen Front vorgesehen war.

2. Die Verantwortung für die bessere Umsetzung der Parteibeschlüsse wurde dem Ministerrat bzw. seinem Präsidium übertragen.

3. Der Beschluß des Politbüros wandte sich erneut gegen bürokratische Verwaltungspraktiken und „rückläufige Tendenzen hinsichtlich einer beständigen operativen politischen Arbeit an Ort und Stelle“. Eine Vereinfachung der Verwaltungsarbeit — vor allem des komplizierten und arbeitsaufwendigen Berichts- und Meldewesens — sollte zu einer effektiveren Arbeit der staatlichen Organe führen.

4. Um diese Aufgaben zu realisieren, sollten schließlich unter der unmittelbaren Verantwortung der SED monatliche Seminare mit leitenden Kadern des Staatsapparates durchgeführt werden, in deren Mittelpunkt die genannten Probleme stehen sollten. In monatlichen Beratungen des Ministerrates mit den Vorsitzenden der Räte der Bezirke sollten alle wichtigen Fragen der staatlichen Leitungstätigkeit beraten und soweit möglich direkt entschieden werden¹⁴⁾.

¹³⁾ Aus dem Bericht des Politbüros an das 9. Plenum des ZK. Berichterstatter: Genosse Paul Verner, Kandidat des Politbüros, in: Neues Deutschland, Nr. 208 vom 30. 7. 1960, S. 3 f.

¹⁴⁾ Gerhard Wagenhaus/Wilhelm Havel/Heinz Bartz, Mehr Tempo und Qualität bei der Entwicklung der Kader im Staatsapparat, Berlin (Ost) 1960, S. 36; Hans Jendretzky, Höhere Qualität der staatlichen Leitung — ein entscheidendes Kettenglied

Die Bedeutung des Politbürobeschlusses liegt nicht in den detaillierten Vorschlägen für eine Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates, sondern in der Formulierung des erstmals in dieser Allgemeinheit angesprochenen Prinzips, daß Parteibeschlüsse unmittelbares Recht setzen. Dies war zwar schon vorher geübte Praxis. Bei der weitgehend an ökonomischen Zielsetzungen orientierten Politik der Partei darf jedoch nicht der Herrschaftsaspekt vergessen werden, der es ange raten erscheinen ließ, Entscheidungen prinzipieller Natur im Bereich der Partei selbst zu belassen und dies, allen denkbaren selbständigen ökonomischen oder technokratischen Bestrebungen vorbeugend, auch explizit zu machen. Die Parteibeschlüsse sollten unmittelbar alle Stufen des Herrschaftssystems binden. Damit wurde die formalisierte Rangfolge — Parteibeschlüsse, ihre Umsetzung in Beschlüsse des Ministerrates und Realisierung der Ministerratsbeschlüsse durch den Staatsapparat unter Kontrolle der Parteiorganisation — jedenfalls für grundsätzliche Fragen aufgehoben und eine gemeinsame Entscheidungsfindung von Partei- und Staatsapparat in grundlegenden Fragen installiert. Die auf diesem Wege intendierte stärkere Eingriffsmöglichkeit der Partei in den ökonomischen und staatlichen Leitungsprozeß ging einher mit einer „Ökonomisierung der Parteiarbeit“, wie sie in der Ersetzung des „Territorialprinzips“ als Grundstruktur des Organisationsaufbaus der SED durch das „Produktionsprinzip“ nach Einführung des NÖS (Neues Ökonomisches System) ihren organisatorischen Ausdruck fand¹⁵⁾.

Was als Versuch begonnen hatte, den Staatsapparat enger an den Parteiwillen zu binden, hat in der Folge eine eher gegenläufige Konsequenz gehabt. Die Partei wurde immer stärker in den unmittelbaren staatlichen Planungs- und Leitungsprozeß eingebunden, was dazu führte, daß die Entwicklung nach Meinung mancher Beobachter in Richtung einer Verstaatlichung der Partei weist¹⁶⁾.

für die Verwirklichung unserer Aufgaben. Zum Beschluß des Politbüros und des Ministerrats über die weitere Qualifizierung der Arbeit der Organe des Staatsapparates, in: Staat und Recht, 9. Jg. (1960), Nr. 9, S. 1451 ff.

¹⁵⁾ Vgl. Peter Christian Ludz, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968², S. 71 ff.

¹⁶⁾ Vgl. hierzu Gero Neugebauer, Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparates durch die SED, Opladen 1978, S. 197.

4. „Realsozialistischer“ Korporatismus?

Diese These wird — zumindest für die DDR — zu ergänzen sein; spätestens seit dem VIII. Parteitag der SED ist dort eine Tendenz erkennbar, sich bei wichtigen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen auch der Mitarbeit nicht-staatlicher Organisationen zu versichern, — etwa der Gewerkschaften bei der Erarbeitung und Durchführung des sozialpolitischen Programms, oder der Kirchen bei der Lösung sozialer Konflikte.

Diese Bestrebungen lassen Aspekte eines „realsozialistischen Korporatismus“ erkennen, der über die traditionellen Instrumentalisierungsvorstellungen der Partei hinausweist und den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen feste, rechtlich fixierte und politisch gesicherte Aufgaben im Rahmen eines partiellen politisch-gesellschaftlichen Grundkonsenses überträgt¹⁷⁾.

Der Vorteil einer solchen Modifikation des Organisationsgefüges ist unverkennbar: Die gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen sind besser als bisher in der Lage, die Interessen ihrer Klientel zu vertreten; sie binden sie damit zugleich enger an das politische System, werden aber von diesem auch eher „haftbar“ gemacht. Unzufriedenheiten schlagen tendenziell nicht mehr so unmittelbar direkt auf die Partei durch, Einzelkonflikte und partielle Dysfunktionen bekommen nicht sofort eine Dimension, die das gesellschaftliche Gesamt berührt. Zugleich ist aber nicht zu übersehen, daß ein auch nur partieller Verzicht auf die umfassende Durchdringung aller Planungs- und Leitungsprozesse durch die Parteiführung in den politischen

Systemen des Sowjetsozialismus den Anschein erwecken kann, als würden damit wesentliche Grundlagen der politisch-gesellschaftlichen Verfassung außer Kraft gesetzt. Dies kann die Illusion beschleunigen, ein grundsätzlicher Wandel des Systems sei möglich.

Die Ereignisse in Polen zeigen eins deutlich: Die Lenkung und Leitung einer hochkomplexen industriellen Gesellschaft kommt ohne einen partiellen Interessenausgleich zwischen „Herrschenden“ und „Beherrschten“, zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und ohne eine, zumindest partielle Beteiligung der Herrschaftsunterworfenen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen nicht aus. Beteiligung ist aber primär vertikal gedacht, als formaler Handlungsrahmen, innerhalb dessen den zentral ermittelten gemeinsamen Grundinteressen von oben nach unten Geltung verschafft werden kann. Zugleich ist sie mit der Frage verknüpft, wie Impulse von unten so selektiert werden können, daß sie sich in das gesellschaftliche Entwicklungsprogramm einbinden lassen.

Das Dilemma der Parteiführungen ist unverkennbar: Verweigern sie sich den partizipatorischen Wünschen, die aus der Gesellschaft kommen, sind manifeste Konflikte, wie sie immer wieder in Polen aufgetreten sind, unvermeidbar; lassen sie sich auf eine Verminderung ihrer Distanz zur Gesellschaft, das heißt auf eine wenn auch noch so begrenzte Einschränkung ihres Entscheidungs- und Organisationsmonopols ein, stehen sie vor dem Problem, wie sie die möglicherweise entstehende Eigendynamik eines solchen Prozesses noch steuern und kontrollieren können.

II. Die Staats- und Rechtstheorie des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in der DDR

In den sozialistischen Staaten hat sich bis zur „Entstalinisierung“ Mitte der fünfziger Jahre nur mühsam eine eigene Rechtstheorie entwickeln können. Erst 1958 unternahm die SED für die DDR den Versuch, ihre Staats-

und Rechtsvorstellungen genauer zu definieren. Bis dahin hatte sie sich mit dem weitgehenden Fortgelten des alten Rechts abgefunden, das sie freilich nicht ohne Erfolg für ihre Zwecke instrumentalisiert hatte. Auf einer staats- und rechtstheoretischen Konferenz in Babelsberg bei Potsdam 1958 stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich das alte zum neuen Recht verhalte. Dabei wurde der „Dogmatismus“ verurteilt, der glaube, die gesellschaftliche Entwicklung lasse sich in die gewünschte

¹⁷⁾ Vgl. Rüdiger Thomas, Mit altem Kompaß zu neuen Ufern? Anmerkungen zum X. Parteitag der SED, in: DDR Report, 14. Jg. (1981), Nr. 5, S. 270 ff.; Gert-Joachim Glaebner, Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen 1982, S. 241 ff.

Richtung lenken, wenn nur eine entsprechende rechtliche Regelung vorhanden sei¹⁸⁾. Gemeint ist hier nicht der Dogmatismus der Vertreter einer stalinistischen Rechtstheorie und -praxis, sondern der Pragmatismus der Staats- und Rechtswissenschaftler der DDR, die es gelernt hatten, mit den bestehenden alten und neuen gesetzlichen Regelungen umzugehen und dabei nach Auffassung der Parteiführung das gesellschaftliche Ziel aus dem Auge verloren hatten.

Es ging nicht um den Kampf gegen den Dogmatismus, sondern um die Kritik eines Rechtspositivismus, der sich der jederzeitigen Instrumentalisierung der Rechtsform durch die Partei entzog¹⁹⁾. Zugleich ist es der Kampf gegen „revisionistische Abweichungen“, gegen Positionen, die die Zeit für gekommen hielten, „Entstalinisierung“ nicht nur als Kritik am „Personenkult“ zu begreifen, sondern die gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Stalinismus zu beseitigen.

Erst im Zuge der ökonomischen und politischen Reformen nach 1963 überwand die SED die bis dahin praktizierte, ausschließlich am politischen Kalkül orientierte Verwendung der Rechtsform und bediente sich bewußt der Kriterien zweckrationalen positivistischen Rechts zur formalen Regelung gesellschaftlicher Prozesse²⁰⁾. Im Parteiprogramm der SED von 1963 wird eine Rechtsdefinition vorgegeben, die bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren hat: „Unser sozialistisches Recht bringt den Willen des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Es entspringt den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und ist auf ihre Durchsetzung gerichtet. Unser Recht hat die Aufgaben dieser Entwicklung und die staatlichen Grundregeln des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen zum Hauptinhalt.“²¹⁾

¹⁸⁾ Vgl. Norbert Reich/Hans-Christian Reichel, Einführung in das sozialistische Recht. Grundlagen, Grundprobleme, System, Quellen, Rechtsbildung, Rechtsverwirklichung, München 1975, S. 31 f.

¹⁹⁾ Vgl. Karl Polack, Der Auftrag der Babelsberger Konferenz und der Entwurf eines Lehrplans für die Ausbildung leitender Funktionäre der Staatsorgane, in: Staat und Recht, 8. Jg. (1959), Nr. 4, S. 483 ff.

²⁰⁾ Vgl. Heide M. Pfarr, Auslegungstheorie und Auslegungspraxis im Zivil- und Arbeitsrecht der DDR, Berlin 1972.

²¹⁾ Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1963, Bd. 4, S. 371.

1. Staat und Recht im „entwickelten Sozialismus“

Die Rechtsdefinition des Lehrbuchs „Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie“ aus der DDR läßt den gegenwärtigen Diskussionsstand und die Veränderungen der rechtstheoretischen Positionen des nachstalinistischen Marxismus-Leninismus gegenüber der stalinistischen Rechtsauffassung erkennen: „Recht ist Staatswille der herrschenden Klasse, dessen Inhalt letztlich von deren materiellen Lebensbedingungen determiniert wird, in einem System allgemein verbindlicher Normen ausgedrückt ist, der Einwirkung auf gesellschaftliche Verhältnisse dient und dessen Verwirklichung vom Staat unter Anwendung von Zwang gewährleistet wird.“²²⁾

In dieser Definition sind fünf Aspekte enthalten:

1. Das Recht wird als ein System allgemein verbindlicher Normen begriffen.
2. Das Recht ist Ausdruck des Willens der herrschenden Klasse, der durch den Staat in politisch-gesellschaftliches Handeln umgesetzt wird.
3. Der Inhalt des Rechts wird „letztlich“, d. h. nicht immer und in jedem Einzelfall, von den materiellen Lebensbedingungen determiniert.
4. Der Staat sichert mit seinem Zwangsmonopol die Durchsetzung der Rechtsnormen.
5. Das Recht ist Instrument der Gestaltung der Gesellschaft, oder wie es in einem sowjetischen Lehrbuch heißt: „Staatlicher Regulator der gesellschaftlichen Verhältnisse“²³⁾.

Es ist nicht zu übersehen, daß die inhaltliche Bestimmung des Rechts relativ vage bleibt und der Begriff „letztlich“ der Interpretation einen weiten Spielraum läßt. Offen bleiben hier die Spezifika „sozialistischen“ Rechts. Hierzu bemerkt das DDR-Lehrbuch: „Das sozialistische Recht ist das System allgemein verbindlicher Normen, die den letztlich von den sozialistischen Produktionsverhältnissen bestimmten staatlichen Willen der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Werktätigen ausdrücken, vom Staat festgelegt oder sanktioniert und garantiert werden — wenn nötig

²²⁾ Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1975, S. 88; vgl. auch Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie des Staates und des Rechts, Berlin (Ost) 1974, Bd. 1, S. 273.

²³⁾ Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie, a. a. O., Bd. 1 S. 273.

auch mit staatlichem Zwang — und als Instrument (Regulator) die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit dem Ziel der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus fördern und schützen.“²⁴⁾ Hier ist nicht mehr vom Staatswillen der herrschenden Klasse, sondern von dem der Arbeiterklasse und den von ihr geführten *Werkstätigen* die Rede, welcher das Recht repräsentiere, und die weitere Entwicklung ist vorgezeichnet, wenn man sich die entsprechende Passage im bereits erwähnten sowjetischen Lehrbuch vergegenwärtigt. Dort heißt es, daß das sozialistische Recht der staatliche Wille sei, der die Interessen der Arbeiterklasse und *aller Werkstätigen*, d. h. des ganzen Volkes, ausdrücke²⁵⁾. Das „sozialistische“ Recht ist ebenso wie das „bürgerliche“ Recht ein Instrument zur Regelung des Zusammenlebens der Menschen; seine Ordnungsfunktion betrifft „jede Tätigkeit des Menschen, die für seine soziale Umwelt von Bedeutung ist oder sein könnte“²⁶⁾; als Instrument des sozialistischen Staates aber ist es — so die Meinung der Staats- und Rechtstheoretiker der DDR — von anderer Qualität. Das Recht ist sozialistisch, weil der Staat es ist.

2. Staat des ganzen Volkes?

Dem Staat kommen in den sowjetsozialistischen Gesellschaften drei zentrale Funktionen hinzu: Er hat

1. Instrument zur Realisierung der politisch-ökonomischen Ziele der Partei,
2. Instrument der Herrschaftssicherung nach innen und außen und
3. Vermittlungsinstrument von Parteiherrschaft und Partizipation der Gesellschaftsmitglieder zu sein. Letzteres gemeinsam mit der leninistischen Partei in ihrer Funktion als Massenpartei, den Massenorganisationen und — soweit diese existieren — den „bürgerlichen“ Parteien.

Als Instrument, das die „objektiven“ Gesetze der Gesellschaftsentwicklung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchsetzen soll, kann der Staat auf keine dieser Funktionen verzichten. Herrschaftssicherung in einer Gesellschaft, in der der Staat als Ei-

gentümer des allgemeinen „Volkseigentums“ tätig wird, schließt die Organisation des gesellschaftlichen Produktions- und Distributionsprozesses ein.

Der Staat ist die Institution, die die Gesellschaft organisatorisch, die Partei diejenige Institution, die sie politisch-ideologisch zusammenhält. Dies bedeutet, daß der Staat parteilicher Staat sein muß, also eine Organisation, die sich in allen ihren Handlungen vom Willen und den Absichten der Partei leiten läßt.

Gleichwohl ist er stärker als in der Stalinzeit in ein Beziehungsgefüge Partei-Staat-Gesellschaftliche Organisationen-, „befreundete“ Parteien und Organisationen eingebunden. Die gesellschaftlichen Bedingungen und Konsequenzen staatlicher Tätigkeit werden so deutlicher als in der völlig instrumentell gedachten Konzeption des Staates als ausschließlichem Hauptinstrument der Partei. Anders als in der Stalinära, wo Parteilichkeit bereits eine hinreichende Kennzeichnung des Selbstverständnisses des Staates war, soll er heutigem Verständnis nach zugleich die gesellschaftlichen Interessen verkörpern und repräsentieren und als „Interessenvertretung aller Werkstätigen“ fungieren²⁷⁾.

Dem Staat wird hier also de facto so etwas wie eine Mittlerfunktion „zugemutet“ — und zwar bewußt zugemutet, weil sich hier zwei kaum zu vereinbarende Vorstellungen treffen: der Staat als Instrument der Partei und als Vertreter gesellschaftlicher Interessen (in der Sowjetunion wird vom „Staat des ganzen Volkes“ gesprochen). Dieser Widerspruch ist nur lösbar über ein ideologisches Konstrukt. Da die Partei die wahren Interessen der Arbeiterklasse und diese die der gesamten Gesellschaft vertritt, konstituiert sich der Staat, indem er Instrument der Partei ist, zugleich als Interessenvertreter des ganzen Volkes. So argumentieren die sowjetischen Autoren, daß „unter den heutigen Bedingungen, da der Aufbau des Kommunismus die praktische Aufgabe der Partei und des Sowjetvolkes ist“, es möglich geworden sei, die Rolle des Staates neu zu bestimmen. „Die Umwandlung des sozialistischen Staates der Diktatur des Proletariats in den sozialistischen Staat des gesamten Volkes bedeutet die Entwicklung seines Wesens, die Erweiterung seiner sozialen Ba-

²⁴⁾ Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie, a. a. O., S. 356.

²⁵⁾ Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie, a. a. O., Bd. 4, S. 19.

²⁶⁾ Jürgen Baumann, Einführung in die Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch, München 1977², S. 15.

²⁷⁾ Vgl. Gerhard Schübler/Wolfgang Weichelt, Zur Staatsfrage in den Dokumenten zur Vorbereitung des IX. Parteitages der SED, in: Staat und Recht, 25. Jg. (1976), Nr. 4, S. 355.

sis, die vollständige Entfaltung seines Inhalts und seiner Bestimmung als Staat neuen und höheren Typus. Der sozialistische Staat des gesamten Volkes ist seinem Wesen nach die natürliche Fortsetzung und Entwicklung des Staates der Diktatur des Proletariats unter den Bedingungen seiner erweiterten sozialen Basis und seines weiter gefestigten gesellschaftlichen Fundaments.“²⁸⁾

Nach dem VI. Parteitag der SED wurde auch in der DDR für eine kurze Zeit die These vertreten, daß der DDR-Staat sich zum „Volksstaat“ entwickeln werde²⁹⁾. Die allgemein akzeptierte Auffassung in den sozialistischen Staaten Osteuropas und der DDR geht heute aber dahin, daß von einem Staat des ganzen Volkes in diesen Gesellschaften *noch* nicht gesprochen werden könne, da sie einen historischen Schritt hinter der Sowjetunion zurück seien, die bereits den Sieg des Sozialismus vollendet und zu Beginn der sechziger Jahre

in die Etappe des entfalteten Aufbaus des Kommunismus eingetreten sei.

Die sozialistischen Staaten, die in ihrem Selbstverständnis noch nicht den Kommunismus, sondern die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ aufbauen, sind noch keine Staaten des ganzen Volkes.

Auf dem X. Parteitag der SED 1981 bezeichnete Erich Honecker den DDR-Staat als „Form der Diktatur des Proletariats“. Er vertrete die Interessen des ganzen Volkes und verbürge Freiheit und Menschenrechte. Niemand dürfe diesen sozialistischen Staat antastet³⁰⁾. Damit ist eine Formulierung gefunden, die den Staat sowohl als Kampfinstrument der herrschenden Partei als auch als Interessenvertreter aller Bürger charakterisieren soll. Welcher Aspekt überwiegt, entscheidet die politische Situation, die vermeintliche oder reale innere oder äußere Bedrohung.

III. Staatsfunktionen und staatliche Leitungstätigkeit

Die soeben dargestellte Argumentation verweist auf die Frage, welche Aufgaben der sozialistische Staat erfüllen soll, welches seine Funktionen unter sich wandelnden politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen sind. Am Beispiel dieser Diskussion in der DDR läßt sich recht plastisch die enge Verknüpfung von politischer Dezision der Partei, der Veränderung staatlicher Aufgabenstellung und der theoretischen Reflexion (oft aber auch nur Untermauerung) dieser Wandlungen aufzeigen. Daß die Bewertung theoretischer Überlegungen ausschließlich nach dem Prinzip politischer Opportunität erfolgt, zeigt die Diskussion der Vorschläge Wolfgang Weichelts, der bereits 1957 den Versuch unternommen hat, die bis dahin gültige dogmatisierte Bestimmung der Funktionen des Staates (und des Rechts) zu überwinden. Er bezeichnete die „wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion“ des sozialistischen Staates als die Funktion, die ihn im besonderen Maße von allen Ausbeuterstaaten unterscheidet und „seine

schöpferische, aktive Rolle beim Aufbau der sozialistischen und später der kommunistischen Gesellschaft“ charakterisierte³¹⁾. Bezog sich Weichelt hier auf gleichlautende Formulierungen Stalins, so zog er doch andere, diametral entgegengesetzte Schlußfolgerungen. Stalin diene die Unterscheidung von repressiven, wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktionen des Staates dazu, den „Beweis“ zu führen, daß der Staat in keiner Funktion absterbe, sondern daß vielmehr die Aufrechterhaltung und Verstärkung der repressiven Funktion angesichts der kapitalistischen Einkreisung und des sich verschärfenden innergesellschaftlichen Klassenkampfes es erfordere, auch die wachsende Rolle des Staates in den anderen Bereichen zu postulieren³²⁾.

Für Weichelt dagegen ist die repressive Funktion — im Gegensatz zu wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieheri-

²⁸⁾ Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie, a. a. O., Bd. 3, S. 63.

²⁹⁾ Protokoll des VI. Parteitages der SED, a. a. O., Bd. 1, S. 87.

³⁰⁾ Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1981, Bd. 1, S. 120.

³¹⁾ Wolfgang Weichelt, Zu einigen Fragen der Funktionen des Staates, in: Staat und Recht, 6. Jg. (1957), Nr. 1, S. 16.

³²⁾ Vgl. hierzu Svetozar Stojanović, Kritik und Zukunft des Sozialismus, Frankfurt/M. 1972, S. 46 f.

schen — nicht ständig und unabdingbar, sondern jeweils hervorgerufen durch den Widerstand der konterrevolutionären Kräfte und in ihrem Umfang durch diese bestimmt. „Solche Perioden können aber nichts an der Tatsache ändern, daß die wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion des sozialistischen Staates die ihm von Anfang an eigene und seinem Wesen, seiner sozialen Zielstellung entsprechende Grundfunktion bleibt.“³³⁾

Die Parteiführung in Person von Walter Ulbricht machte auf der bereits erwähnten Babelsberger Konferenz im April 1958 deutlich, daß sie nicht nur jede Abschwächung der repressiven Funktion des Staates ablehnte, sondern darüber hinaus jede Diskussion über die Ausdifferenzierung und exakte Bestimmung der Funktionen von Staat und Recht als revisionistisch ansah. Einheitlichkeit und Zentralismus wurden propagiert und allen Tendenzen, den veränderten gesellschaftlichen Problemen mit einer Diversifikation der Verfahren und einer Dezentralisierung der Strukturen zu begegnen, eine Absage erteilt.

1. Die Funktionen des Staates im Neuen Ökonomischen System

Die nach dem Mauerbau 1961 gegebenen Chancen für politische Veränderungen, die 1963 in einem umfassenden Reformkonzept, das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS), mündeten, ermöglichten es der Parteiführung, ihre Vorbehalte gegen eine differenzierte Diskussion der Aufgaben und Funktionen des Staates aufzugeben. Sie war jetzt sogar selbst in erheblichem Maße an einer solchen Diskussion interessiert, sah sie doch das wirtschaftliche Reformprogramm des NÖS als Hebel für weitreichende Veränderungen auch in anderen Bereichen der Gesellschaft an. Die Reformen verstand sie jedoch nicht als einen Prozeß, in dem die Initiative von oben mit der von unten verbunden werden sollte, sieht man von einer entscheidenden Ausnahme ab: der materiellen Stimulierung der Einzelleistung der „Werkstätigen“ für die Erfüllung vorgegebener Zielsetzungen.

Das auf dem VI. Parteitag der SED verabschiedete Parteiprogramm bezeichnete es als *Aufgabe des Staates*, „die umfassende Verwirklichung des Sozialismus bewußt und planmäßig zu leiten, die Produktivkräfte und

sozialistischen Produktionsverhältnisse ständig zu entwickeln, die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern, die schöpferische Initiative der Werktätigen zu fördern, das sozialistische Bewußtsein zu stärken und die sozialistische Ordnung vor feindlichen Mächtschaften zu schützen. An der Spitze der Aufgaben des sozialistischen Staates steht seine wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion, die Leitung der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.“³⁴⁾

Diese Betonung der organisatorischen und erzieherischen Funktionen des Staates ist kennzeichnend für eine Situation, in der die Partei sich voll auf die Realisierung der Wirtschaftsreformen konzentrierte, was ihr später aus den eigenen Reihen den Vorwurf eingetragen hat, sie sei zu einer reinen Wirtschaftspartei geworden. Als sich dann noch in der ČSSR 1968 die Gefahren abzeichneten, die der SED bei einer Vernachlässigung ihrer ideologischen Kompetenz und politischen Führungsfunktionen drohen konnten, erfolgte eine Kehrtwendung. Die aus den Zusammenhängen des NÖS entstandene, auf technisch-organisatorische Probleme staatlicher Leitungstätigkeit fixierte Staatsauffassung wurde zurückgedrängt und an eher traditionelle Argumentationen angeknüpft, die die repressive und politisch-ideologische Funktion besonders betonten. Diese Neueinschätzung kommt in einer programmatischen Rede Ulbrichts im Oktober 1968 zum Ausdruck. Durch einen bewußt positiven Rekurs auf die Babelsberger Konferenz von 1958 wollte er eine Kontinuität der staatstheoretischen Auffassungen der Partei- und Staatsführung belegen, was aber nur dann gelingen konnte, wenn auf die Darstellung der zentralen Gedanken des NÖS als einer wesentlichen Entwicklungsphase verzichtet wurde. Als Charakteristika des sozialistischen Staates „in der Periode der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ bezeichnete Ulbricht die „Entwicklung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit, verbunden mit der demokratischen Mitwirkung der Werkstätigen an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leitung, die vollständige Ausarbeitung des Systems der sozialistischen Gesetze und Normen der staatlichen Ordnung, die Durchdringung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit der Lehre des Marxismus-Leninismus“.

³⁴⁾ Protokoll des VI. Parteitages der SED, a. a. O., Bd. 4, S. 366 f.

³³⁾ Weichelt, Zu einigen Fragen, a. a. O., S. 17.

mus und ihre bewußte schöpferische Anwendung durch den Bürger³⁵⁾.

Diese Aufgabenstellung macht deutlich, daß von einem inhaltlichen Anknüpfen an die Thesen der Konferenz von 1958 nur bedingt die Rede sein kann. Zwar war auch dort die umfassende Einflußnahme der Ideologie auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gefordert worden, doch war dies gerade nicht mit der Vorstellung gekoppelt gewesen, es könne ein in sich geschlossenes *System rechtlicher Normen* geschaffen werden, in dem sich gesellschaftliches und staatliches Handeln zu bewegen habe. Die Rechtsform wurde vielmehr den Bedingungen des sich angeblich verschärfenden Klassenkampfes untergeordnet und für seine Zwecke instrumentalisiert. Die Vorstellung, ein System der Gesetze und Normen staatlicher Ordnung „vollständig“, also abschließend ausarbeiten zu können, offenbart vielmehr einen Zug zu relativer Abgeschlossenheit der gesellschaftlichen Transformationen, wie er im Hang zur rechtlichen Normierung aller gesellschaftlichen Prozesse seine reale Ausprägung gefunden hat.

2. Staatsfunktionen und Sozialpolitik

Dieser Prozeß ist durch die politischen Veränderungen und ideologischen Kurskorrekturen nach der Absetzung Ulbrichts und dem VIII. Parteitag der SED 1971 nicht nur nicht aufgehoben worden, er hat sich vielmehr beschleunigt. Im Bericht des ZK der SED an den VIII. Parteitag wird zwar die wachsende Bedeutung der „Staatsmacht“ hervorgehoben, jedoch in erster Linie als das Ergebnis ökonomischer Zwänge dargestellt. Die Aufgaben aus der Leitung der Volkswirtschaft und die Folgen der ökonomischen Integration der Länder des RGW dienen als Begründung für diese Feststellung. Diese Aussagen sind auf den ersten Blick von der gleichen ökonomistischen Grundhaltung geprägt wie die Äußerungen der Partei nach dem VI. Parteitag. Daß gleichwohl in viel stärkerem Maße die gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Entwicklung der Ökonomie reflektiert werden, zeigt das auf diesem Parteitag initiierte und seither in vielen Bereichen vorangetriebene umfangreiche Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Als weitere

Ursachen nennt der Bericht die wachsende internationale Bedeutung der DDR und die zunehmende, „oft heimtückisch getarnte Aggressivität des Imperialismus“, die es allen staatlichen Institutionen zur Aufgabe mache, „die Absichten des Gegners rechtzeitig zu durchschauen und zu vereiteln“. Schließlich wird das wachsende Bewußtsein der Werktätigen erwähnt, das eine „verbesserte Qualität der staatlichen Leitung“ erforderlich mache. Dieses Bewußtsein wird jedoch vordringlich an guten Leistungen in der Produktion gemessen und ist vor allem auf die Verbesserung der individuellen Lebenschancen gerichtet. Das wird deutlich, wenn hervorgehoben wird, daß es gelte, „eine gute, vertrauensvolle und sachliche Atmosphäre zu schaffen, damit die Initiative gefördert wird und die Menschen sehen, daß ihre Arbeit Früchte trägt, daß sie dem Wohl des ganzen dient und auch ihnen selbst zugute kommt“³⁶⁾.

Diese Bestimmung der wesentlichen Aufgaben des Staates initiierte eine Wiederaufnahme der Diskussion über die Staatsfunktionen und gab ihr zugleich die entscheidende Stoßrichtung: Hauptfunktion habe die Leitung der Ökonomie im nationalen Maßstab und zunehmend auch im internationalen Kontext der „sozialistischen ökonomischen Integration“ zu sein³⁷⁾. Die vor allem ökonomisch, aber eben auch *sozialpolitisch* motivierte politische Programmatik, die in der sogenannten Hauptaufgabe, der Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne bei gleichzeitigem Auf- und Ausbau sozialer Sicherungen und Gratifikationen, definiert ist, führt zu der Behauptung, daß der ökonomischen (oder wirtschaftlich-organisatorischen) Funktion des Staates „letztlich entscheidende Bedeutung“ zukomme³⁸⁾.

Der eigentliche gesellschaftspolitische Sinn und die sozialen Ursachen, die zur Formulierung der „Hauptaufgabe“ geführt hatten, aber blieben unausgesprochen: Einmal die Tatsache, daß wirtschaftliches Wachstum allein nicht in der Lage ist, eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen zu garantieren, zu-

³⁶⁾ Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1971, Bd. 1, S. 34 ff. und 84.

³⁷⁾ Wolfgang Weichelt, Der sozialistische Staat — Hauptinstrument der Arbeiterklasse zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, Berlin (Ost) 1972, S. 71 ff.

³⁸⁾ Ingo Wagner, Zur sozialen Funktion des sozialistischen Staates, in: Staat und Recht, 23. Jg. (1974), Nr. 10, S. 1707.

³⁵⁾ Walter Ulbricht, Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Berlin (Ost) 1968, S. 9 f.

mal dann, wenn Leistungsorientierung ein wesentlicher Hebel zur Realisierung dieses Wachstums ist; zum anderen, daß es sozialpolitischer Maßnahmen bedarf, um Disparitäten, die durch eben diese Zielvorgaben entstehen, auszugleichen. Die ökonomische Tätigkeit des Staates ist vielmehr per se „bewußte Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten“ und hat damit eine politische Funktion, auch wenn sie eine objektiv notwendige Bedingung für das Funktionieren der sozialistischen Produktionsweise darstellt. Wirtschaftspolitik ist nicht schlechthin eine Politik zur Entwicklung der Wirtschaft, sondern Aspekt der Gesamtpolitik der Partei in der Wirtschaft als dem „wichtigsten Bereich der gesellschaftlichen Tätigkeit“; sie ist damit zugleich Machtausübung³⁹⁾. In dieser Bestimmung wird ein Argumentationsmuster aufgenommen, das Belych in die leitungswissenschaftliche Diskussion eingeführt hat: Technische — hier ökonomische — Probleme werden als unmittelbar politische definiert⁴⁰⁾.

Daß die neue politische Programmatik der SED mit den alten Kategorisierungen nicht in ihrer vollen Dimension zu erfassen war, zeigt die staats- und rechtswissenschaftliche Diskussion nach dem VIII. Parteitag. Angesichts der dort vorgezeichneten politischen Linie meint Ingo Wagner, einer der führenden Rechtswissenschaftler der DDR, daß sich neue Hauptfunktionen des sozialistischen Staates herausbilden können, daß dies bereits beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beginne und daß damit zugleich die kulturell-erzieherische Funktion in den Hintergrund trete. Die Verwirklichung der „Hauptaufgabe“ ist in diesem Argumentationszusammenhang zwar „unter bestimmten Aspekten ein Grundanliegen aller Hauptfunktionen des sozialistischen Staates“, der wirtschaftlich-organisatorischen Funktion wird jedoch eindeutig Priorität eingeräumt, da sie „die Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ miteinander verbinde und damit die Voraussetzung dafür schaffe, „daß durch eine vollständige Nutzung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution der Lebensstandard weiter gehoben werden kann“.

Die Bedeutung der sozialpolitischen Funktion des Staates habe sich „bereits nach dem Sieg des Sozialismus sichtbar verstärkt“, nehme jetzt aber rapide zu⁴¹⁾.

Die politische Entscheidung des VIII. und IX. Parteitages, zur Absicherung der ökonomischen Zielsetzung die Erziehung zu „richtigem“ Bewußtsein und Verhalten durch ein System sozialer Sicherungen und Gratifikationen in der Sozialpolitik zu ergänzen, wodurch man sich eine integrative Wirkung erhoffte, wird hier „theoretisch“ untermauert und in den Rang objektiver gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten erhoben.

Die herrschende Lehre in der DDR weist — orientiert am sowjetischen Vorbild — dem Staat gegenwärtig sechs Hauptfunktionen zu:

- die repressive;
- die wirtschaftlich-organisatorische;
- die kulturell-erzieherische;
- die „des Schutzes der sozialistischen Rechtsordnung, des sozialistischen Eigentums und der Rechte und Freiheiten der Bürger“;
- die der „Verteidigung des Landes vor Überfällen von außen“;
- die Funktion des „Kampfes um den Frieden, um die friedliche Koexistenz von Ländern mit unterschiedlicher sozialökonomischer Ordnung, die ihm seit seiner Entstehung eigen ist“⁴²⁾.

Das gültige Staatsrechtslehrbuch stellt fest, daß sich auch die kulturell-erzieherische Funktion des Staates beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft weiter herausbilde. Ihre Aufgabe sei es, „die sozialistische Ideologie allmählich zur Ideologie der gesamten Gesellschaft werden zu lassen und damit die Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur fortzuführen“⁴³⁾. Was als bloße Modifikation ideologischer Versatzstücke erscheint, hat bei näherem Hinsehen zwei wesentliche Aspekte, die für das Staats- und Rechtsverständnis der sozialistischen Länder und hier speziell der DDR weitreichende Auswirkungen haben:

1. Es wird als eigene Funktion des Staates bezeichnet, die Rechtsordnung, das sozialistische Eigentum und die Rechte und Freiheiten

³⁹⁾ Wagner, Zur sozialen Funktion, a. a. O., S. 1706 ff.

⁴²⁾ Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie, a. a. O., S. 232 ff; ferner Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie, a. a. O., Bd. 3, S. 89 ff.

⁴³⁾ Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie, a. a. O., S. 239.

³⁹⁾ Hans Hofmann, Die objektive Bedingtheit der ökonomischen Rolle des Staates, in: Staat und Recht, 22. Jg. (1973), Nr. 10/11, S. 1723 ff.

⁴⁰⁾ Vgl. A. K. Belych, Organisation Politik und Leitung, Berlin (Ost) 1969.

der Bürger zu schützen. Dies hat zu einem umfangreichen Gesetzgebungs- und Verrechtlichungsprozeß geführt; am bedeutsamsten scheinen hier die verwaltungs- und arbeitsrechtlichen Regelungen.

2. Die kulturell-erzieherische Funktion, also die ideologischen Aufgaben des Staates, wird nach diesem Verständnis nicht geringer, sondern wachsen. Angesichts der Ausweitung rechtlicher Regelungen weit über den Bereich staatlicher Tätigkeit hinaus erschöpft sich diese ideologische Funktion nicht mehr

IV. Fazit

Die „realsozialistischen“ Staaten operieren mit einer Staats- und Rechtstheorie, die mechanistisch und in ihrer Konsequenz unhistorisch ist. Diese mechanistische Staats- und Rechtsauffassung, die zur nahezu vollständigen Instrumentalisierung von Staat und Recht geführt hat, konnte zwar ihre terroristischen Aspekte weitgehend überwinden, setzte aber an ihre Stelle eine um so wirksamere Sicht der Gesellschaft als eines sozialtechnologischen in beliebiger Weise manipulierbaren Systems. Die unterschiedliche Definition und die Ausweitung der Funktionen von Staat und Recht in den einzelnen Etappen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung zeigt eine Tendenz zunehmender Gestaltung der Gesellschaft mit Hilfe rechtlicher Regelungen, die immer gezielter als Mittel zur Durchsetzung der politischen Absichten der führenden Partei eingesetzt werden. Die Rechtsentwicklung verbleibt also weiter in enger Abhängigkeit vom politischen Willen der marxistisch-leninistischen Partei. Der Verrechtlichungsprozeß begünstigt die Ausarbeitung von Verfahrensweisen, die bei künftigen politischen, ökonomischen und organisatorischen Entscheidungen nicht mehr ohne weiteres übergangen werden können, sondern diese selbst in erheblichem Maße beeinflussen. Von daher birgt er stets die Tendenz in sich, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Partei in konkreten Einzelbereichen und bei konkreten Einzelmaßnahmen zu beschränken, zugunsten erweiterter, rechtlich abgesicherter Kompetenzen anderer gesellschaftlicher Institutionen. Dabei geht es weniger um den einzelnen oder einzelne gesellschaftliche Gruppen, sondern um die Kompetenzen und Verfahrensweisen der verschiedenen Büro-

in der Vermittlung des „richtigen“ politischen Bewußtseins, sondern steht vor der Aufgabe, die Normen des „sozialistischen“ Rechts auch in den Köpfen der Menschen zu verankern: durch Rechtserziehung.

Daß das Problem der Staatsfunktionen auch unter dem Aspekt der möglichen Ersetzung staatlicher Aufgaben durch gesellschaftliche Organisationen und Gruppen von der Partei geduldet und diskutiert werden könnte, ist bislang (in der DDR zumindest) kaum vorstellbar.

kratiefractionen. Die Ausdifferenzierung des Rechtssystems und die Ausweitung der Gestaltungskompetenzen des Rechts, wie sie sich in der Gesetzgebungspraxis und der staats- und rechtswissenschaftlichen Diskussion niederschlägt, deuten ebenso darauf hin wie immer wieder unternommene Versuche, den politisch-ideologischen Stellenwert des Umgangs mit dem Recht zu verdeutlichen.

Insgesamt bleibt das Bild widersprüchlich: Es bleibt die Hypostasierung des Staates, dessen reale Wirkungsmöglichkeiten durch wachsende Bürokratisierung, durch Organisationsreformen und vor allem durch den Prozeß der Verrechtlichung eher erweitert als gemindert werden. Damit verbunden sind aber zugleich Veränderungen, von denen noch nicht deutlich erkennbar ist, wohin sie letztlich zielen.

Der Prozeß der Verrechtlichung scheint zumindest die Chance für eine korporative Öffnung des Systems zu eröffnen und die individuellen Möglichkeiten gegenüber der Allmacht des Staates zu erweitern. Inwieweit diese korporativen Tendenzen à la longue die Führungsrolle der Partei modifizieren und den Spielraum der Bürger und der gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen dadurch erweitern, daß sie ihnen ein rechtlich fixiertes und gesichertes Feld eigener Kompetenz zuweisen, ist nach den Ereignissen in Polen schwerer zu beantworten als vorher. Eine erneute Abkapselung des Systems gegen alle Reformbestrebungen von innen ist angesichts der polnischen Fundamentalkrise nicht auszuschließen; und die neue Roll-Back-Mentalität in wichtigen westlichen Staaten tut das ihre, solche konservativen Bestrebungen zusätzlich zu unterstützen.

Zum Problem sozio-ökonomischer Bedingtheit der Nation

I. Zur aktuellen und grundsätzlichen Diskussion der „nationalen Frage“

Es bedurfte nicht erst eines Regierungswechsels, um der Diskussion der „nationalen Frage“ in der Bundesrepublik neue Impulse zu geben. Trotz der Annahme einer Tendenz abnehmenden Nationalbewußtseins in der Bevölkerung, vor allem bei der jungen Generation, die eine staatliche Einheit Deutschlands nie erlebt hat, und trotz dahingeschwundener Chancen für eine konkrete Wiedervereinigungspolitik finden profilierte Beiträge zu dieser Frage noch immer starke Resonanz in der Öffentlichkeit. Das gilt auch für die letzten zwei Jahre. Hier reichte der Spannungsbogen der Meinungen von der Skepsis eines Günter Gaus¹⁾, den Nationen-Begriff weiter verwenden zu sollen, bis zur verzweifelten Zuversicht eines, ein weites politisches Spektrum von links bis rechts umfassenden, „neuen Patriotismus“, ausgedrückt in der Parole: „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“²⁾.

Die neue unionsgeführte Bundesregierung hat zunächst keine neuen Akzente gesetzt und die Kontinuität ihrer deutschlandpolitischen Linie betont. Kontinuität meint hier nicht nur Fortsetzung des von der sozialliberalen Regierung begründeten „vertraglich festgelegten Modus vivendi“, sondern vor allem „Bekanntnis zur Präambel des Grundgesetzes, die das ganze deutsche Volk aufruft, seine Einheit in Freiheit zu vollenden“³⁾ — eine gewiß unterschiedliche Koalitionen übergreifende Zielsetzung. Auch die Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition seit Beginn dieses Jahres um eine „Wende“ in der Deutschlandpolitik, die mit dem Vorstoß Bundesinnenminister Zimmermanns, die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze in die Deutsche Frage einzubeziehen, eingeleitet wurden und die nach dem Fall Burkert und

der Absage des Honecker-Besuchs einen Höhepunkt fanden⁴⁾, sind durch die das ursprüngliche Konzept bestätigenden Feststellungen Bundeskanzler Kohls in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Für die Bewertung der nationalen Frage hat sich dabei substantiell nichts Neues ergeben. Eine Motivationsforschung, aus welchen politischen Gründen diese Kontroverse geführt worden ist, ist nicht unser Thema. Es soll aber deutlich gemacht werden, daß es mehr denn je darauf ankommt, das gewichtige, aber auch brisante Nationen-Problem aus den irrationalen Bezügen bloßer Wunsch- und Willensvorstellungen herauszuführen und auf eine objektive Grundlage zu stellen.

Deshalb soll hier auf ein Desiderat in der westdeutschen Diskussion zur nationalen Frage aufmerksam gemacht werden. Ein wesentlicher Aspekt, der zur gebotenen Objektivierung besonders beitragen kann, wird, wenn nicht völlig ausgeklammert, so doch stark vernachlässigt: das Verhältnis von Nation und sozio-ökonomischen Faktoren. Selbst „linke“ Autoren wie Peter Brandt und Herbert Ammon⁵⁾, bei denen man eine gesellschaftskritische Sensibilität annehmen darf, beschränken sich vornehmlich auf außen- und sicherheitspolitische Argumente oder deuten allenfalls gesellschaftspolitische Zielvorstellungen für ein künftiges Gesamtdeutschland an.

Das ist um so verwunderlicher, als ja die Antithese, an der sich die Auseinandersetzung um die nationale Frage in Deutschland gegenwärtig immer wieder entzünden muß, nämlich die offizielle DDR-Version von den zwei deutschen Nationen, sich in ihrer theoretischen Begründung auf das Konzept einer „sozial-

¹⁾ Interview in Die Zeit Nr. 6 vom 30. 1. 1981.

²⁾ So der Titel des von Wolfgang Venohr herausgegebenen Sammelbands, Bergisch Gladbach 1982.

³⁾ U. a. Beitrag des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen Dr. Rainer Barzel für das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 15. 11. 1982.

⁴⁾ Vgl. Frankfurter Rundschau Nr. 25, 33, 35, 95, 96, 98, 101 v. 31. 1./9. 2./11. 2./25. 4./26. 4./28. 4./2. 5. 1983.

⁵⁾ Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek 1981.

ökonomischen Bedingtheit" der Nation stützt.

Dieses fatale Versäumnis westdeutscher Forschung läßt sich nicht einfach mit der Entgegnung rechtfertigen, die Argumentation der SED-Führung sei eine offensichtlich politischen Zwecken dienende Manipulation und als solche nicht ernst zu nehmen. Damit können wir uns nicht begnügen. Es muß vielmehr gefragt werden, ob nicht mehr dahinter steckt, als bloß vordergründige ideologische Manipulation. Möglicherweise lassen sich mit bestimmten Fragestellungen besser begründete Einsichten für Analysen und Prognosen zu Prozessen der Nationenbildung und -entwicklung gewinnen. Jedenfalls verdient dieser Fragenkomplex in seiner gesellschaftspolitischen Relevanz, aber auch als gewichtiges theoretisches Problem sozialwissenschaftlicher Forschung eine gründliche Beschäftigung. Ein Blick auf das internationale Umfeld der Nationenforschung wird diese Einschätzung bestätigen. Ignoranz in der Fragestellung Nation und sozio-ökonomische Faktoren sollten gerade wir Deutsche in unserer Situation uns nicht leisten.

In einem früheren Beitrag⁶⁾ ist diesbezüglich hauptsächlich auf die gesellschaftspolitische Relevanz des Frageinteresses in der Darstellung von Grundpositionen der Beziehung Nation und sozio-ökonomische Faktoren eingegangen worden. Diese Darlegungen sollen hier noch einmal kurz rekapituliert und zu Ansätzen eines Rahmenkonzepts weitergeführt werden. Damit wird der Appell an Kollegen in Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft, dem Nationenproblem in seiner sozio-ökonomischen Bedingtheit systematisch und genetisch intensiv nachzugehen, erneuert.

Den Ausgangspunkt bildet die Annahme, daß das Konzept sozio-ökonomischer Bedingtheit (nicht Determination) der Nation ein zentrales Problem sozialwissenschaftlicher und historischer Forschung im Hinblick auf Tendenzen sozialen Wandels ist. Über seine grund-

sätzliche wissenschaftstheoretische Bedeutung hinaus erhält es eine aktuelle gesellschaftspolitische Relevanz durch die besondere Konstellation der „Deutschen Frage“. Wenn hier auch nicht eine Antwort im Sinne praktikabler Lösungsvorschläge erwartet werden kann, so doch vielleicht plausible Annahmen für künftige Entwicklungstendenzen.

In der weiteren Problematisierung lassen sich folgende Fragestellungen ableiten:

1. Wie ist die These der SED-Führung von der Entwicklung einer „sozialistischen Nation DDR“ im Gegensatz zur „bürgerlich-kapitalistischen Nation BRD“ zu beurteilen?
2. Läßt sich ein theoretischer Bezugsrahmen zur Erklärung des Phänomens „Nation“ entwerfen, der eine Beziehung zu sozio-ökonomischen Momenten stringent impliziert?
3. Welche politischen Schlußfolgerungen lassen sich aus diesen Einsichten in der Funktion einer praktischen Politik-Beratung für die Verfolgung der „Deutschen Frage“ ziehen?

Das Frageinteresse wird, bezogen auf zwei unterschiedliche Argumentationsebenen, von folgenden Kriterien bestimmt:

1. *Evaluations-Ebene*

Frage der politischen Relevanz — hier ist in der Betrachtung der Positionen und Schlußfolgerungen nur eine wertende Stellungnahme als Zustimmung oder Ablehnung möglich, nicht eine Beurteilung „richtiger“ oder „falscher“ Argumente.

2. *Kognitive Ebene*

Frage der wissenschaftstheoretischen Plausibilität, der logischen Stringenz und des empirischen Nachweises in einem Begründungszusammenhang.

Diesen Kriterien haben sich politische Positionen und theoretische Ansätze je nach ihrem Anspruch zu stellen.

II. Grundpositionen in ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz

Es sind drei Grundpositionen denkbar, die sich auch realtypisch nachweisen lassen. Diese werden hier skizziert und auf ihre mög-

liche jeweilige theoretische Begründung hin befragt.

⁶⁾ Gerhard Wuthe, Nation und Gesellschaft. Anmerkungen zum Problem der sozioökonomischen Bedingtheit der nationalen Frage, in: Deutschland Archiv Nr. 2/1983, S. 131-141.

1. Nation ist als historische Kategorie eine dialektische Einheit von sozialökonomischen (klassenmäßigen) und ethnischen Faktoren. Den sozialökonomischen (klassenmäßigen)

Beziehungen kommt das Primat zu. Sie bestimmen das Wesen einer Nation und sind damit auch Unterscheidungskriterium für eine Typologie der Nationen.

Diese Position wird von der SED-Führung und ihren Theoretikern vertreten.

2. Nation kann in ihrem Wesen *nicht* von sozio-ökonomischen Faktoren her begründet werden. Sie steht über den sozialen Gruppen mit ihren Teilinteressen und muß aus gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten werden.

Diese Position wird als eindeutige Antithese zur Position 1 in der Bundesrepublik Deutschland staats- und parteipolitisch von den Unionsparteien repräsentiert, unterstützt durch eine engagierte konservative Publizistik.

3. Nation ist eine gesellschaftlich-historische Kategorie, die *auch* von sozio-ökonomischen Faktoren bedingt wird. Sie sind jedoch nicht das entscheidende Kriterium für die Wesensmerkmale nationaler Besonderheiten. Eine Nation kann mit verschiedenen Stadien sozio-ökonomischer Entwicklung verbunden sein. Allerdings können die im nationalen Rahmen ausgetragenen gesellschaftspolitischen Gegensätze für den Bestand einer Nation kritisch werden.

Diese Position nimmt zwischen den als extrem zu beurteilenden Standpunkten der Positionen 1) und 2) einen vermittelnden ein. Staats- und parteipolitisch wurde sie bisher durch die sozialliberale Koalition vertreten, was sicherlich auch weiterhin für die SPD in der Opposition gilt. Neueste, davon abweichende Aussagen der FDP sind bisher nicht bekannt geworden. Theoretisch unterstützt wurde diese Position durch einen überwiegend analytisch-empirisch orientierten Wissenschaftlerkreis, der sich auch an der Abfassung der „Materialien“ zum Bericht zur Lage der Nation beteiligte.

1. Nation als sozialökonomisch-klassenmäßig bestimmte Größe

Die prägnanteste Formulierung der SED-Position in ihrer Verbindung von politischer Absicht und theoretischem Begründungsversuch hat bereits 1973 im Anschluß an den VIII. Parteitag der SED von 1971 das Politbüromitglied Hermann Axen in einem Vortrag gegeben:

„Die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage ignoriert keineswegs die ethnischen Aspekte, die dem Nationalen eigen

sind. Sie berücksichtigt sehr wohl, daß bei der Formierung und im Leben von Nationen deren ethnische Grundlagen, die sich größtenteils bereits lange vor der Entstehung von Nationen herausgebildet haben, eine bestimmte Rolle spielen. Ins Nationale gehen natürlich die ethnischen Elemente ein. Es sind dies bestimmte, sich aus dem geographischen Milieu und aus langer historischer Entwicklung ergebende Besonderheiten, die in der Sprache, in spezifischen Zügen der Lebensweise, der Sitten, der Gebräuche und Traditionen ihren Niederschlag finden. In diesem Zusammenhang sei an den von Friedrich Engels erbrachten Nachweis erinnert, wonach die Arbeit, die Produktionstätigkeit einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Menschheit und ihrer Sprachen hatte.

Die ethnischen Besonderheiten dürfen nicht geringgeschätzt werden, aber sie kennzeichnen nicht das Wesen der Nation, ihre sozial-ökonomische, klassenmäßige Struktur. Das Bestimmende, das Wesen unserer Nation in der DDR ist der Sozialismus, der Klassen- und sozialökonomische Inhalt unserer Gesellschaft.“⁷⁾

Die SED-Führung behauptet, ihre Position beruhe auf einer wissenschaftlichen Theorie, die eine „exakt begründete Erklärung“ (Axen) für das Entstehen und die Entwicklung der Nationen sowie ihrer Wesensmerkmale bietet. Mit diesem Anspruch muß sie sich logischen und empirischen Kriterien stellen. Die dafür erforderliche kritische Auseinandersetzung wird im nächsten Abschnitt, der auf theoretische Begründungen eingeht, geführt werden. Erst danach kann die Frage beantwortet werden, ob es sich bei dieser Position um ein klassisches Beispiel ideologischer Manipulation handelt, das lediglich der Rechtfertigung politischer Zwecke als ideologischer Flankenschutz einer rigorosen Abgrenzungspolitik zur Sicherung des Herrschaftsanspruchs der SED-Führung dient.

2. Nation als von sozio-ökonomischen Faktoren unabhängige Größe

Die Distanzierung des Nationenbegriffs von gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen hat für die Unions-Position am deutlichsten Richard v. Weizsäcker formuliert:

⁷⁾ Hermann Axen, Der VIII. Parteitag der SED über die Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, Vortrag am 7.6. 1973 auf der theoretischen Konferenz der SED-Bezirksleitung Berlin, abgedruckt in: Deutschland Archiv 2/1974, S. 192 ff.

„Ich meine, Nation ist ein Inbegriff von gemeinsamer Vergangenheit und Zukunft, von Sprache und Kultur, von Bewußtsein und Wille, von Staat und Gebiet. Mit allen Fehlern, mit allen Irrtümern des Zeitgeistes und doch mit dem gemeinsamen Willen und Bewußtsein hat diesen unseren Nationbegriff das Jahr 1871 geprägt. Von daher — und nur von daher — wissen wir heute, daß wir uns als Deutsche fühlen. Das ist bisher durch nichts anderes ersetzt.

Leider aber haben wir im Jubiläumsjahr der Reichsgründung, also im letzten Jahr, statt dessen von hoher und besonders hoher Stelle andere, zumeist kritische Äußerungen zu dieser Nation gehört. Es war vorwiegend die Rede vom Widerstand weiter Teile der Gesellschaft gegen diese Nation, vom Riß zwischen Demokratie und Nation, von der Nation als dem Feld zur Erreichung gesellschaftspolitischer Ziele.

Natürlich war sie unvollkommen. Natürlich gibt es in unserer Gesellschaft heute mehr Integration als damals. Und auch nichts gegen gesellschaftspolitische Ziele! Es ist die Aufgabe von uns, von den Parteien, um diese Ziele demokratisch zu wetteifern. Aber die Nation muß diesem Wettkampffeld übergeordnet bleiben.“⁸⁾

In diesem Nationenverständnis wird das Konzept der SED von der Klassendeterminiertheit der Nation strikt abgelehnt. Hierzu führt der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl aus:

„Die sogenannte sozialistische Nation der DDR ist ein Widerspruch in sich. Denn der Klassengedanke und der Nationalgedanke sind unvereinbar. Nur eines von beiden kann das Fundament politischer Ordnungsvorstellungen sein: entweder die Nation oder die Klasse.“⁹⁾

Dabei bleibt kein Raum für die Annahme von Beziehungen zwischen nationalen und sozio-ökonomischen Komponenten als denkbare dialektisches Spannungsverhältnis innerhalb eines Gesellschaftsaggregats. Diese Position geht allerdings auch nicht von empirischen Befunden gesellschaftspolitischer Sachverhalte aus. Sie beschränkt sich darauf, die Nation aus jeglichem Bezug zu realen gesell-

schaftlichen Gegensätzen herauszulösen. Damit erhebt sie einen normativen Anspruch, zu dem man sich bekennen kann oder nicht. In ihrer Enthaltbarkeit gegenüber sozio-ökonomischen Einflußfaktoren ist diese Position für unsere theoretische Fragestellung irrelevant.

3. Nation als von sozio-ökonomischen Faktoren bedingte Größe

Für diese Position kann als charakteristisches Beispiel auf gesellschaftspolitische Aussagen zur Nation von Willy Brandt verwiesen werden:

„Im Begriff der Nation sind für uns wie für Kurt Schumacher geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Aber, gemessen am Frieden, kann die Nation heute für uns nicht mehr das höchste aller Güter sein. Unser Patriotismus hat sich zugleich als europäische und weltpolitische Verantwortung zu verstehen.

Dies kann für uns nicht bedeuten, die deutsche Nation anderen zu überlassen, die mit diesem Begriff noch immer etwas meinen, was wiederholt gescheitert ist und gewiß nicht die Zukunft für sich hat. Wir dürfen die deutsche Nation — als Idee, als schwierige Realität und als künftige Möglichkeit — nicht ausspielen lassen gegen jene, die als europäisch und international verantwortliche demokratische Sozialisten dieser Nation eine Zukunft in guter Nachbarschaft zu anderen sichern wollen.

Hier gibt es eine Parallele zu unserem Staatsverständnis. Denn dabei geht es ja auch darum, daß wir den demokratischen Staat nicht denjenigen überlassen — und daß wir ihn nicht gegen die Sozialdemokraten durch diejenigen ausspielen lassen —, denen es im Kern um die Erhaltung von Vorrechten geht und die im Grunde davon leben, daß der Staat den Interessen von Inhabern und Nutznießern großer wirtschaftlicher Macht untergeordnet wird.“¹⁰⁾

Konsequent knüpft Brandt an Kurt Schumacher an, der mit seinem leidenschaftlichen Eintreten für die nationalen Belange des deutschen Volkes, verbunden mit dem Ringen um demokratische und soziale Neuordnung, der große Gegenspieler Konrad Adenauers in den ersten Jahren der Nachkriegszeit war. Hier eröffnet sich die Möglichkeit für eine

⁸⁾ Richard v. Weizsäcker, Stellungnahme zum Bericht zur Lage der Nation 1972, in: Bulletin v. 26. 2. 1972.

⁹⁾ Stellungnahme zum Bericht zur Lage der Nation 1978 am 9. 3. 1978, in: CDU (Hrsg.), Freiheit — Einheit — Menschenwürde. Dokumente zur Deutschlandpolitik, Bonn (o. J.), S. 70.

¹⁰⁾ Willy Brandt, Der Auftrag des demokratischen Sozialismus. Rede zum 20. Todestag von Kurt Schumacher am 20. 8. 1972, Sonderdruck, S. 18.

komplexe Interpretation der „Deutschen Frage“, die auch sozio-ökonomische Momente einbezieht. Allerdings geht es auch hier um politische Überzeugungen, nicht um Erklärungsansätze für gesellschaftliche Entwicklungen. Ein unmittelbarer Bezug zu unserer Fragestellung ergibt sich jedoch im Hinblick auf die schon erwähnten „Materialien“ zum Bericht zur Lage der Nation, die im Auftrag der sozialliberalen Bundesregierung von einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission erarbeitet worden sind, die ihren eigenen Auffassungen frei folgen und auch Fragen behandeln konnte, die in Neuland führen¹¹⁾. Auch darauf wird im nächsten Abschnitt eingegangen.

Zuvor soll jedoch noch auf die Ausführungen des frühverstorbenen FDP-Generalsekretärs Karl Hermann Flach hingewiesen werden, mit denen er sich mit dem Verhältnis Nation und gesellschaftlich-politische Systeme auseinandergesetzt hat:

„Wir müssen feststellen, daß sich eine Nation in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Systemen präsentieren kann. Bisher war es üblich, daß das im Verlauf einer geschichtlichen Zeitfolge geschah. Neuerdings erleben wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Teilen der Welt, daß dieses auch gleichzeitig geschehen kann. Wenn man diese Tatsache zur Kenntnis nimmt und wenn man weiß, daß sich politische und gesellschaftliche Systeme leichter verändern, als etwa die Nation sterben könnte, dann ist damit der Inhalt der Diskussion gegeben, die wir natürlich auch mit denen führen werden und führen müssen, die drüben in der DDR politische Verantwortung tragen. Ich darf in Klammern sagen: man kann diese Diskussion sogar von unserer Seite teilweise mit marxistischen Argumenten führen, wenn man das will; denn der Nationalitätenbegriff hat sehr verschiedene Auslegungen und Varianten“¹²⁾.

III. Theoretische Begründungsansätze

Es ist nun zu fragen, welchen Aufschluß uns relevante Theorieansätze zur Bestimmung der Nation, ihres Wesens und ihrer Elemente, ihrer Bildung und Entwicklung in bezug auf sozio-ökonomische Bedingtheit vermitteln können und wie sie die dargestellten Grundpositionen stützen.

1. Herkömmliche Staatslehre

Zunächst kann von der bekannten Unterscheidung eines westlichen, politisch akzentuierten Nationenbegriffs, in dem Staat und Volk als politische Willensgemeinschaft übereinstimmen, und einem mittel-osteuropäischen Nationenverständnis, das ethnisch-kulturell motiviert ist, ausgegangen werden. Dem entspricht die Unterteilung in *Staatsnation* und *Kulturnation*, „... in solche, die vorzugsweise auf einem irgendwelchen gemeinsam erlebten Kulturbesitz beruhen, und solche, die vorzugsweise auf der vereinigten Kraft einer gemeinsamen politischen Geschichte und Verfassung beruhen“¹³⁾, wie sie der Historiker Friedrich Meinecke (1908) getroffen hat.

Die herkömmliche *deutsche Staatslehre* beschreibt mit dem für sie konstitutiven Begriff des „*Staatsvolks*“ eigentlich nicht die *Staatsnation* im französisch-angelsächsischen Sinne, weil ihr das Moment des erklärten politi-

schen Willens fehlt. Dem Staatsvolk als Summe aller Staatsangehörigen, im juristischen Sinne einer durch die gleiche Staatsangehörigkeit verbundenen menschlichen Gemeinschaft, wird jedoch das Gesamtvolk im soziologischen oder auch im „natürlichen“ Sinne (Laun) als „*Nationalität*“ gegenübergestellt, als „die aus Abstammungsgemeinschaft, Geschlechtsvermischung und Angleichung (Assimilation) entstandene und durch die Gleichheit der Sprache zu geistiger Einheit verschmolzene sittliche Gemeinschaft des persönlichen Bekenntnisses“¹⁴⁾.

Hier verbinden sich Momente der „*Kulturnation*“ mit der einer „*Willensnation*“¹⁵⁾.

Die üblichen Definitionen, die sich auf die besondere deutsche Situation beziehen, akzentuieren indes die Momente der *Kulturnation*: „Im Deutschen wird meist zwischen Staat und Nation unterschieden und mit Nation ein

¹¹⁾ Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974*, Vorwort, S. XIX.

¹²⁾ Bundestagsdebatte über den Grundvertrag am 15. 2. 1973, in: *Das Parlament* Nr. 8 vom 24. 2. 1973.

¹³⁾ Weltbürgertum und Nationalstaat, München 1962, S. 9 f.

¹⁴⁾ Rudolf Laun, *Allgemeine Staatslehre im Grundriß*, Hamburg 1961⁸, S. 52.

¹⁵⁾ Friedrich Hertz, *Wesen und Werden der Nation*, in: *Jahrbuch für Soziologie*, 1. Ergänzungsbd., 1927.

Volk als Träger einer spezifischen Kulturgestalt bezeichnet, auch wenn es nicht in einem eigenen staatlichen Rahmen zusammengefaßt ist. Diese Unterscheidung hat geschichtliche Ursachen, ist aber von grundsätzlicher Bedeutung, weil staatliche Macht und Organisation etwas anderes sind als kulturelles Leben... Man kann also die Nation bestimmen als eine auf der Grundlage langdauernder äußerer Lebensgemeinschaft gewachsene Form menschlicher Gemeinschaft, die Träger einer ihr eigentümlichen Kulturgestalt ist, durch die sie sich von anderen Gemeinschaften dieser Art unterscheidet.¹⁶⁾

Gewiß impliziert „Äußere Lebensgemeinschaft“ auch irgendeine Form wirtschaftlicher Tätigkeit und sozialer Struktur. Jedoch ist ein expliziter Bezug zu sozio-ökonomischen Faktoren als Begründungs- oder Unterscheidungskriterium für Nationen nicht gegeben. Insofern läßt sich auf einen Konnex dieser Nationenbestimmung zur Position zweischließen, ohne daß dieser ausdrücklich hergestellt ist.

2. Marxismus-Leninismus

Die SED-Führung bestimmt ihr Nationenkonzept vom Marxismus-Leninismus her, der, „gestützt auf die Prinzipien des historischen Materialismus“, allein „eine wirklich wissenschaftliche Lehre von der Nation und den nationalen Beziehungen entwickelt“ habe, die „in der dialektischen Einheit der die Nation charakterisierenden Merkmale die entscheidende Bedeutung der sozialökonomischen, klassenmäßigen Faktoren hervorhebt“¹⁷⁾.

Dieser Begründungszwang führt zu einem Dilemma. Einerseits müssen die Nationen-Probleme wie alle gesellschaftlichen Detailfragen vom Klassenstandpunkt her interpretiert werden. Andererseits muß die Bedeutung des nationalen Moments auch in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung, etwa als „anti-imperialistischer nationaler Befreiungskampf“ womöglich auch in Westdeutschland, gewürdigt werden. Allerdings läßt sich dieses Dilemma auch weniger dogmatisch auflösen, als es die SED-Ideologen versuchen, wie noch zu zeigen ist.

Damit verbindet sich eine weitere Schwierigkeit. Im Argumentationsschema der kommunistischen Ideologie müssen alle Grundaussa-

gen von der Autorität der Klassiker — Marx, Engels, Lenin — gedeckt werden. Dazu muß bei bestimmten Fragen auf Stellungnahmen in akuten politischen Kontroversen zurückgegriffen werden. In ihrer Situationsgebundenheit und polemisch überspitzten Form sind diese wenig geeignet, als Grundlage wissenschaftstheoretischer Konzepte zu dienen. Das trifft gewiß auch auf die verstreuten Anmerkungen von Marx und Engels zur nationalen Frage zu. Es ist jedoch evident, daß die Nation für das Marxsche Denken nur eine sekundäre Rolle spielt, keinen Eigenwert hat. Der Nationalstaat hat für ihn die Funktion, im Vortreiben der kapitalistischen Entwicklung die Voraussetzungen für den wirksamen revolutionären Kampf des Proletariats und den Sieg des Kommunismus zu schaffen. Anders ist wohl die auch von Axen zitierte Einschätzung Lenins nicht zu verstehen: „Es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich mit der ‚Arbeiterfrage‘ die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist.“¹⁸⁾

Dem entspricht auch, daß Marx und Engels nur den großen, entwickelten „historischen Nationen“ ein Existenzrecht zuerkennen, während sie den Bestrebungen kleiner, wenig entwickelter Völker auf nationale Selbstbestimmung kein Verständnis entgegenbrachten¹⁹⁾. Diese Auffassung ist in sich konsequent, zeugt allerdings im Zeitalter des aufkommenden Nationalismus von geringem historischem Gespür.

Eine Geringschätzung der nationalen Frage war für Lenin nicht möglich. Er brauchte ein differenziertes Konzept, das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker als Impuls für antiimperialistische und antikolonialistische Bestrebungen nutzbar machen zu können, ohne das Primat des Klassenkampfes zu tangieren und um insbesondere auch die politischen Herrschaftsbedürfnisse der bolschewistischen Parteiorganisation zu wahren²⁰⁾. Konsequent hat hierfür Stalin das „höhere Recht“ der Arbeiterklasse auf Festi-

¹⁸⁾ Ebenda; W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S. 441.

¹⁹⁾ Zu den Belegen vgl. die Zusammenstellung von Klaus Motschmann, Sozialismus und Nation. Wie deutsch ist die „DDR“, 1979; sowie: Albrecht Martiny, Marxismus und nationale Fragen, in: Deutschland Archiv, 11/1975, S. 1176 ff. und Boris Meissner, Der sowjetische Nationsbegriff und seine politische und rechtliche Bedeutung, in: Meissner/Hacker, Die Nation in östlicher Sicht, Berlin 1977, S. 7 f.

²⁰⁾ Vgl. Lenins ursprünglichen Entwurf der Thesen zur nationalen Frage und kolonialen Frage für den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale (Sept. 1920), in: Ausgewählte Werke, Bd. II, Moskau 1947, S. 770.

¹⁶⁾ Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, Freiburg i. Br. 1959, S. 886.

¹⁷⁾ Axen, a. a. O. (Anm. 7), S. 197.

gung ihrer Macht, d. h. die Vorherrschaft der Partei, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht im Konfliktfall übergeordnet²¹⁾.

Auch für die begriffliche Arbeit am Nationen-Konzept im Rahmen des historischen Materialismus ist auf Stalin zurückzugreifen. Seine zwischenzeitlich verworfene, unterdessen wieder begrenzt akzeptierte Definition (1913) nimmt in bezug zu den Grundtypen Staats- und Kulturnation eine eigentümliche Zwischenposition ein. Zum einen hat Stalin unter die konstitutiven Merkmale einer Nation den Staat ausdrücklich nicht aufgenommen, zum anderen jedoch mit der Kennzeichnung der Nation als eines geschlossenen Territorialverbandes sich einem etatistischen Nationsbegriff angenähert²²⁾. Von Stalin ist auch das Merkmal der „Gemeinsamkeit des Wirtschaftslebens“ eingeführt worden, das die, allerdings als unzulänglich empfundene Grundlage für alle weiteren Bemühungen bildet, die Nation an sozial-ökonomische Faktoren zu binden. Stalin hat später (1929) noch einen weiteren begrifflichen Beitrag geleistet, der für die hier zu behandelnde Fragestellung wesentlich ist. Für Marx und auch für Lenin bestand noch nicht die Notwendigkeit, eine typologisierende Differenzierung von Nationen nach Gesellschaftsformationen vorzunehmen; gingen sie doch davon aus, daß mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auch die Nationen allmählich aufgehoben würden. Erst für Stalin ergab sich hinsichtlich des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ und der Selbstbehauptung des Sowjetstaats im „Großen Vaterländischen Krieg“ das Erfordernis, einen „Sowjetpatriotismus“, gestützt auf „sozialistische Nationen“, die sich aus den Trümmern der alten bürgerlichen Nationen entwickeln sollten, zu etablieren²³⁾.

Auf dieser Grundlage vollbringen die sowjetischen Nations-Theoretiker, von Rogăčev und Sverdlin über Fedossejew bis hin zu Bagramow, ihre Kärnerarbeit, das Nationen- und Nationalitätenproblem im Vielvölkerstaat Sowjetunion mit den Herrschaftsbedürfnissen der Kommunistischen Partei ideologisch zu

vermitteln²⁴⁾. Dabei gibt es Theorieansätze, über die sich durchaus diskutieren läßt. Das gilt etwa für die Frage „nach dem wechselseitigen Zusammenhang der klassenbedingten und der nationalen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung“²⁵⁾. Interessant ist auch Fedossejews Einteilung aller „Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, die insgesamt die nationale Besonderheit von Völkern charakterisieren“, in zwei Gruppen. Während die erste Gruppe — „Aspekte der sozial-ökonomischen und kulturellen Entwicklung der Völker“ — keine speziellen nationalen Züge aufweist, sind die Komponenten der zweiten Gruppe, die sich aus den „Besonderheiten der Sprache, den nationalen Merkmalen der Lebensweise, der Kultur des Volkes, seinen Traditionen und seiner Psychologie, seinen Gewohnheiten und Riten“ ergeben, Ausdruck der dauerhaften, „spezifisch-nationalen Unterschiede“²⁶⁾.

Bezeichnend ist nun, wie die SED-Ideologen bei der Rezeption der sowjetischen Nationen-Diskussion vorgegangen sind, um ihr Pflichtpensum der These von den zwei deutschen Nationen theoretisch bewältigen zu können. So bezieht sich Kosing auf die obige Textpassage bei Fedossejew, ohne sie wörtlich zu zitieren. Dabei werden die im russischen Original durchaus eigenwertigen „national-spezifischen Eigenschaften“ zu „ethnischen Faktoren“ heruntergespielt, denen nicht die bestimmende Rolle für den Inhalt der Nation zukommt²⁷⁾. Die Gesamtheit der ethnischen Faktoren hat Kosing auf den Begriff der „Na-

24) Zur Eröffnung der Diskussion zur „Weiterentwicklung der Theorie der Nation“, verbunden mit einer Kritik an der Definition Stalins durch den Beitrag von Rogăčev und Sverdlin, O ponjatii „nacija“ (Über den Begriff „Nation“), in: Voprosy istorii (Fragen der Geschichte), 1/1966 ff.; vgl. Meissner, a. a. O., S. 15 ff.; ferner: Autorenkollektiv, Leiter P. N. Fedossejew, Leninizm i nacional'nyj vopros v sovremennyh uslovijach (Leninismus und nationale Frage unter den gegenwärtigen Bedingungen), Moskau 1972; deutsche Version: Der Leninismus und die nationale Frage in der Gegenwart, Moskau 1974; E. A. Bagramow, nacional'nyj vopros v bor'be idej (Die nationale Frage im Kampf der Ideen), Moskau 1982.

25) Leninismus, a. a. O. (Anm. 24), S. 15 f.

26) Leninizm, a. a. O. (Anm. 24), S. 39 f.; die betreffende Passage, die Wolfgang Pfeiler in eigener Übersetzung nach dem russischen Original zitiert (vgl. Die Ostverträge — eine Fortsetzung der alten Politik mit anderen Mitteln?, in: Deutschland Archiv 2/1974, S. 128 f.), ist in der deutschen Version von 1974 nicht enthalten.

27) Alfred Kosing, Theoretische Probleme der Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 2/1975, S. 237 ff.

21) Auf dem XII. Parteitag der KPR, 23. 4. 1923, in: Stalin, Werke, Berlin (Ost) 1953, Bd. 5, S. 232.

22) Nacional'nyj vopros i social-demokratija (Nationale Frage und Sozialdemokratie), in: Proščestenie (Aufklärung), 1913, Nr. 3, S. 54; 1939 geringfügig verändert, in deutscher Übersetzung in: Werke, Berlin (Ost) 1953, Bd. 2, S. 272.

23) Stalin, Werke, Berlin (Ost) 1954, Bd. 11, S. 304 f.; zur Veröffentlichungsgenese vgl. Meissner, a. a. O. (Anm. 19), S. 9, 11.

tionalität" gebracht, der enger ist als der Nationenbegriff²⁸⁾. Diese Linie der Wesensbestimmung der Nation durch sozial-klassenmäßige Faktoren ist bis zu neueren Arbeiten, bei Kosing selbst, aber auch etwa bei Thomas Heubner²⁹⁾, eingehalten worden.

In einer derartigen dogmatischen Überdehnung des Prinzips des historischen Materialismus, der Determinierung der Nation durch sozialökonomisch-klassenmäßige Faktoren und der Reduzierung ihrer Wesensmerkmale auf die sekundäre ethnische Komponente der „Nationalität“ wird die Kategorie der Nation zur bloßen Leerformel ohne Aussagewert und damit letztlich als Instrument der Begriffsbestimmung und Sacherklärung sinnlos und überflüssig.

3. Amerikanische Sozialwissenschaften

In den „Materialien“ zum Bericht der Lage der Nation wird ein Nationenbegriff vorgeführt, der „Nationen als ebenso historisch-politisch wie sozioökonomisch geformte und gestaltete Einheiten, ... als besonders verdichtete Kommunikations- und Handlungsstrukturen ... in denen Menschen aufeinander bezogen und zu einer Einheit werden“, versteht. Er nimmt auch die konstitutiven Merkmale der herkömmlichen Nationenvorstellungen auf und macht ihre Bedeutung verständlich, indem er sie als Funktionen behandelt, als „Bedingungen der Möglichkeit der für das Leben von Nationen notwendigen Intensität von Kommunikation“³⁰⁾.

Dieser Nationenbegriff wird ausdrücklich als den Arbeiten von Karl W. Deutsch stark verpflichtet erklärt³¹⁾. Deshalb ist als dritter relevanter theoretischer Ansatz ein Rekurs auf diesen bedeutenden Vertreter der amerika-

nischen Sozialwissenschaften erforderlich. Der Gedankenreichtum der Publikationen Deutschs zum Nationen-Problem³²⁾ kann hier nur äußerst knapp auf unsere spezielle Fragestellung hin skizziert werden.

Nach der Interpretation Abraham Ashkenasis hat Deutsch einen theoretischen Rahmen entworfen, in dem die „Entwicklung des Systems Nationalstaat mit seinen administrativen und kommunikativen Zentren und Netzen, ... seinen Mobilisierungsprozessen und seinen mächtigen und manipulierten Symbolismen“ untersucht wird. Dabei wird der Nationalstaat „als ein System definiert, dessen Funktion es ist, die durch die Produktion erwirtschafteten Güter innerhalb einer geschlossenen Einheit zu verteilen sowie eine Präferenz und Sicherheit für konkurrierende Interessen herzustellen.“ Fügt man dem noch die Wertung hinzu, daß „die Notwendigkeit einer Kern-Produktion von Informationen, die Existenz manipulativer Eliten und einer kapitalistisch strukturierten Wirtschaft ... wichtiger als territoriale und ethnische Bedingungen“ sind³³⁾, so scheint man vom Nationenverständnis des Historischen Materialismus nicht weit entfernt zu sein. Allerdings erweisen sich auch die Darlegungen Deutschs als differenziert genug, um nicht einer einseitigen sozioökonomischen Determination des Nationenbegriffs anheimzufallen.

Deutsch spannt einen umfassenden weltgeschichtlichen Bogen, um den Entstehungs- und Entwicklungsprozeß der Nationen zu charakterisieren. Die Problematik ergibt sich zum einen im Aufzeigen einer universalen Entwicklungstendenz, größere soziale Einheiten aufzubauen, aus lokaler Isolation zu universalen Imperien, von Stämmen zu Völkern und Nationen, als zyklisch wiederkehrende Integrationsmuster. Der damit implizierten Frage nach historischer Gleichförmigkeit wird die nach der Einmaligkeit geschichtlicher Ereignisse entgegengestellt. Die Antwort Deutschs geht weder von der Annahme aus, die Nation sei die „natürliche und universelle Form der sozialen Organisation“, noch von der Auffassung, sie sei „ausschließlich das

²⁸⁾ Alfred Kosing/Walter Schmidt, Nation und Nationalität in der DDR, in: Neues Deutschland vom 15. 2. 1975; ferner Kosing, Theoretische Probleme, a. a. O.

²⁹⁾ Ders., Nation in Geschichte und Gegenwart, Berlin (Ost) 1976; Autorenkollektiv, Leiter A. Kosing, Dialektik des Sozialismus, Berlin (Ost) 1981; Thomas Heubner, Nation und Nationalität. Staatsbürgerschaft: DDR — Nationalität: deutsch — oder: Wie entwickeln sich Nationen?, in: Junge Generation, Nr. 10/1981, S. 33 ff.; in Kurzfassung referiert in: DDR-Report, 12/1981, S. 791 f. Zum Nationenkonzept der SED vgl. auch Jens Hacker, Das nationale Dilemma der DDR, in: Meissner/Hacker, a. a. O. (Anm. 19), S. 40 ff.; Ulrich Neuhäuser-Wespy, Nation neuen Typs — Zur Konstruktion einer sozialistischen Nation in der DDR, in: Deutsche Studien, 52/1975, S. 357 ff.

³⁰⁾ Materialien, a. a. O. (Anm. 11), S. 70.

³¹⁾ A. a. O., S. 139.

³²⁾ Insbes. Nationalism and Social Communication, Cambridge (Mass.) 1966; ferner Nationenbildung und nationaler Entwicklungsprozeß — Einige Fragen für die politikwissenschaftliche Forschung (1966); Entwicklungsprozeß der Nationen — Einige wiederkehrende Muster politischer und sozialer Integration (1951), beides in: Nationenbildung — Nationalstaat — Integration, (Hrsg. A. Ashkenasi/P. Schulze), Düsseldorf 1972, S. 16–49.

³³⁾ Einleitung, a. a. O., S. 10.

Produkt der neueren Geschichte und der westlichen Zivilisation". Der gegenwärtige Entwicklungsprozeß der Nationen steht jedoch unter einem universalen Aspekt. Alle Völker sind in den Prozeß erwachenden nationalen Bewußtseins hineingezogen. Allerdings wird die Erweckung der Nationen bereits ergänzt durch das Suchen nach umfassender übernationaler Föderation als Grundlage einer „lebensfähigen Weltgemeinschaft“.

Der Schlüssel für die Erklärung der Besonderheit dieses Vorgangs liegt darin, daß alle sozialen Schichten, auch die vormals passive Masse der Bevölkerung, in sozial-ökonomischen und politischen Prozessen mobilisiert werden. Diese allgemeine Mobilisierung ist wesentlich für den *Nationenbildungsprozeß*. Für diesen werden eine Reihe von Gleichförmigkeiten aufgewiesen, die die Wirkung sozial-ökonomischer Faktoren demonstrieren:

— Übergang von der Subsistenzwirtschaft zur Tauschwirtschaft,

— soziale Mobilisation ländlicher Bevölkerungen,

— Entwicklung von Städten und Zunahme sozialer Mobilität,

— Entwicklung grundlegender Kommunikationsnetze (Verbindung wichtiger Flüsse, Städte und Handelswege durch Verkehr),

— Akkumulation und Konzentration von Kapital, Fähigkeiten und sozialen Institutionen,

— Ausbildung von Eigeninteresse und Selbstbewußtsein als Motivation für Gruppenidentifikation,

— Erwachen ethnischen Bewußtseins und Annahme nationaler Symbole,

— Verbindung ethnischen Bewußtseins mit der Tendenz zur Ausübung politischen Zwanges, auch Transformation des eigenen Volkes in eine privilegierte Klasse.

Dieser Nationenbildungsprozeß hat folgende Ziele:

— Schaffung eines umfassenden stabilen Kommunikationsnetzes,

— effektive Akkumulation ökonomischer Ressourcen sowie soziale Mobilisation von Arbeitskraft für die notwendige soziale Arbeitsteilung,

— soziale Akkumulation und Integration von Erinnerungswerten und Symbolen, individuellen und sozialen Einrichtungen,

— Förderung der Lernkapazität der Gesellschaft.

Insgesamt stellt die Nation damit eine effektivere gesellschaftliche Organisation dar als die Stammes-Lokalismen oder die supranationalen, ohne Teilnahme der breiten Masse kulturell kommunizierenden Imperien. So wird sie als Mittel sozialen Fortschritts eingeschätzt, allerdings auch mit der fatalen Versuchung, in nationalistischer Übersteigerung die eigene Nation insgesamt zur privilegierten Klasse, zum „Herrenvolk“ zu erheben.

In der Rezeption des Nationen-Konzepts von Deutsch in den „Materialien“ finden sich auch Ansätze, unter Wahrung sozio-ökonomischer Bezüge Aussagen des Marxismus-Leninismus in ihrer Fragwürdigkeit evident zu machen. Das betrifft etwa den kritischen Hinweis auf Ordnungsmodelle, die Behauptungen der Höherwertigkeit bestimmter Nationen, sei es als ideologische Weltmission oder als historische Höherrangigkeit in der erreichten Stufe der Produktionsverhältnisse, enthalten und die einen „weltgeschichtlichem Auftrag“ konstruieren, der „absolute Durchsetzungsmacht“ rechtfertigen soll³⁴⁾.

Wichtig erscheint auch der Zusammenhang von nationaler Identifikation und Gleichheit der *ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse*, die die Homogenität einer Bevölkerung bestimmen: „Staatsbürgerliche Gleichheitsrechte setzen einen normativen Anspruch auch für die Gleichheit der materiellen Lebenslage. Die Bereitschaft zur Identifizierung mit einer politisch organisierten Einheit ist abhängig u. a. von den Lebenschancen, der Gleichartigkeit der Existenzsicherung und der als gerecht empfundenen Verteilung der individuellen Einkommenslagen.“³⁵⁾

Damit wird die „tatsächliche ökonomisch-soziale Lage“ der auf bloßen Behauptungen aufbauenden „Klassenlage“ der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihren Schlußfolgerungen für eine „sozialistische Lebensqualität“ mit neuen sozialen Beziehungen der Klassen und Schichten in der „sozialistischen Nation“ gegenübergestellt. Damit werden Fragen des Spannungsverhältnisses von sozialen Interessenkonflikten, nationaler Identifikation und staatspolitischer Loyalität empirisch begründet thematisiert, wie sie auch von marxistischen Denkansätzen her sachlich gerechtfertigt gestellt, in einer dogmatischen Verengung aber nicht konkret behandelt werden können.

³⁴⁾ Materialien, a. a. O. (Anm. 11), S. 69 f.

³⁵⁾ A. a. O., S. 75.

IV. Versuch eines Konzepts

Nach diesem Exkurs ausgewählter relevanter Theorieansätze soll der Versuch gemacht werden, ein *Konzept der Nation* im Kontext gesamtgesellschaftlicher Ordnung und Entwicklung zu skizzieren. Zwar wird das Frageninteresse von der eingangs skizzierten dritten Position geleitet, die von der Annahme einer sozio-ökonomischen Bedingtheit der Nation ausgeht, doch schließt dies nicht aus, daß Elemente der Begriffsbildung und Problemstellung, die den anderen Positionen zugeordneten Theorieansätzen entsprechen, miteinbezogen werden. Dies ist gewiß ein eklektisches Vorgehen, doch muß das bei diesem Gegenstand nicht von Nachteil sein, wie die Fruchtbarkeit der Methode Deutschs zeigt³⁶⁾.

Zunächst erscheint es angebracht, den *Begriff Nation* nicht extensiv als Synonym für moderne politische Systeme, als Nationalstaat zu verwenden. Nation soll nur verstanden werden als ein *sozio-kulturelles Subsystem*, als Kommunikationsgemeinschaft auf der sozialen Grundlage einer ethnisch homogenen Großgruppe, eines *Volkes*. Ihre Wesensmerkmale lassen sich am besten verständlich machen, wenn man sie im Funktionszusammenhang der Nationenentwicklung erläutert.

Der *Bezugsrahmen* für Nationenbildung und -entwicklung ergibt sich aus einer Annahme sozialen Wandels, der zur Ausbildung von leistungsfähigen sozialen Großaggregaten — sozialen Systemen mit funktional/struktural gegliederten Subsystemen — tendiert.

Diese Entwicklung vollzieht sich im Bereich der *materiellen Produktion*, ausgehend von den ursprünglichen, alle Lebensfunktionen umfassenden sozialen Einheiten über die geschlossene Hausgemeinschaft (oikos) hin zur wirtschaftlichen Großgesellschaft, die als Personengruppe gelernt hat, arbeitsteilig zu kooperieren (so etwa auch Deutsch), die dementsprechend Strukturen sozialer Schichtung (Klassen) ausbildet und deren Mitglieder und Untergruppen ein auf Eigeninteresse beruhendes Selbstbewußtsein (Klassenbewußtsein) entwickeln, verstanden als *sozio-ökonomisches Subsystem*, als Volkswirtschaft.

Parallel dazu bildet sich im Bereich der *sozialen Reproduktion* und *kulturellen Kommunikation* ebenfalls ausgehend von den „natürli-

chen“ sozialen Kleingruppen Sippe und Stamm, als Stammesverbände amalgamiert und insofern nicht mehr bloß Abstammungsgemeinschaft, sondern schon sozial-kulturell vermittelt hin zur sozialen Großgruppe Volk, eine Personengruppe als Kommunikationsgemeinschaft, die fähig ist, Information über einen Themenbereich, der faktisch alle Kulturinhalte umfaßt, leistungsfähig zu kommunizieren (ebenfalls im Sinne Deutschs). Inhalt und Form der kulturellen Kommunikation werden geprägt durch die Merkmale der gemeinsamen Sprache, der vielfältigen kulturellen Manifestationen, der eigentümlichen Wesensart. Auf dieser ethnischen Grundlage entfaltet sich individuelles und kollektives Selbstbewußtsein, das alle Mitglieder der Bevölkerung erfaßt, nicht zuletzt mitinitiiert durch Elemente eines sozio-ökonomischen Eigeninteresses. Mit diesem Mobilisationsprozeß ist Nationenbildung in Gang gekommen. Nation stellt sich als *sozio-kulturelles Subsystem* dar.

Unterstützt und vermittelt werden beide Bereiche der sozio-ökonomischen und der sozio-kulturellen Entwicklung durch die *politische Organisation* der Gesellschaft. Auf der Grundlage eines geschlossenen Territoriums erhebt sie Anspruch auf politische Herrschaft. In der Ausbildung einer rational legitimierten Herrschaft und bürokratisch organisierter Verwaltungsapparaturen strebt sie optimale Effektivität an. Als *politisches System* stellt sie das gesellschaftliche Subsystem dar, das auf die Funktion verbindlicher Entscheidungsherstellung ausgerichtet ist. Es regelt Interessenkonflikte über materielle Ressourcen und Verteilungsprobleme wie über sozio-kulturelle Normen und Werte. Es sichert in der Herstellung von Konsens die Integration der Gesellschaft. Dabei ist es selbst wieder angewiesen auf die Unterstützung der beiden anderen Bereiche durch materielle und ideelle Leistungen. Nationale Identität erweist sich als besonders geeigneter „support“. Das nationale Selbstbewußtsein hat dementsprechend die Tendenz, sich in einem politischen Willen zu äußern, der auf Herstellung einer gemeinsamen politischen Organisationsform drängt. Ausdruck dieser politischen Gemeinsamkeit ist der *Nationalstaat* als eine integrierte Einheit von Institution (Staat) und Personengruppe (Staatsvolk, nicht als bloß formale Verbandsangehörige, sondern als durch politischen Willen geeinte Nation).

³⁶⁾ Einleitung Ashkenasi, a. a. O. (Anm. 32), S. 8.

Diese Entwicklung zur *Staatsnation* soll als Normalfall der Nationenbildung gelten. Damit ist die Ausbildung eines sozialen Großaggregats komplettiert, das der Gesellschaft Integration durch das politische System, Kooperation durch das sozio-ökonomische Subsystem Volkswirtschaft und Kommunikation durch das sozio-kulturelle Subsystem Nation gewährleistet.

Von diesen Rahmenbedingungen her wären nun Sonderfälle der Nationenbildung, sowie Möglichkeiten der weiteren Nationenentwicklung in jeweiligen historischen Konstellationen zu untersuchen. Dabei wird auch die Wirkung sozio-ökonomischer Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Es sollte jedoch klar gestellt sein, daß dieses Konzept eine Determinierung des Wesens der Nation durch Überbewertung der sozio-ökonomischen Einflußmöglichkeiten ausschließt. Es ist nicht der dem sozio-ökonomischen Bereich zuzuordnende Sachverhalt einer bestimmten Gesellschaftsstruktur, auch als Klassenstruktur vorstellbar, der das Charakteristikum einer Nation ausmacht. Es sind allenfalls die Wechsel-

wirkungen zu konstatieren, in denen nationale Besonderheiten einerseits das Grundmuster der Gesellschaftsverhältnisse prägen; insoweit als Ausdruck einer bestimmten Form sozialer Inhalte, wie es auch die marxistische Nationentheorie besagt, allerdings mit anderer Akzentuierung. Es sind andererseits Einflüsse gesellschaftlicher Antagonismen, oder auch eines sozialen Konsensus, die die Konsistenz des Nationalbewußtseins schwächen oder stärken können, ohne aber die Wesensmerkmale des Nationalcharakters in ihrem Kern zu tangieren. Schließlich wird man bestimmte Elemente kultureller Entwicklung funktional beiden Bereichen zuordnen müssen, wobei auch Wechselwirkungen in beiderlei Richtung anzunehmen sind. Dazu gehört das Medium Sprache, das sowohl wichtigstes Instrument sozio-kultureller Kommunikation als auch in seiner kommunikativen Funktion „das Hauptinstrument des menschlichen Handelsverkehrs“ (Lenin) ist³⁷⁾.

Die Besonderheiten der Nationenbildung und -entwicklung lassen sich an Beispielen der „Deutschen Frage“ veranschaulichen.

V. Nationale Besonderheiten und „Deutsche Frage“

Eine Abweichung von dem im vorigen Abschnitt angenommenen Paradigma liegt vor, wenn konstitutive Merkmale der Nation, etwa Gemeinsamkeit der Sprache, nicht gegeben sind. Dieses Problem kann hier nur gestreift werden, weil es nicht eigentlich unsere Fragestellung betrifft. Es ist für die „Deutsche Frage“ auch nur insofern relevant, als der Separierungsfall der Schweiz in eine mehrsprachige Nation mündet. Dieser Fall wird in einem anderen Zusammenhang noch behandelt. Ein anderer Separierungsfall, Österreich, der ebenfalls noch unter anderem Aspekt aufzunehmen ist, durchkreuzt das vorgegebene Muster nicht. Es deckt auch den Sachverhalt mehrerer Nationen mit gleicher Sprache, sofern jeweils die sprachliche Homogenität gewahrt ist.

1. Kulturnation — Staatsnation — Willensnation

Bedeutsamer ist für die „Deutsche Frage“ die Konstellation, in der das nationale Streben nicht über kulturelle Kommunikation hinaus gelangt, weil äußere Bedingungen die Herstellung staatlicher Einheit und damit die Ausbildung zur Staatsnation verhindern. In

diesem Fall tritt in einer Ersatzfunktion die *Kulturnation* auf den Plan, ohne die Tendenz des Strebens nach staatlich-politischer Einigung aufzuheben. Das Spannungsverhältnis zwischen Staats- und Kulturnation hat die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert wesentlich mitbestimmt. In der Verweigerung wie in der Übersteigerung der politischen Ansprüche, die aus dem Selbstverständnis kultureller Gemeinschaftlichkeit abgeleitet wurden, hat es seine verhängnisvollen Folgen gehabt.

Auch aus dieser Einschätzung, vornehmlich aber aus systematischen Gründen ist anzunehmen, daß das Zurückgehen einer bereits entwickelten Nation, die staatliche Einheit erfahren und durch äußere Umstände bedingt wieder verloren hat, auf den Standard einer bloßen Kulturnation nicht möglich ist. Deshalb erscheint es auch plausibel, zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation in Deutschland den Begriff der „*Willensnation*“ als Ausdruck politischen Wollens nationaler Zusammengehörigkeit anzuerkennen.

³⁷⁾ Werke, 5. russ. Ausgabe, Bd. 24, S. 385, zitiert nach Fedossejew, Leninismus, a. a. O. (Anm. 24), S. 37.

Für unsere Fragestellung ist anzumerken, daß das Problem Nation und fehlende Staatlichkeit auch den sozio-ökonomischen Bereich einschließt. Streben nach staatlicher Einheit heißt immer auch Streben nach wirtschaftlicher Einheit, nach einem einheitlichen Binnenmarkt. „Mir ist nicht bange, sagte Goethe, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun. Vor allem aber sei es eins in Liebe untereinander, und immer sei es eins, daß der deutsche Taler und Groschen im ganzen Reiche gleichen Wert habe... Deutschland sei ferner eins in Maß und Gewicht, in Handel und Wandel...“ (Eckermann, „Gespräche mit Goethe“, 23. Oktober 1828).

Insofern erübrigt sich aus Gründen historischer Einsicht und systematischer Zuordnung das Konstrukt einer „Öko-Nation“ in Analogie zur Kulturnation.

Es bleibt jedoch die Frage nach den Auswirkungen gravierender sozio-ökonomischer Entwicklungen für das Entstehen, die weitere Entwicklung, den Bestand wie auch die mögliche Trennung von Nationen. Können tiefgreifende Veränderungen in der Sozialstruktur oder die Zuspitzung sozio-ökonomischer Gegensätze — Klassenkämpfe — eine Nation so auseinanderreißen, daß sie nicht nur in einem durch äußere Einflüsse erzwungenen Zustand der Teilung leben muß, sondern in zwei völlig getrennte, ihrem Wesen nach verschiedene Nationen auseinanderfällt? Das ist das Kernproblem der „Deutschen Frage“ heute. Es soll an den Fällen deutscher Teilung in Geschichte und Gegenwart kurz erläutert werden.

2. (Gesamt)deutsche Nation und Separationen

Hierzu ist zunächst eine grundsätzliche Vorbemerkung erforderlich. Nationenbildung kann nach zwei Grundmustern, als *endogener (Integration)* und als *exogener (Abgrenzung)* Prozeß³⁸⁾, erfolgen:

— In einem allmählichen inneren, von äußeren Faktoren nicht entscheidend bestimmten Reifungsprozeß werden von einem politi-

schen Machtzentrum aus kleinere lokale Einheiten durch Föderation und Assimilierung, aber auch durch gewaltsame Eroberung und Absorbierung in einem staatlich-politischen Rahmen integriert, der die Basis für den nationalen Mobilisierungsprozeß bildet.

— In einem äußeren Abgrenzungsprozeß gegenüber anderen politischen Einheiten, sowohl bereits ausgebildeten Nationen als auch national amorphem Universalreichen, formt sich nationale Eigenständigkeit in allmählichem Hinauswachsen wie auch in abrupter Trennung als freie Entscheidung wie auch unter äußeren Zwängen.

Der Weg der deutschen Nation ist verspätet, von Abgrenzungen durchkreuzt und unvollständig verlaufen, bis er in eine von außen erzwungene Teilung mündete. Hier ist nun die Frage zu stellen, inwieweit bei dieser Entwicklung sozio-ökonomische Faktoren eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Die Separation des *Schweizer Volkes* vollzog sich, erst 1648 völkerrechtlich bestätigt, faktisch etappenweise vom 13. bis 15. Jahrhundert gegenüber einem Reichsverband, der sich in der als Zwangsherrschaft empfundene Habsburger Oberhoheit verkörperte und keine nationale Identifikation stiften konnte. Neben dem militärisch-politischen Abwehrkampf freier Bauern und Bürger gegen eine Feudalmacht haben die aus der besonderen geographischen Lage erwachsenen Handels- und Verkehrsinteressen dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Eidgenossen starke Impulse verliehen. Der nationale Sonderweg der Schweiz ist jedoch von den Deutschschweizern allein, also auf einer homogenen sprachlich-ethnischen Grundlage begonnen worden. Die drei anderen Sprach- und Volksgruppen kamen erst später, zum Teil durch Eroberung hinzu. Erst nach der Französischen Revolution von 1789 erlangten sie den Status freier Mitglieder des Bundes und konnten damit zur Ausbildung der heutigen viersprachigen Nation beitragen.

Die Separation der *Niederlande*, ebenfalls 1648 sanktioniert, war bereits seit dem 15. Jahrhundert in durch burgundische und Habsburger Hausmachtinteressen geförderten Verselbständigungsbestrebungen politisch vorbereitet worden. Auch ökonomisch und kulturell hatte das Land eine Sonderentwicklung vollzogen, die bereits im 16. Jahrhundert stark ausgeprägte frühkapitalistische Züge mit industriellen Ansätzen zeigte. So ist denn auch der Höhepunkt dieser Entwick-

³⁸⁾ Vgl. Deutsch, Nationenbildung, a. a. O. (Anm. 32), S. 18 ff., sowie auch zum folgenden: Eberhard Schulz, Die deutsche Nation in Europa, Bonn 1982, S. 37 ff., 47, 146 ff.; Hans Heinrich Winckler, Ratlos auf dem Schutt von Reich und Europäischer Gemeinschaft, in: Deutschland Archiv 11/1982, S. 1158 f.

lung, der Freiheitskampf gegen Spaniens Fremdherrschaft, wesentlich sozio-ökonomisch motiviert. Er ist als bürgerliche Revolution sowohl Ausdruck der Klassenauseinandersetzung zwischen dem aufstrebenden fortschrittlichen niederländischen Bürgertum und der retardierenden, schmarotzenden spanischen Adelsmonarchie, als auch einer nationalen Mobilisation im Bündnis von Bürgertum, Adel und Volksmassen. Diese Abgrenzung vollzieht sich zwar infolge dynastischer Verquickung in Frontstellung gegen eine andere bereits ausgebildete Nation, Spanien, nicht aber als Trennung von einer Mutternation. Denn die Beziehung zum ohnehin national amorphen Reich war längst hinfällig geworden.

Die Separation in der Separation der Niederlande, die des katholischen Adels und Bürgertums in den Südprovinzen, sowie der Eigenweg des wallonischen Volksteils ist ein Sonderproblem, das für die Wechselwirkungen von sozio-ökonomischen und ethnisch-kulturellen Bezügen außerordentlich aufschlußreich ist. Wegen seiner relativ geringen Bedeutung für die „Deutsche Frage“ muß es hier jedoch außer Betracht bleiben.

Die Separation *Österreichs* schließlich stellt sich innerhalb von 80 Jahren in drei Konstellationen jeweils anders dar. 1866 wurden die Deutschösterreicher aus dem Kalkül einer nationalstaatlichen Regelung in Deutschland ausgeklammert. Dies war die unvermeidliche Voraussetzung für die Lösung der „Deutschen Frage“ im Bismarckschen kleindeutschen Sinne, der äußersten im damaligen Europa politisch durchsetzbaren Möglichkeit. Für die Deutschösterreicher war dieser Vorgang deutscher Teilung jedoch folgschwer. Wurden sie doch auf eine Minderheitsposition in der Donaumonarchie ohne eigene nationale Entwicklungsperspektive abgeschoben. 1918

wurde das Bestreben „Deutsch-Österreichs“, mit seinem Rumpfstaat Anschluß an das Deutsche Reich zu finden, durch das Diktat der Alliierten verhindert. Die Österreicher wurden somit auf den Weg einer „Zwangsnation“ geschickt. 1945 hat sich nach dem Zwischenspiel des Großdeutschen Reiches und dessen Zusammenbruch dieser Vorgang so nicht wiederholt. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Österreicher froh waren, diesmal einen eigenen separaten Weg gehen zu können, der sie aus dem Odium eines besiegten Landes herausführte und die Chance eröffnete, in einem ungeteilten Staat leben zu können. So läßt sich die Situation Österreichs heute als die einer „Vernunftnation“ charakterisieren, die sich mit ihrem nationalen Sonderweg nolens volens abgefunden hat und das Beste daraus macht.

In einer zusammenfassenden Beurteilung dieser drei Beispiele läßt sich feststellen, daß in den Fällen der Schweiz und der Niederlande sozio-ökonomische Momente eine wesentliche Rolle für die nationale Sonderung gespielt haben. Im Fall Österreich gilt das nicht; hier waren jeweils reine machtpolitische Interessen ausschlaggebend. Außerdem ist der österreichische Weg zur eigenen Nation nicht aus freiem Entschluß beschritten worden wie in der Schweiz und den Niederlanden. Jedenfalls fällt das Beispiel Österreich als Beleg für unsere Fragestellung aus. Aber auch die beiden anderen Beispiele können nicht zur Stützung der These dienen, daß sozio-ökonomische Gegensätze zwangsläufig zur Teilung einer Nation führen. Das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ hat in seiner national unausgebildeten Gestalt weder gegenüber der Schweiz noch gegenüber den Niederlanden die entsprechende Bezugsgröße verkörpert, die ein solches Argument voraussetzt.

VI. Zusammenfassung

Versuchen wir nun, die dreigeteilte Ausgangsfragestellung zu beantworten, so kann die These der SED-Führung vom *Primat der sozialökonomischen (klassenmäßigen) Faktoren* für die Bestimmung des Wesens der Nation und damit des Unterscheidungskriteriums für die Nationen weder methodologisch in der Begriffsbestimmung noch in der konkreten historisch-politischen Anschauung gestützt werden. Auch der DDR-Regimekritiker Robert Havemann hat dementsprechend von

einem marxistischen Standpunkt aus die „sozialistische Nation“ als „Unsinn“ bezeichnet.

Auch ein weniger dogmatisch gehandhabter historischer Materialismus tut sich schwer mit dem Nationenproblem und kann die Nation im Schema Basis-Überbau nicht eindeutig orten. Er sollte akzeptieren, daß die Dynamik der Produktivkräfte des sozio-ökonomischen Bereichs nur *einer* der wesentlichen Impulse des sozialen Wandels ist. Auch der

Mobilisierungseffekt der nationalen Integration ist ein eigenständiger Entwicklungsfaktor aus dem sozio-kulturellen Bereich, allerdings in enger Wechselwirkung mit politisch-institutionellen und sozio-ökonomischen Faktoren. Die Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse läßt sich dementsprechend nur mit hinreichend differenzierungsfähigen Methoden erfassen. Es läuft auf eine Kombination von *strukturelem Ansatz*, in der Analyse der objektiven materiellen Grundlagen und der sozio-ökonomischen und politisch-institutionellen Strukturen eines Sozialsystems, und *sozialpsychologischem Ansatz*, in der Analyse der subjektiven Bewußtseinslagen, der Werthaltungen und Einstellungen, kurz der politischen Kultur einer Gesellschaft, hier bezogen auf das kollektive Selbstverständnis als Grundlage einer Kommunikationsgemeinschaft³⁹⁾, hinaus.

Damit bleibt jedoch das Problem, daß eine Nation auf einen adäquaten Rahmen politischer Institution und wirtschaftlicher Kooperation verwiesen ist, um ihre Funktion als Kommunikationsgemeinschaft erfüllen zu können. Nation ist zwar eine dauerhafte historische Größe, die ihren Zusammenhalt auch unter sich verändernden staatlich-politischen und sozio-ökonomischen Bedingungen wahren kann. Jedoch sind Desintegration oder Separation dann nicht auszuschließen, wenn diese Bedingungen das nationale Kommunikationsgeflecht auf lange Sicht beeinträchtigen. Hier nun ist zu fragen, was sich dazu für die nationale Frage in Deutschland heute in ihrem Spannungsverhältnis zwischen Festhalten an der Willensnation und mangelnden Bezugsgrößen staatlich-politischer und wirtschaftlicher Integration sagen läßt.

Mit aller Vorsicht kann die Prognose gewagt werden, daß der Bestand der deutschen Nation tatsächlich nicht durch das Austragen gesellschaftlicher und ökonomischer Konflikte bedroht ist, sondern sehr viel weniger drama-

tisch, aber desto wirksamer dann, wenn sich die Kommunikation zwischen den Menschen in Ost und West weiter verdünnt und die realen ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse sich weiter auseinanderentwickeln. Das Ergebnis wäre dann zwar nicht die „bürgerliche Nation BRD“ auf der einen und die „sozialistische Nation höheren Typus DDR“ auf der anderen Seite, sondern die deutsche (Rumpf)nation in der Bundesrepublik und eine durch äußere politische Bedingungen auf den Weg gebrachte „Zwangsnation“ DDR ohne eigenen Identifikationsbezug.

Die aus dieser Einschätzung abzuleitenden *politischen Schlußfolgerungen* konzentrieren sich demnach auf die beiden Punkte Kommunikation und ökonomisch-soziale Lebensverhältnisse. Sie sind wirksamer als der Hinweis auf abstrakte sozio-ökonomische Ordnungsvorstellungen. In der Umkehrung des Satzes aus dem „Kommunistischen Manifest“: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“ läßt sich Marx schon für ausgesprochen proletarische Lebensverhältnisse entgegenhalten: „Die Arbeiter haben manchmal nur das Vaterland“. Eine Einschätzung, die sich im Widerstand ausländischer Arbeiter gegen Assimilationsbestrebungen in der Bundesrepublik bestätigt. Um so mehr gewinnt die nationale Identifikation für den Bürger an Bedeutung, der sie mit einer sicheren sozialen Existenz verbinden kann. Insofern ist auch die Interpretation der „Deutschen Frage“ über das Ringen um kulturelle und staatliche Einheit hinaus als Streben nach Gewährleistung individueller Freiheitsrechte und sozialer Gerechtigkeit zutreffend.

Je besser sich die ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik darstellen, desto stärker wirken sie sich positiv auf die gesamt-nationale Einstellung der DDR-Bevölkerung aus. Für die Bevölkerung der Bundesrepublik läßt sich eine solche Aussage allerdings kaum treffen, auch nicht in umgekehrter Richtung. Die Anzeichen, daß bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit das Interesse an einer Beschäftigungsmöglichkeit in der DDR und damit die Bereitschaft zu gesamtdeutscher Identifikation wachsen könnte, sind zu schwach.

Im Zusammenwirken von sozio-ökonomischen Faktoren und nationaler Identifikation sind demnach nur die DDR-Bürger durch die Signalwirkung der westdeutschen Verhältnisse indirekt zu beeinflussen. Die Deutschen

³⁹⁾ Zu diesem wissenschaftstheoretischen Hintergrund des Konzepts der Politischen Kultur vgl. auch Dirk Berg-Schlosser, Politische Kultur. Eine neue Dimension politisch-wissenschaftlicher Analyse, München 1972, S. 13 ff., sowie neuerdings das politische Kulturkonzept als komplementärer Ansatz zur sozialstrukturellen Analyse bei Peter Reichel, Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981, S. 18 ff., besonders S. 53, gestützt auf das „Standardmodell“ zur Erklärung politischen Verhaltens bei Sidney Verba/Norman Nie, Participation in America: Political Democracy and Social Equality, New York 1972.

in Ost und West sind jedoch durch gesellschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen, die gesamtdeutsche Kommunikation in allen gesellschaftlichen Bereichen unterstützen,

gleichermaßen in ihrem nationalen Zusammenhalt zu stärken. Über diese Maxime für jede Deutschlandpolitik führt keine neue Erkenntnis hinaus.

Rudolf Wichard: Der 17. Juni 1953 im Spiegel der DDR-Literatur

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20—21/83, S. 3—15

Welchen „Zusatznutzen“ bringt die Heranziehung literarischer Texte zur Deutung zeitgeschichtlicher Ereignisse — hier der Systemkrise um den 17. Juni 1953 in der DDR?

Im ersten Teil dieses Beitrages wird zunächst untersucht, ob es sich bei den Ereignissen um den 17. Juni um einen „Volksaufstand“ oder um einen vom Westen gesteuerten „faschistischen Putschversuch“, den „Tag X“, gehandelt hat. An den zeitlich aufeinanderfolgenden offiziellen Stellungnahmen der SED wird die Entwicklung in der Einschätzung der Ereignisse aufgezeigt, die vom Ernstnehmen des Arbeiterprotestes und dem Eingestehen eigener Fehler über die „doppelgleisige“ Interpretation als begründeter Protest und westlich gesteuerte Provokation bis zur Darstellung der Ereignisse als das ausschließliche Werk westlicher Agenten reicht.

Im zweiten Teil wird versucht, exemplarisch ausgewählte Texte aus der DDR-Literatur, in denen die Ereignisse um den 17. Juni 1953 behandelt werden, in einer typologischen Interpretation den drei verschiedenen Deutungsversuchen zuzuordnen. Dabei zeigt sich ein erstaunlich breites Spektrum von Ansichten. Selbst Autoren, die grundsätzlich der These vom westlich gesteuerten Putschversuch folgen, lassen in ihrer Darstellung Raum für individuelle Variationen. Die Systemkrise um den 17. Juni wird für die Helden zur Chance der Bewährung. Auch die nach dem 15. ZK-Plenum der SED offiziell als verpönt geltende „doppelgleisige“ Interpretation der Ereignisse als „Arbeiterprotest“ und „faschistischer Putschversuch“ findet sich in Texten, die in der DDR erscheinen konnten. Sogar die „westliche“ Auffassung, daß westliche Provokateure lediglich unwesentliche Randerscheinungen des begründeten Arbeiterprotestes waren, wird von DDR-Autoren, die sich selbst als überzeugte Marxisten verstehen, vertreten. Deren Werke konnten allerdings nur in der Bundesrepublik veröffentlicht werden.

Gert-Joachim Glaeßner: Staat und Recht im „realen Sozialismus“ am Beispiel der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20—21/83, S. 17—30

Die polnische Krise hat erneut die Frage nach der Stabilität der Gesellschaftssysteme sowjetischer Prägung aufgeworfen.

Eine Analyse der Entwicklung seit Ende der fünfziger Jahre (dargestellt am Beispiel der DDR) zeigt, daß erhebliche Veränderungen im politischen System eingetreten sind, nicht aber an den entscheidenden Grundlagen des Systems selbst. Der Führungs- und Machtanspruch der marxistisch-leninistischen Parteien blieb ungebrochen. Nur bedienen sie sich zur Durchsetzung dieses Anspruchs veränderter Methoden.

1. Die regierenden Parteien sahen sich gezwungen, die Organisations- und Entscheidungsstrukturen der Stalinzeit erheblich zu modifizieren. Es entstand ein kompliziertes und differenziertes System von Einzelbürokratien und -apparaten, und es fand eine Verlagerung und vorsichtige Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen statt. Zugleich achteten die marxistisch-leninistischen Parteien peinlich darauf, daß ihre Führungsrolle nicht angetastet wurde.

2. Die sowjetsozialistischen Systeme haben einen Prozeß der Verstaatlichung und Verrechtlichung der Parteiherrschaft durchgemacht. Vom alten Anspruch, den Staat abzuschaffen, ist wenig übriggeblieben. Im Gegenteil: Sein Einfluß und seine Gestaltungsmöglichkeiten wachsen. Mit der Rolle des Staates wächst auch die des Rechts. Das Recht wird als ein entscheidendes Instrument der Partei zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele betrachtet.

3. Dieses Faktum wird seit Ende der fünfziger Jahre nicht nur stillschweigend akzeptiert, sondern theoretisch untermauert. Es entstand eine „marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie“, die zu einem ganz wesentlichen Teil Legitimationswissenschaft ist, die aber in den letzten zwanzig Jahren auch eine veränderte und differenziertere Einschätzung der Aufgaben und Funktionen der einzelnen Bereiche des politischen Systems, vor allem des Staates, gezeigt hat.

Es bleibt die Hypostasierung des Staates als Hauptinstrument der Partei zur Durchsetzung ihrer Ziele. Seine Handlungsmöglichkeiten sind durch wachsende Bürokratisierung und durch Organisationsreformen, vor allem aber durch den Einsatz des Rechts als Regelungsinstrument eher erweitert als gemindert worden. Die langfristigen Folgen dieses Prozesses sind nur schwer einzuschätzen.

Gerhard Wuthe: Zum Problem sozio-ökonomischer Bedingtheit der Nation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20—21/83, S. 31—45

Der Beitrag geht von der Feststellung eines Desiderats in der westdeutschen Diskussion zur nationalen Frage aus: dem Verhältnis von Nation und sozio-ökonomischen Faktoren.

Zu diesem Problem werden drei gesellschaftspolitisch relevante Grundpositionen vorgestellt:

1. Nation ist in ihrem Wesen vom Primat sozialökonomischer (klassenmäßiger) Faktoren bestimmt (SED-Führung).
2. Nation kann in ihrem Wesen nicht von sozio-ökonomischen Faktoren her begründet werden. Sie steht über den sozialen Gruppen und muß aus gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten werden (Unionsparteien und konservative Publizistik in der Bundesrepublik).
3. Nation ist auch von sozio-ökonomischen Faktoren bedingt, sie sind jedoch nicht das entscheidende Kriterium für die Wesensmerkmale nationaler Besonderheiten (bisherige sozialliberale Koalition).

Es wird der Versuch unternommen, ein Konzept der Nation zu skizzieren, das in den Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklung gestellt wird. Nation wird verstanden als ein sozio-kulturelles Subsystem, als Kommunikationsgemeinschaft, das in enger Wechselwirkung mit dem sozio-ökonomischen Subsystem (Volkswirtschaft) als arbeitsteilige Kooperationsgesellschaft steht, vermittelt durch das politische System, zu dessen Ausbildung als Nationalstaat die Nationenentwicklung tendiert. Diese Ausrichtung auf eine Staatsnation soll als Normalfall der Nationenbildung gelten. Kulturnation tritt nur in einer Ersatzfunktion auf, wenn äußere Bedingungen die Erlangung staatlicher Einheit verhindern.

Aus methodologischen Gründen wie aus der Anschauung historisch-politischer Separations-Beispiele der deutschen Geschichte (Schweiz, Niederlande, Österreich) kann die These vom Primat der sozialökonomischen Faktoren für die Bestimmung des Wesens der Nation und der Verursachung von nationaler Teilung nicht gestützt werden.

Für die heutige deutsche Situation bleibt jedoch das Problem, daß die Nation auf einen adäquaten Rahmen politischer Institution und wirtschaftlicher Kooperation verwiesen ist, um ihre Funktion als Kommunikationsgemeinschaft erfüllen zu können. Wenn diese Rahmenbedingungen das nationale Kommunikationsgeflecht auf lange Sicht beeinträchtigen, ist nationale Desintegration nicht auszuschließen.

Als wirksame Mittel politischer Gegensteuerung kann nur auf eine optimale Gestaltung der ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik als Signalwirkung für die gesamt-nationale Einstellung der DDR-Bevölkerung sowie auf wirksame Unterstützung aller Möglichkeiten gesamtdeutscher Kommunikation zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts verwiesen werden.